

5

Bonn, 11. Oktober 1954

Sprecher: Adenauer, Altmeier, Arnold, Bach, von Brentano, Cillien, Ehlers, Eplée, Fay, [von Fisenne], Gerstenmaier, Globke, Gradl, Gurk, Heck, Hellwig, Kaiser, Kiesinger, Krone, Lensing, von Lojewski, Müllenbach, Neuburger, [Noltenius], Pferdmenges, Schäffer, Scharnberg, Schröder, Schultze-Schlutius, Strickrodt, Tillmanns, Frau Weber, Wirsching, Wuermeling.

Bericht über die politische Lage. Steuer- und Finanzverfassungsreform. Verschiedenes.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 15.30 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Entschuldigen Sie bitte, daß ich mit einem Stock komme; er ist aber nicht symbolisch, sondern ich habe mir den linken Fuß heftig umgeschlagen. Ich habe einen Bluterguß und muß mich etwas stützen. Der Stock ist aber auch sonst zu gebrauchen! (*Heiterkeit.*) Dann darf ich willkommen heißen Herrn von Fisenne¹, den neuen Landesvorsitzenden von Hamburg, Nachfolger von Herrn Scharnberg, und Herrn Dr. Noltenius², den Landesvorsitzenden von Bremen, als Nachfolger von Herrn Dr. Barth³. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind, daß ich den bisherigen Landesvorsitzenden im Namen des Vorstandes unseren herzlichen Dank ausspreche.

1 In der Vorlage: von Wisent. – Josef von Fisenne (geb. 1902), 1945–1951 Präsident der Apothekenkammer Hamburg, 1950–1961 MdHB, 1954–1955 Leiter (Senator) der Baubehörde, 1954–1956 der Polizeibehörde, 1954–1956 CDU-Landesvorsitzender.

2 Dr. Jules Eberhard Noltenius (1908–1976), 1954–1969 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Bremen, 1955–1959 Senator für Häfen, Schifffahrt, Verkehr, 1954–1967 MdBB.

3 Dr. Heinrich Barth (geb. 1914), 1952–1954 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Bremen, 1954–1960 Bevollmächtigter Bremens beim Bund, 1960–1963 Ministerialdirigent im Bundeskanzleramt, 1963–1969 Staatssekretär im Bundesministerium für Familie und Jugend.

Entschuldigt haben sich die Herren von Hassel, Gebhard Müller – wegen einer Ministerratssitzung⁴ –, Dr. Fricke – mit der lapidaren Erklärung „dringende Geschäfte“; er hat das Wort „dringend“ nicht unterstrichen, ich unterstreiche es, also dringender als unsere Besprechung –, ferner Herr Albers, der leider krank ist.

Ich möchte Ihnen folgendes vorschlagen: Sie hören zunächst von mir einen Vortrag über die außenpolitische Lage. Ich würde bitten, daß wir die Diskussion dann anschließen und dann heute nachmittag über die innenpolitische Lage sprechen. Die Diskussion über die innenpolitische Lage wird viel Zeit beanspruchen, da sie alles andere als erfreulich ist und sie sich durch die gestern gemachten Ausführungen der Herren Bundesminister Schäffer und Strauß in Nürnberg⁵ außerordentlich stark verschärft und zugespitzt hat, und zwar in einer Weise, daß ich noch gar nicht sehe, wie wir aus diesem ganzen Knäuel überhaupt noch herauskommen sollen.

Darf ich eine Bitte vorausschicken an die Herren am äußersten Flügel rechts und links des Tisches. Dort ist es nach meinem Empfinden unangenehm zu sitzen, denn ich weiß nicht, da ich mich nicht stellen kann, ob Sie mich alle gut verstehen können. Ich würde Sie also bitten, sich etwas zusammenzusetzen hier in der Mitte.

BERICHT ÜBER DIE POLITISCHE LAGE

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich muß meinen Vortrag über die außenpolitische Lage beginnen mit dem Samstag und Sonntag in der Mitte des Monats August, als der neue französische Ministerpräsident Mendès-France⁶ seine Forderungen für die Brüsseler Konferenz den EVG-Partnern mitteilte. Diese Forderungen waren niederschmetternd. Unter dem Eindruck dieser Forderungen traten wir dann drei Tage darauf in Brüssel zusammen. Ich möchte nicht mehr lange über diese Angelegenheit

4 Am 11. Oktober 1954 konstituierte sich der neue Landtag in Schleswig-Holstein und wählte von Hassel zum Ministerpräsidenten; in Baden-Württemberg war Kabinettsitzung. – Nach einer internen Absprache sollten die ersten Tage der Woche jeweils für die Länder (Kabinetts- bzw. Parlamentssitzungen) reserviert bleiben (Gebhard Müller an die CDU-Bundesgeschäftsstelle vom 5. Oktober 1954 – NL Müller ACDP I-217-AO 011).

5 Parteitag der CSU am 9./10. Oktober 1954 (Berichte in UiD vom 13. sowie 16. Oktober 1954). Schäffer hatte im Zusammenhang mit der Steuerreform einige „Interessentengruppen“ sowie das Verhalten der FDP scharf kritisiert, Strauß FDP und BHE angegriffen, die alle unpopulären Maßnahmen durch die CDU/CSU erledigen ließen, selber aber „den feinen Max“ spielten („Neue Zeitung“ vom 12. Oktober 1954).

6 Pierre Mendès-France (1907–1982), französischer sozialistischer Politiker; 1932–1940 sowie 1946–1958 und ab 1967 Abgeordneter, von Juni 1954 bis Februar 1955 Ministerpräsident und bis Januar 1955 Außenminister (Jean LACOUTURE: Pierre Mendès-France. Paris 1981). Änderungsvorschläge der neuen französischen Regierung zum EVG-Vertrag vom 14. August in AdG 1954 S. 4682; Verlauf und Ergebnis der Brüsseler Konferenz vom 19. bis 22. August EBD. S. 4690–4694. – Zur Meinung in Frankreich vgl. Jean-Pierre RIOUX: Französische öffentliche Meinung und EVG: Parteienstreit oder Schlacht der Erinnerungen. In MILITÄRGESCHICHTE seit 1945 S. 159–178.

sprechen, sondern nur folgendes betonen: Die fünf EVG-Partner, ohne Frankreich, waren den Forderungen des französischen Ministerpräsidenten Mendès-France bis zur Grenze des Möglichen entgegengekommen. Diese Grenze des Möglichen wurde charakterisiert durch zwei Gedanken: Einmal konnte man nicht verlangen, daß die Länder, die bereits ratifiziert hatten oder – wie Italien – unmittelbar vor der Ratifizierung standen, durch die Annahme der französischen Forderungen gezwungen würden, noch einmal zu ratifizieren. Man kann den Parlamenten nicht zumuten, daß sie eine solche parlamentarische Aktion von neuem beginnen; denn eine solche Ratifizierung hätte nach unseren Erfahrungen mindestens ein Jahr Zeit beansprucht.

Außerdem war die außenpolitische Situation, seitdem der kommunistische Block in Genf⁷ derartige Erfolge erzielt hatte, so gefährlich geworden, daß nach unserer übereinstimmenden Meinung man das Risiko einer endgültigen Schließung der Lücke in der Verteidigung Europas nicht noch ein Jahr lang hätte auf sich nehmen können.

Der zweite Grund war der, daß die Annahme der Forderungen des französischen Ministerpräsidenten den supranationalen Charakter des Vertrages über die EVG völlig zerstört haben würde und eine sehr starke Diskriminierung Deutschlands damit verbunden gewesen wäre. Das waren die Gründe, warum die fünf Länder, ohne daß sie eine Besprechung unter sich abgehalten haben, einmütig zu dem Entschluß kamen, zwar den einen Teil der Forderungen von Mendès-France anzunehmen, den anderen Teil aber abzulehnen.

Bemerkenswert war in dieser Sitzung, daß bei den fünf ein sehr starker europäischer Wille zutage trat. Man konnte auf dieser Konferenz sehr klar erkennen, daß der Gedanke der europäischen Einigkeit und Einheit im Laufe der letzten Jahre ständig an Stärke gewonnen hatte, trotz dieser Widerstände, die von seiten Frankreichs kamen.

Sie wissen, daß dann am 30. August die Nationalversammlung beschlossen hat, über die Vorlage der Regierung zur Tagesordnung überzugehen. Der französische Ministerpräsident hat sich in dieser Sitzung der Nationalversammlung völlig passiv verhalten; er hat nicht gegen die Vorlage, aber auch nicht für die Vorlage gesprochen, sondern er hat die Sache laufen lassen. Die Mehrheit, die sich für den Übergang zur Tagesordnung ausgesprochen hat, setzte sich aus heterogenen Elementen zusammen. Es waren Gaullisten und frühere Gaullisten, ein Mann von dem MRP, die Hälfte der Radikalsozialisten und die Hälfte der Sozialisten sowie die Kommunisten.

Es ist zweifellos – anhand der Ziffern ist das jederzeit nachzusehen – so: Wenn die kommunistischen Stimmen nicht dagewesen wären, hätte sich eine Mehrheit für die EVG ergeben. Aber lassen Sie mich folgendes anfügen: Es war uns schon seit über sechs Monaten zweifelhaft geworden, ob der Vertrag über die EVG in der französischen Nationalversammlung eine Mehrheit finden würde. Hätte man in Frankreich vorangemacht, dann wäre der Vertrag über die EVG zweifellos angenommen worden.

⁷ Schlußerklärung der Genfer Ostasienkonferenz vom 20. und 21. Juli in AdG 1954 S. 4635–4638.

Mendès-France hat persönlich öffentlich erklärt, daß noch vor 15 Monaten der Vertrag eine Mehrheit gefunden haben würde.

Ich darf Sie daran erinnern, daß der Bonner Vertrag und der Pariser Vertrag in Bonn und in Paris im Mai des Jahres 1952 unterschrieben worden sind. In diesem engen Kreis kann man sich gegenseitig sagen, daß auch wir nicht von Schuld freizusprechen sind. Auch wir haben damals zu lange gezögert. Der Bundestag hat mit Mehrheit abgelehnt, vor Antritt der Ferien in drei Lesungen die Sache zu erledigen. Dann kamen – und das ist das wichtigste – die Sozialdemokraten mit ihren Verfassungsklagen und diesen Geschichten, so daß wir erst im März des Jahres 1953 zur Beschlußfassung im Bundestag kamen. Die Verfassungsklagen schwebten noch weiter.

Diese Hindernisse bei uns in Verbindung mit einer gewissen Lethargie des MRP in der französischen Nationalversammlung haben es mit sich gebracht, daß es erst Mendès-France gewesen ist, der gesagt hat, ich bringe jetzt die Sache zum Klappen, mag es so oder so fallen. Wir waren im Herbst des Jahres 1952 wirtschaftlich noch nicht so stark wie jetzt. Die Furcht vor uns war in Frankreich noch nicht so groß wie jetzt. Daher wäre es nach menschlichem Ermessen damals möglich gewesen, wenn wir schnell gehandelt hätten, den Vertrag über die EVG unter Dach und Fach zu bringen. Es ist nötig, auch daran einmal zu denken, weil wir ja vielleicht – ich hoffe nicht – jetzt wieder in eine ähnliche Lage hineinkommen bei der Ratifizierung all der Verträge, die sich aus der Londoner Konferenz ergeben werden.

Die wenigsten bei uns und auch in den anderen Ländern haben sich klargemacht, was am 30. August durch den Beschluß der französischen Nationalversammlung angeordnet worden ist. Ich darf Sie daran erinnern, daß die Erklärungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten auf Hilfeleistung an die EVG gerichtet waren.⁸ Diese beiden Erklärungen sind aber dann dadurch, daß die EVG erledigt war, hinfällig geworden. Es war also keine Zusage der angelsächsischen Mächte mehr vorhanden.

Es kommt etwas Weiteres hinzu. Dieses Weitere möchte ich außerordentlich stark unterstreichen, daß nämlich seit einer Reihe von Monaten in den Vereinigten Staaten der Neo-Isolationismus wächst. Und nun – das ist nicht für die Presse bestimmt – folgendes: Das Pentagon, das amerikanische Kriegsministerium, ist für den Abzug aus Europa und für eine Änderung der ganzen Abwehr gegenüber Sowjetrußland. Teile im State Department vertreten die Ansichten des Pentagon. Eisenhower und Dulles sind anderer Ansicht, aber, meine Damen und Herren, so stark auch die Stellung des amerikanischen Präsidenten ist, so muß er doch auch der öffentlichen Meinung Rechnung tragen. Es besteht die sehr ernste Gefahr, daß die Vereinigten

8 Premierminister Churchill hatte am 14. Juli 1954 vor dem britischen Unterhaus einen britisch-amerikanischen Plan zur Gewährung der Souveränität an Deutschland und einer begrenzten deutschen Aufrüstung im Falle des Scheiterns der EVG vorgestellt; in ähnlicher Weise hatte sich John Foster Dulles in zwei Briefen vom 12. Juli an den amerikanischen Kongreß geäußert (AdG 1954 S. 4631).

Staaten ihre ganze Politik gegenüber Europa ändern und sich auf die periphere Verteidigung zurückziehen werden. Die Gefahr ist um so größer – auch das ist nicht für die Öffentlichkeit bestimmt –, als im Pentagon Leute der Auffassung sind, die Entwicklung der Atomtechnik sowohl bei Flugzeugen wie natürlich auch bei U-Booten würde die Vereinigten Staaten in naher Zukunft – man spricht von ein, zwei Jahren – unabhängig davon machen, ein Land in Europa als Basis zu gebrauchen. So lagen die Dinge am 30. August.

Es ist ein sehr großes Verdienst von Herrn Eden und auch des britischen Kabinetts, daß dann Herr Eden, mit einer gewissen Konzeption versehen, die Reise nach Brüssel, Bonn, Rom und Paris angetreten hat⁹ und der amerikanische Außenminister Dulles einige Tage darauf nach Bonn und London gekommen ist¹⁰. Man hat auch in Amerika Herrn Dulles sehr übelgenommen, daß er nicht nach Paris gegangen ist. Er ist natürlich absichtlich nicht nach Paris gegangen; aber ich glaube nicht, daß das der gemeinsamen europäischen Sache schädlich gewesen ist. Ein derartiges Auslassen von Paris bei den Besprechungen war doch ein Signal für weiteste Kreise in Frankreich, daß die Sache ernst war. Herr Mendès-France hatte vor dem 30. August in drei Ausschüssen der Nationalversammlung erklärt, man solle sich durch die amerikanischen Drohungen nicht erschrecken lassen, Amerika habe ja schon ein dutzendmal gedroht, aber Amerika werde seine Drohungen doch nicht ausführen.

Die Konzeption von Eden hatte für unser Denken im ersten Augenblick etwas Komisches. Er schlug vor, den Brüsseler Pakt¹¹ zu ändern. Es sollten Italien und Deutschland darin aufgenommen werden. Es sollte weiter auch Deutschland in die NATO eintreten. Gleichzeitig sollte die Souveränität der Bundesrepublik wiederhergestellt werden. Ich hatte diese Forderungen im März dieses Jahres in sehr ernsten Gesprächen mit Herrn Conant gestellt und ihm gesagt, wenn bis zum August der Vertrag über die EVG und damit der Bonner Vertrag von Frankreich nicht ratifiziert wäre, dann müßten wir unter allen Umständen verlangen, daß mit dem Besatzungsregime ein Ende gemacht werde.¹² Das war von den Amerikanern damals schon mehr oder

9 Die britische Regierung hatte nach dem Scheitern des EVG-Vertrags die Einberufung einer Achtmächtekonferenz (sechs EVG-Staaten, Großbritannien, USA) für den 14. September vorgeschlagen (nachträglich zusätzlich Kanada); Außenminister Eden besuchte zur Vorbereitung dieser Konferenz vom 11. bis 16. September die genannten Städte (AdG 1954 S. 4732, S. 4743f.).

10 Dulles weilte am 16./17. September in Bonn und führte am 17. September Gespräche in London (AdG 1954 S. 4744).

11 Vom 17. März 1948 – Vertragsstaaten: Frankreich, Großbritannien, Belgien, Luxemburg und Niederlande (AdG 1948/49 S. 1422; Verträge der Bundesrepublik Deutschland Bd. 8 Nr. 69 mit Änderung und Ergänzung vom 23. Oktober 1954); zu dem Gesamtkomplex ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 270–354; SCHWARZ 1 S. 221–229.

12 Vgl. Telegramm Conants an Department of State vom 5. Mai 1954: „We have long foreseen time when German patience with occupied status would disappear. We think turning point has come and we are in last weeks of period at end of which alternative must be found to hold German cooperation if EDC not meanwhile ratified.“ (Druck: FRUS 7, I S. 569f.).

weniger fest zugesagt worden. Das geht auch daraus hervor, daß Dulles, als die EVG gescheitert war, gegenüber der Öffentlichkeit von dem Recht der Bundesrepublik sprach, sich einzeln oder kollektiv verteidigen zu müssen.

Der Brüsseler Vertrag ist im Jahre 1948 auf Betreiben von Spaak geschlossen worden. Man sah damals in Deutschland, in der Bundesrepublik, den präsumtiven Kriegsgegner. Deswegen ist der Vertrag auf 50 Jahre als Schutz gegen eine etwaige Aggression durch Deutschland geschlossen worden. In dem Vertrag war auch die Rede von kulturellen und sozialen Gemeinsamkeiten und Interessen, die gefördert werden sollten. Es stand auch darin, daß die Paktstaaten sich im Falle eines Angriffs in Europa automatisch zu Hilfe kommen mußten, und ferner, daß keiner der Paktstaaten mit einem anderen Staat, der als präsumtiver Kriegsgegner – etwas anders ausgedrückt – in Frage komme, einen Vertrag schließen dürfe.

Der Sitz der Paktorganisation war London. Dort wurde ein Sekretariat gegründet. Aber der Brüsseler Pakt ist bisher tatsächlich nie ins Leben getreten, und zwar deswegen nicht, weil infolge der Entwicklung der außenpolitischen Lage im Gesichtskreis der Paktteilnehmer Deutschland als zukünftiger Kriegsgegner zurücktrat. Man hat infolgedessen den NATO-Vertrag, die Nordatlantikpaktorganisation, geschaffen¹³, die anstelle des Brüsseler Vertrages – nicht *de jure*, aber *de facto* – getreten ist. Der Atlantikpakt ist gedacht als Schutz gegen einen Angriff Sowjetrußlands. Es gehören ihm z.Z. 14 Länder an, nachdem Italien, Griechenland und die Türkei aufgenommen worden sind. Er ist ein ausgesprochener Defensivpakt, übrigens ebenso wie der Brüsseler Vertrag ein ausgesprochener Defensivpakt ist. Er sieht aber nicht – im Gegensatz zum Brüsseler Vertrag – die automatische Hilfeleistung in dem Falle vor, wenn einer der Paktteilnehmer angegriffen wird, sondern falls einer angegriffen wird, dann bleibt es jedem Paktteilnehmer überlassen, zu überlegen, in welcher Weise er dem anderen zur Hilfe kommt.

Diese Atlantikpaktorganisation ist allmählich weiter fortgebildet worden. Sie wissen, daß ein Oberbefehlshaber berufen und der NATO-Rat geschaffen worden ist. Der NATO-Rat beschließt alljährlich, was die einzelnen Teilnehmer der NATO mindestens an Abwehrmaßnahmen aufzubringen haben. Ich wiederhole und bitte Sie, darauf gut zu achten: Im NATO-Rat wird ein Minimum festgestellt, es bleibt aber jedem NATO-Teilnehmer überlassen, über dieses Minimum in seiner Aufrüstung hinauszugehen.

Nun schlug also Eden vor, den Brüsseler Pakt – der gewissermaßen ein Karton war – zu nehmen und einen anderen Inhalt hineinzutun, ihn insofern zu ändern, als die beiden Artikel, die sich mit Deutschland beschäftigen, gestrichen würden und er noch einige zusätzliche Bestimmungen erhalten sollte. Insbesondere sollte aus dem

13 Vom 4. April 1949 – AdG 1949 S. 1859, 1879; Verträge der Bundesrepublik Deutschland Bd. 8 Nr. 70. Vertragsstaaten: Frankreich, Großbritannien, Vereinigte Staaten, Kanada, Italien, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Dänemark, Norwegen, Griechenland, Türkei, Island, Portugal.

vorgesehenen Ministerrat, der keine exekutiven, sondern nur konsultative Befugnisse hatte, ein Organ mit Exekutive geschaffen werden. Dann sollten Italien und die Bundesrepublik aufgenommen werden. Dulles hatte, als er kam, gewisse Bedenken gegen diese ganze Organisation, wie überhaupt die Amerikaner der Auffassung sind, daß die ganze NATO etwas locker gefügt ist, so daß Zweifel entstehen können, ob die NATO im Ernstfalle wirklich Bestand haben würde, d.h., ob dann alle ihre Pflicht tun, um dem Angegriffenen beizustehen nach dem Maß ihrer Kräfte. Der Vorschlag von Eden wurde in allen Ländern günstig aufgenommen, mit Ausnahme von Paris. Mendès-France hat ihn nicht sehr günstig aufgenommen.

Ehe ich zur Londoner Konferenz¹⁴ übergehe, lassen Sie mich einige Worte zur innenpolitischen Lage in Frankreich sagen. Wir hatten schon von Staatssekretär Nahm¹⁵, der einige Wochen in Frankreich auf dem Lande an verschiedenen Orten gewesen ist, aber auch von anderen Persönlichkeiten – die ich nicht nennen möchte – Nachrichten bekommen, daß entgegen unserer Annahme in weitesten Kreisen Frankreichs man von der ganzen EVG nichts wisse, daß man aber eine große Furcht habe vor einer Wiederaufrüstung Deutschlands. Wir haben gehört, daß die Annahme derjenigen Herren, die glaubten, mit Hilfe der Fraktion Pinay¹⁶, die sich nun gebildet hatte in der französischen Nationalversammlung, eine Mehrheit für die EVG bekommen zu können, falsch war.

Es hat sich weiter herausgestellt, daß Herr Mendès-France in ganz unerwarteter Weise so große Popularität in Frankreich hat. Man kann trotz der vielen unangenehmen Eigenschaften, die er als Verhandlungspartner hat, nicht daran vorbeigehen, daß er tatsächlich ein ungewöhnlich energischer Mann ist und daß er allem zum Trotz die Probleme angefaßt hat, an denen andere monate- und jahrelang vergeblich herumgedoktert haben. In diesem Kreise kann ich, ja muß ich vielleicht sagen, daß wahrscheinlich, wenn jetzt Neuwahlen in Frankreich kämen, die uns verwandte Partei MRP einen starken Verlust erleiden würde, weil man dem MRP vorwirft – ob mit Recht oder mit Unrecht, das spielt, wie Sie wissen, in der Politik eine untergeordnete Rolle –, daß es auf außenpolitischem Gebiet, das durch die Herren Schuman und Bidault fast immer ein Monopol des MRP gewesen ist, sich große Versäumnisse hätte zuschulden kommen lassen. Ich wiederhole, ob berechtigt oder unberechtigt, das spielt keine Rolle.

14 Vom 28. September bis 3. Oktober 1954 (vgl. Anm. 9). Wortlaut der Schlußakte in AdG 1954 S. 4765–4770.

15 Dr. Peter-Paul Nahm (1901–1981), 1949–1952 Ministerialdirektor im hessischen Innenministerium (Flüchtlingsfragen), 1953–1970 Staatssekretär im Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte bzw. ab 1967 des Innern (CDU).

16 Antoine Pinay (geb. 1891), französischer Politiker (Unabhängiger Republikaner); 1936–1938, 1946–1959 Mitglied der Assemblée Nationale, 1948 Staatssekretär für Wirtschaft, 1950–1951 und 1952 Minister für öffentliche Arbeiten, 1955–1956 des Äußeren, 1958–1960 für Finanzen und Wirtschaft, 1952 Ministerpräsident und Finanzminister.

Man hat Mendès-France auch in weitesten Kreisen der französischen Bevölkerung zugute gehalten, daß er die Kämpfe in Indochina zu Ende gebracht hat, wenn auch tatsächlich unter Aufgabe von Indochina; aber die Leute wollten nicht mehr, nachdem die Kämpfe in Indochina fast zehn Jahre gedauert hatten, die sehr viel Blut gekostet haben. Als Herr Schuman gesagt hatte, es sind Jahre gewesen, in denen der ganze Offiziersnachwuchs in Indochina getötet worden ist, wollte man sich durch die Kämpfe in Indochina nicht mehr weiter schwächen lassen. Man war froh, daß die Kämpfe zu Ende waren. Und das hat Mendès-France außerordentlich populär gemacht, so daß diejenigen, die glauben, Mendès-France würde als Ministerpräsident eine längere Dauer haben, als man sonst annahm, anscheinend recht bekommen werden. Ich wiederhole aber „anscheinend“, weil man beim französischen Parlament nie genau weiß, wie nachher die Sache läuft. Eine gute Rede in einer Sitzung der Nationalversammlung kann eine Abstimmung entscheiden, obgleich vorher alle anderer Meinung waren.

Nun traf die Londoner Konferenz zusammen. Zwischen den Reisen von Eden und Dulles war eine rege diplomatische Tätigkeit innerhalb der verschiedenen Hauptstädte, namentlich der EVG-Länder und London, aber auch Kanada und Washington. Wir kamen dann in London zusammen zu der sogenannten Neunerkonferenz. Daneben lief eine sogenannte Viererkonferenz. Das war die Konferenz der drei Besatzungsmächte plus der Bundesrepublik, weil mehrere Themen auf der Londoner Konferenz einer Lösung harhten und eine Lösung gefunden werden mußte.

Ich möchte zunächst etwas über die Arbeitsweise sagen. Die Sitzungen fanden statt im Lancaster-House, einem ungewöhnlich großen Palast. Die Delegationen der neun Staaten waren zum Teil sehr umfangreich. Es haben Sitzungen stattgefunden zu neunt unter Anwesenheit sämtlicher Delegationen, dann zu neunt unter Anwesenheit von je zwei Begleitern der Delegationsführer, dann Sitzungen, bei [denen] nur die neun Delegationsführer anwesend waren. Zwischendurch tagte auch die Viererkonferenz. Fast ununterbrochen tagte die sogenannte Experten-Kommission, die die Beschlüsse der Neunerkonferenz durcharbeitete, um sie in die richtige juristische Form usw. zu bringen.

Lassen Sie mich zunächst über die Frage des Besatzungsregimes sprechen. Das Besatzungsregime wird zu Ende gehen. Die Hohen Kommissare werden abgeschafft; sie werden Botschafter. Die Landeskommissare werden selbstverständlich auch abgeschafft. Die dazu nötigen Verträge werden hier in Bonn ausgearbeitet. Es wird eine Reihe von Übergangsbestimmungen getroffen werden müssen, da ja die Hohen Kommissare seit 1949 die Gesetzgebungsgewalt ausgeübt haben und die von ihnen erlassenen Gesetze und Verordnungen, die Rechtskraft haben, nicht einfach mit einem Schlag aufgehoben werden können. Sonst würde ein furchtbares Durcheinander in der ganzen Bundesrepublik entstehen. Die Gesetzgebungsinstanzen, in denen die Hohen Kommissare tätig gewesen sind, stehen dann der Gesetzgebung der Bundesrepublik zur Verfügung. Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat werden also im Laufe der Zeit eine Reihe von Gesetzen, die die Alliierten erlassen haben, entweder ganz abschaffen oder ummodelln müssen, um sie den neuen Verhältnissen anzupassen.

Die Besatzungstruppen werden Verteidigungstruppen. Es müssen Truppenverträge entsprechend dem Muster der NATO-Truppenverträge geschlossen werden. Sie wissen, daß in Frankreich sehr viele amerikanische Truppen als NATO-Truppen stehen. Das gleiche gilt auch für Großbritannien. Über den Aufenthalt dieser Truppen und über das, was damit zusammenhängt, sind Verträge geschlossen worden. Wir müssen auch derartige Verträge schließen. Bis diese geschlossen sind, muß es beim bisherigen Zustand bleiben.

Nun hatte ich den dringenden Wunsch, der als berechtigt anerkannt wurde, daß sofort etwas geschehe. Man mußte anerkennen, daß zur Abfassung der Verträge über die Aufhebung des Besatzungsregimes eine gewisse Zeit nötig ist. Aber es sollte sofort etwas geschehen. Daher ist man übereingekommen, daß die Hohen Kommissare angewiesen werden, ihre Befugnisse nicht mehr auszuüben, es sei denn im Einvernehmen mit der Bundesregierung. Sie müssen also unsere Zustimmung dazu haben. In gewissen Fällen, z.B. hinsichtlich der Truppenverträge, müssen sie handeln aufgrund der Entscheidung einer Viererkommission, zu der sie je ein Mitglied und wir das vierte Mitglied stellen.

Wir sind also tatsächlich jetzt schon frei, d.h. de facto, de jure noch nicht. Die Sitzung der Viererkonferenz über die Fragen des Besatzungsregimes wird am 20. Oktober in Paris sein.¹⁷ Ich hoffe, daß dann die Verträge fertiggestellt sein werden und den einzelnen Länderparlamenten anschließend zur Ratifizierung vorgelegt werden können.

Nun zur Frage Berlin und zu den gesamtdeutschen Fragen! Die Frage eines Friedensvertrages mit Sowjetrußland spielt natürlich eine besondere Rolle. Es ist hier im wesentlichen bei den Abmachungen geblieben, wie sie im Bonner Vertrag niedergelegt sind. Sie werden aber auch neu gefaßt werden müssen. Sie werden ebenfalls am 20. Oktober in Paris, wie man annehmen kann, zur Unterschrift vorliegen. Es bleibt also dabei, daß Berlin Besatzungsgebiet bleibt. Das ist nötig wegen Sowjetrußland. Es bleibt dabei, daß als Ziel der gemeinsamen Politik der drei Westmächte und der Bundesrepublik die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit durch einen frei verhandelten Friedensvertrag herbeigeführt wird. Es bleibt auch dabei, daß die Grenzen erst durch den Friedensvertrag mit Deutschland festgesetzt werden. Das zu diesem Komplex. Ich kürze etwas; ich brauche hier nicht in die Einzelheiten zu gehen. Ich komme nachher auf die allgemeinen politischen Fragen noch im Zusammenhang mit dieser ganzen Angelegenheit zu sprechen.

17 Vom 19. bis 23. Oktober 1954 fanden in Paris vier verschiedene Konferenzen statt: Zweierkonferenz Bundesrepublik Deutschland – Frankreich, Viermächtekonferenz (drei Westmächte, Bundesrepublik), Neunmächtekonferenz (sechs EVG-Staaten, Großbritannien, Kanada, USA), Fünfzehn-mächte-Konferenz (vierzehn NATO-Staaten – vgl. Anm. 13 –, Bundesrepublik Deutschland). – Communiqués, Erklärungen, Protokolle, Vertragstexte in AdG 1954 S. 4802–4814; Verträge der Bundesrepublik Deutschland Bd. 7 Nr. 62–68. Vgl. auch SCHWARZ 1 S. 246–257; Georges-Henri SOUTOU: La France, l'Allemagne et les accords de Paris. In: Relations Internationales 52 (1987) S. 451–470.

Bei der Beratung des Brüsseler Paktes haben sich teils sehr erfreuliche, teils außerordentlich schwierige Situationen ergeben. Sehr erfreulich war die Erklärung der britischen Regierung, daß sie als vollberechtigtes und vollverpflichtetes Mitglied dem Brüsseler Pakt beitrete und daß sie sich verpflichte, vier Divisionen und die taktische Luftwaffe auf dem Kontinent zu halten, es sei denn, daß die Mehrheit der Brüsseler Paktorganisationen darin einwillinge, daß sie ganz oder teilweise abgezogen werden. Seit mehr als 500 Jahren hat damit Großbritannien zum ersten Mal einen verpflichtenden Anteil, und zwar für 50 Jahre, an der politischen Situation des Kontinents genommen. Das ist, wenn Sie sich vergegenwärtigen, daß in den Gedanken aller Engländer Großbritannien eine Insel ist, die zwar zum europäischen Bereich gehört, aber nicht zum europäischen Kontinent, eine ganz große fortschrittliche Entwicklung, die gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Unerfreulich war das Auftreten des französischen Ministerpräsidenten in der sogenannten Kontroll- und Waffenproduktionsfrage. In der Kontrollfrage verlangte er folgendes: Die Brüsseler Paktstaaten sollten das Minimum, was [die] NATO an Wehrkraft verlangt, als das Maximum betrachten, d.h., es sollte keiner von ihnen darüber hinausgehen dürfen. Dann verlangte er eine sehr große Kontrolle über den Besitz und die Produktion von Waffen, und zwar durch ein Organ, das durch den nun zu revidierenden Brüsseler Pakt geschaffen werden sollte. Der Streit war sehr heftig. Ich habe ihm schließlich dadurch ein Ende gemacht, daß ich – ich glaube, der Bundestag hat gezeigt, daß er damit durchaus einverstanden ist¹⁸ – erklärt habe, die Bundesrepublik verzichte auf die sogenannten ABC-Waffen. A-Waffen sind die Atom-Waffen, B-Waffen sind die biologischen und C-Waffen sind die chemischen Waffen.

Die Kontrolle bei der Herstellung von chemischen Waffen hätte dem Kontrollorgan die Möglichkeit geboten, unsere chemische Industrie bis in die letzten Einzelheiten hinein zu kontrollieren, und zwar auch unter dem Gesichtspunkt von geschäftlichen Interessen.

Was die Atom-Waffen angeht, so kostet eine neue H-Bombe 10 Millionen Dollar nach dem heutigen Stand. Was sie morgen kostet, weiß man nicht. Daß wir nicht in der Lage sind, solche Bomben herzustellen, liegt auf der Hand. Wir hatten schon im EVG-Vertrag darauf verzichtet. Ich gab diese Erklärung ab. Darauf haben sich Belgien und Holland dem freiwillig angeschlossen, so daß also auch darin nicht der Schatten einer Diskriminierung liegt. Damit war Mendès-France mit seinem Kontrollorgan ein ganz wesentlicher Teil aus der Hand genommen.

Die Erklärung ging aber noch weiter und verlangte eine gemeinsame Produktion der Waffen. Es läßt sich nicht leugnen, daß manches für die gemeinsame Produktion spricht; manches spricht dagegen. Wir haben dann schließlich erreicht, daß dieser Antrag der Franzosen so lange zurückgestellt wird, bis der Brüsseler Pakt ins Leben

¹⁸ Entsprechende Ausführungen vor dem Parlament am 5. Oktober 1954 waren ohne Widerspruch geblieben (vgl. Sten.Ber. 2.WP Bd.21 S. 2232 sowie 7. Oktober 1954 S. 2265).

getreten ist. Dort soll unter Zuziehung von Sachverständigen diese ganze Frage eingehend geprüft werden.

Im Laufe dieser Diskussion kam es zu außerordentlich heftigen Zusammenstößen zwischen Eden und Mendès-France, d.h., die Heftigkeit war mehr auf seiten des Herrn Eden. Herr Eden, der als Verhandlungsführer sehr chevaleresk und sehr konziliant war, kam aber bei zwei oder drei Gelegenheiten bis an die Grenze dessen, was überhaupt noch möglich ist, heran. Es war auch ganz gut, daß er das getan hat; denn die Konferenz stand wahrhaftig drauf und dran zu scheitern. Sie stand auch zwei Tage darauf drauf und dran zu scheitern. Bei diesem letzten Fall vergingen anderthalb Stunden – mit einer Pause –, bis Mendès-France schließlich auf dringendes Raten seiner eigenen Mitarbeiter nachgab.

Wir sind dann zu einem relativ guten Ende gekommen. Ich kann Ihnen, wenn Sie mich fragen, was war besser, EVG oder Brüsseler Pakt plus NATO, nur sagen – und heute denke ich da noch etwas besser als in der vorigen Woche, weil man von Gedanken, Institutionen oder einem Plan, die man liebgewonnen hat, nicht gerne Abschied nimmt –: Für uns Deutsche insgesamt ist die neue Organisation viel besser, als es die EVG gewesen ist. Gegen die EVG wendet man ein, daß sie doch supranationale Bestimmungen enthalten habe. Der Brüsseler Pakt enthält eine ganze Reihe von supranationalen Bestimmungen. Es sind Ansätze und Keime darin, die zweifellos diesen weiteren Ausbau der Supranationalität der ganzen Einrichtungen klar in Erscheinung treten lassen.

Wir sind aber – und das ist doch sehr wichtig – jetzt Mitglied der NATO. Wir wären es bei der EVG nur indirekt gewesen. Alle anderen EVG-Länder aber wären es gewesen und wir nicht! Die NATO entscheidet darüber, wie Truppen eingesetzt werden. Weil wir aber nun im NATO-Rat sind, haben wir das Recht zum Einblick und zur Entscheidung, das wir sonst nicht gehabt hätten.

Vor allem aber ist von großer Bedeutung, daß Großbritannien bei dieser Einrichtung voll mitarbeitet. Dadurch wird der ganzen Organisation politisch und auch militärisch eine viel größere Bedeutung verliehen, als das bei der EVG gewesen wäre. Weil Großbritannien mit dabei ist, werden höchstwahrscheinlich auch andere europäische Staaten beitreten. Der norwegische Außenminister Lange¹⁹ hat schon während der Londoner Konferenz Herrn Eden mitgeteilt, daß Norwegen beizutreten beabsichtige. Dänemark wird zweifellos folgen müssen, wenn es seine z.Z. dort bestehende Krise überwunden haben wird.²⁰ Deswegen gab es keine Erklärung ab. Die Türkei hat erklärt, sie wünsche dem Brüsseler Pakt beizutreten, und hat gebeten, es möchte von deutscher Seite unterstützt werden, so daß die Brüsseler Paktorganisation

19 Halvard Manthey Lange (1902–1970), norwegischer sozialistischer Politiker; 1946–1963/1963–1965 Außenminister.

20 Gegen die Schrumpfung der dänischen Währungsreserven hatte die Regierung ein Krisenprogramm vorgelegt, das erst nach einem Kompromiß zwischen sozialdemokratischer Regierung und Radikaler Partei mehrheitsfähig war (AdG 1954 S. 4746, 4771f.).

tatsächlich an politischer und militärischer Bedeutung erheblich stärker ist, als das die EVG gewesen sein würde.

Ich muß noch ein Wort sagen über die Stellung von Dulles auf der Konferenz zu diesen ganzen Fragen. Dulles hat sich sehr zurückgehalten, und zwar hat er augenscheinlich nicht den Eindruck hervorrufen wollen, daß Amerika eine zu starke Position ausübe. Er hat aber bei den Beratungen über die Beseitigung des Besatzungsregimes gegenüber Frankreich erklärt, wenn Frankreich nicht einwillige, wäre Amerika gezwungen, für seine Zone die Souveränität der Bundesrepublik anzuerkennen. Daß dann Großbritannien gefolgt wäre, bedarf keiner weiteren Begründung, so daß dann schließlich das Besatzungsregime beschränkt gewesen wäre auf die französische Zone. Und hier habe ich zum Kollegen Altmeier das Vertrauen, daß er dann dafür gesorgt haben würde, daß es nicht mehr lange so geblieben wäre. (Ehlers: Gebhard Müller auch!) Richtig, ja!

Aus dieser Erklärung von Dulles auf der Londoner Konferenz können Sie ersehen, wie ernst die Stimmung in Amerika war.

Dulles hat auch eine zweite, von ungewöhnlichem Ernst getragene Erklärung dahingehend abgegeben, daß, wenn Europa sich jetzt nicht einige, die Vereinigten Staaten gezwungen seien, ihre bisherige Politik zu ändern. Ich wiederhole, er hat das in der eindrucksvollsten und schärfsten Weise – zwar nicht aggressiv, aber in klarster Form – gesagt. Das hat zweifellos auch sehr stark den Ausgang und das Ergebnis der Konferenz beeinflußt.

Er hat sich weiter bereit erklärt, wenn es zu einer Verständigung komme, werde er dem Präsidenten Eisenhower vorschlagen, das gegenüber der EVG gegebene Beistandsversprechen nunmehr gegenüber der Brüsseler Paktorganisation zu erneuern. Es wird z.Z. in Paris mit einigen Kommissionen und in Bonn mit einer Kommission intensiv hierfür gearbeitet.

Nun sollen, weil Amerika und England drängen, am 20. Oktober in Paris eine Sitzung der vier Mächte, am 21. eine Besprechung der neun Mächte und am 22. und 23. Sitzungen des NATO-Rates stattfinden, in denen die Einladung an Deutschland ausgesprochen wird, der NATO beizutreten. Sie werden gelesen haben, daß die NATO-Rat-Stellvertreter diesen Beschluß schon in der vergangenen Woche gefaßt haben. Die Themata der NATO-Rat-Sitzungen werden schon immer vorbereitet. Wenn dieses Programm so erfüllt wird, dann wird Frankreich, wie Mendès-France ausdrücklich erklärt hat, alle Verträge in der Nationalversammlung bis Ende dieses Jahres und im Senat – er heißt etwas anders, aber Sie wissen, was ich meine – in der ersten Hälfte des Monats Januar ratifizieren, so daß man nach seiner Erklärung damit rechnen kann, daß Frankreich bis Mitte Januar die ganze Geschichte abgeschlossen hat. Wir müssen die Angelegenheit bis dahin auch erledigt haben. Wir haben also während der nächsten Wochen sowohl in der Bundesregierung wie in den Ausschüssen und im Bundestag eine intensive Arbeit vor uns.

Wenn wir das alles bis Mitte Januar erledigt haben, dann haben wir auch ein sehr großes Werk getan. Wir haben das Besatzungsregime nicht mehr. Wir sind wieder ein

freies Volk. Wir können dann auch nach Moskau einen Botschafter schicken, sobald Moskau damit einverstanden ist und sobald wir einen geeigneten Botschafter haben. (Von Brentano: Dehler oder Pfeleiderer²¹!) Ich habe gesagt, soweit wir einen geeigneten haben. Ungeeignete sind da! (Heiterkeit.)

Wir haben dann auch den Status wieder errungen, den eine Großmacht haben muß. Wir können dann mit Fug und Recht sagen, daß wir wieder eine Großmacht geworden sind. Wenn Sie an die neun Jahre seit dem Zusammenbruch im Jahre 1945 zurückdenken, dann ist dieser Weg doch sehr schnell zurückgelegt worden, und wir haben das Ziel, das wir uns gesetzt haben, sehr bald erreicht.

Was die Weltlage angeht, so kann man folgendes sagen: Der kommunistische Block, geführt durch Sowjetrußland, hat in Genf dadurch einen großen Erfolg erzielt, daß es ihm gelungen ist, eine Spaltung der Westmächte herbeizuführen. Ich darf Sie daran erinnern, daß Indochina für den Westen verloren ist und daß zweifellos in verhältnismäßig kurzer Zeit Indochina kommunistisch sein wird. Das war der erste Erfolg für Sowjetrußland. Ich darf daran erinnern, daß die Amerikaner weggegangen sind von der Genfer Konferenz und daß es nicht gelungen ist, Herrn Dulles wieder dorthin zurückzubringen.

Der zweite große Erfolg Sowjetrußlands war die Abstimmung in der französischen Nationalversammlung am 30. August.²² Die Russen werden sich über diese Abstimmung sehr gefreut haben, weil es ihnen durch die Stimmen der Kommunisten gelungen ist, den Zusammenschluß Westeuropas zu torpedieren. Aber der Gegenzug kam dann sehr schnell und sehr überraschend durch die Londoner Abmachungen. Es sind auch durch die Londoner Konferenz sehr wichtige Gespräche zwischen den arabischen oder – besser ausgedrückt – zwischen den mohammedanischen Staaten, wovon die arabischen Staaten einen Teil bilden, ausgelöst worden. Es steht wohl auch schon in der Presse, daß der Ministerpräsident von Iran²³ in Istanbul gewesen ist. Man kann auch damit rechnen, daß nunmehr, nachdem im Irak eine Befriedigung eingetreten²⁴, die Suez-Kanal-Frage zwischen England und den arabischen Staaten²⁵ via Iran – ich habe den Ministerpräsidenten von Iran auf einem kleinen Frühstück bei

21 Dr. Karl Georg Pfeleiderer (1899–1957), 1949–1955 MdB (FDP). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 122 Anm. 30.

22 In der Nacht vom 30. zum 31. August hatte die Abstimmung über den Antrag zur Verwerfung des EVG-Vertrags stattgefunden; der Antrag war mit 319 gegen 264 Stimmen bei 12 Enthaltungen angenommen worden (AdG 1954 S. 4705–4711).

23 Fazlo'llah Zahedi (1897–1963), 1953–1955 Ministerpräsident des Iran.

24 Im Irak war eine Regierungskrise durch Wahlen am 12. September beendet worden. Die bestätigte Regierung Nuri es Said strebte einen Vertrag mit Großbritannien ohne koloniale Züge an (AdG 1954 S. 4665, 4737).

25 Am 27. Juli war ein britisch-ägyptisches Abkommen über die Suez-Kanal-Basis paraphiert worden; die Unterzeichnung erfolgte am 20. Oktober (AdG 1954 S. 4652, 4800).

Churchill²⁶ getroffen – gelöst und der Südostasienpakt²⁷ geschlossen ist, dort die Abwehrfront gegenüber Sowjetrußland so stark und lückenlos geworden ist, daß sich der Westen, wenn Sie die ganzen Verhältnisse global betrachten, gegenüber dem russischen Druck wieder gefaßt hat.

Denken Sie daran, daß die ganze Atlantikpaktorganisation darauf aufgebaut war, daß Deutschland einen Beitrag leistet. Ohne diesen deutschen Beitrag hatte die Atlantikpaktorganisation ein Riesenloch. Durch die Abstimmung am 30. August in Paris ist der ganze organisatorische Aufbau der Atlantikpaktorganisation schwer erschüttert worden. Wenn Sie sich das alles vergegenwärtigen, dann werden Sie mit mir darin übereinstimmen, daß gegenüber dem Gewinn, den die Kommunisten in diesem Sommer gehabt haben, der Westen auf dem Wege ist, den Verlust mehr als wettzumachen und nunmehr wieder die stärkere Abwehrfront zu haben.

Nun zur Frage der Wiedervereinigung! Meine Damen und Herren! Ich glaube jedes Wort in diesem Kreise darüber, daß man auf die Wiedervereinigung niemals verzichten kann, ist überflüssig. Die Frage ist nur, wie erreichen wir die Wiedervereinigung? Wir sind uns alle darin einig, daß sie nicht mit Gewalt herbeigeführt werden soll. Ich begrüße es, daß der Vertreter des BHE im Bundestag bei dieser Redeschlacht in der vergangenen Woche ausdrücklich eine dahingehende Erklärung abgegeben hat²⁸; denn da war immer das große Fragezeichen, und zwar sowohl bei den Engländern wie insbesondere aber bei den Franzosen, ob nicht unter dem Druck der Vertriebenen die Bundesrepublik, sobald sie Waffen habe, eines Tages versuchen würde, mit Gewalt die Wiedervereinigung herbeizuführen.

Nun zur Frage, wie kommt man mit Sowjetrußland weiter? Wenn man die Situation seit 1945 unvoreingenommen und ruhig besieht und sich vor Augen hält, wie nach einem absolut vorbereiteten Schema in allen Satellitenstaaten gleichmäßig verfahren worden ist und wie die Tschechoslowakei, Polen und Ungarn Sowjetrußland zum Opfer gefallen sind, dann versteht man die deutschen Sozialdemokraten wirklich nicht mehr. Ich bin dem bayerischen Ministerpräsidenten Ehard sehr dankbar dafür, daß er in Nürnberg auf dem Parteitag der CSU mit sehr klaren und deutlichen Worten hierzu Stellung genommen hat.²⁹

26 Winston Leonard Spencer Churchill (1874–1965), britischer Staatsmann; 1940–1945 und 1951–1955 Premierminister.

27 Am 8. September 1954 abgeschlossen (SEATO). Vertragspartner: USA, Großbritannien, Frankreich, Australien, Neuseeland, Siam, Pakistan, Philippinen (Vertragstext in AdG 1954 S. 4722).

28 Aussprache am 7. Oktober über die Erklärung der Bundesregierung vom 5. Oktober 1954 (Sten.Ber. 2. WP Bd. 21 S. 2235–2320); Erklärung des Abgeordneten Horst Haasler (GB/BHE) EBD. S. 2255–2257.

29 Rede vom 9. Oktober 1954 vor der Landesversammlung der CSU in Nürnberg aus Anlaß des bevorstehenden Wahlkampfes zum Bayerischen Landtag über die allgemeine politische Situation. In: Die Regierungen 1945–1962. Bearb. von Fritz Baer. München 1976 S. 178–193, insbes. S. 181–184.

Die Sozialdemokraten sind sehr geteilter Meinung. Es hat dort nach der letzten Bundestagssitzung zu schweren Auseinandersetzungen innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion geführt. Nach der letzten Bundestagssitzung wissen sie nicht mehr, was sie wollen. Ich hoffe – und das wird für die Wahlagitatio in Hessen, Bayern und Berlin sehr wichtig sein –, daß man die letzte Bundestagsdebatte sehr genau unter die Lupe nimmt. Es hat dort einer ganzen Reihe von Fragen durch verschiedene Mitglieder der CDU und durch mich bedurft, um einigermaßen klarzustellen, was denn die Sozialdemokraten mit dem System der europäischen kollektiven Sicherheit gemeint haben, bis schließlich herauskam – der Herr Erler hat der Katze die Schelle umgehängt –, daß die Sicherheit des wiedervereinigten Deutschlands garantiert werde durch Sowjetrußland und die Vereinigten Staaten.

Es sind Themata, über die wir im vergangenen Jahre immer wieder gesprochen haben. Hierbei haben die Sozialdemokraten genauso geurteilt wie wir, daß nämlich, wenn man etwas Derartiges erstrebe, sich die Amerikaner eines Tages von Europa zurückziehen würden und Deutschland und der gesamte Westen dem sowjetrussischen Koloß überlassen blieben. Wie ein Mensch das in Zweifel ziehen kann, ist mir unverständlich. (*Zuruf: Carlo Schmid!*) Ich habe den Namen von Carlo Schmid nicht genannt bei meiner Rede; dafür hat er dem Bundestagspräsidenten gegenüber gesagt, daß ich infam gewesen sei. (*Ehlers: Daß Sie freundlich gewesen sind, kann man nicht gerade behaupten!*) Ich war nur etwas genau! Er hat eine Rede gehalten in Schweden. In dieser Rede hat er gesagt, man müsse das Wort „Neutralisierung“ ersetzen durch das Wort „Bündnislosigkeit“. Damit kam er jetzt auch heraus. Gestern wurde mir ein Artikel aus der „Basler Nationalzeitung“ vorgelegt, eine Zeitung, deren besonderes Wohlwollen mir sonst nicht gehört. Aber der Artikel enthält einige Stellen, die ich Ihnen zum Teil wörtlich, zum Teil auszugsweise wiedergebe. Er ist überschrieben „Kritik der Gescheiterten“.³⁰ An dieser Überschrift nehme ich nicht teil. Es wird ausgeführt, daß die früheren Reichskanzler in eine andere Konzeption eingetreten seien als die Bundesregierung, zunächst der frühere Reichskanzler Brüning³¹, dann

30 „National Zeitung Basel“ vom 3. Oktober 1954. Vgl. zur Bundestagsdebatte auch SCHMID S. 558–560.

31 Dr. Heinrich Brüning (1885–1970), 1921–1930 Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 1924–1933 MdR (Zentrum), 1930–1932 Reichskanzler (1931/32 auch Außenminister), ab 1934 Exil, 1937–1952 Professor für Politische Wissenschaften in Harvard, 1951–1955 in Köln. Rudolf MORSEY in ZEITGESCHICHTE I S. 251–262, 310f.). Vgl. Rudolf MORSEY: Brünings Kritik an Adenauers Westpolitik. Vorgeschichte und Folgen seines Düsseldorf Vortrags vom 2. Juni 1954. In: Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa. Festschrift für Karl Dietrich Bracher. Hrsg. von Manfred FUNKE u.a. Düsseldorf 1987 S. 349–364.

der frühere Reichskanzler Luther³², dann der frühere Reichskanzler Wirth³³ und zum Schluß der frühere Reichskanzler von Papen³⁴. Was der Herr von Papen nun gesagt hat, das möchte ich doch mal vorlesen:

„Auch der Steigbügelhalter und moralisch aufs schwerste Mitschuldige der Hitlerschen Verbrecherschaft fühlt sich heute, da es nicht mehr so gefährlich ist wie damals, ein Gewissen zu haben, zum Reden gedrängt, und zwar natürlich zugunsten eines neutralisierten Blocks zentraleuropäischer Staaten, mit dem wiedervereinigten Deutschland als Mittelpunkt. Dieser Block sollte nach keiner Seite durch Bündnisse gebunden sein, müßte seine eigene Verteidigungsorganisation haben und würde, nach den Vorschlägen Papens, in seiner Unabhängigkeit sowohl von Sowjetrußland als von den Vereinigten Staaten garantiert werden müssen.“

Ich bedaure sehr, daß ich das nicht in der letzten Bundestagssitzung gehabt habe; ich hätte sonst die Sozialdemokraten von Herzen beglückwünscht zu ihrem neuesten Mitglied von Papen!

Das ist doch unbeschreiblich! Genau das haben die Sozialdemokraten auch gesagt. Ich kann nur gestehen, ich finde es mehr als töricht. Es ist auch sehr gefährlich. Es ist außerordentlich gefährlich. Wer von Ihnen den Herrn Wehner in der letzten Bundestagssitzung beobachtet hat, der hat gemerkt, daß den der Schuh am meisten gedrückt hat bei der ganzen Geschichte, während Herr Ollenhauer nicht mehr hochkam! (*Heiterkeit.*) Das ist doch ein richtiger Boxerausspruch; er kam nicht mehr hoch, er hing in den Seilen, dagegen Wehner noch nicht; der wird den Kampf ja auch aufnehmen. Ich sage es absichtlich etwas scherzhaft, obwohl es eine ungewöhnlich ernste Sache ist, daß eine so starke Partei wie die Sozialdemokratie tatsächlich in dieser schweren Zeit, in der die Welt steht, eine solche Schwenkung vorgenommen hat gegenüber der ursprünglich von ihr verfolgten Politik.

Nun zum Deutschen Gewerkschaftsbund! Ich möchte da zunächst noch kein zu scharfes Urteil aussprechen, ehe man gehört hat, was sich hinter den Kulissen ereignet hat.³⁵ Es gibt Leute, die meinen, dieser Beschluß des Deutschen Gewerkschaftsbundes

32 Dr. Hans Luther (1879–1962), 1922–1923 Reichsminister für Ernährung, 1923–1924 für Finanzen, 1925–1926 Reichskanzler, 1930–1933 Reichsbankpräsident, 1933–1937 Botschafter in Washington, 1953–1954 Vorsitzender des Sachverständigenausschusses für die Neugliederung des Bundesgebietes. Vgl. Politiker ohne Partei. Erinnerungen. Stuttgart 1960; Vor dem Abgrund 1930–1933. Reichsbankpräsident in Krisenzeiten. Berlin 1964.

33 Joseph Wirth (1879–1956), 1914–1933 MdR (Zentrum), 1921–1922 Reichskanzler. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 590 Anm. 16.

34 Franz von Papen (1879–1969), 1920–1928, 1930–1932, 1933–1945 MdR (bis 1932 Zentrum), 1932 Reichskanzler, 1932/33 Reichskommissar für das Land Preußen, 1933/34 Vizereichskanzler, 1934–1939 Botschafter in Wien, 1939–1944 in Ankara. Vgl. Rudolf MORSEY in ZEITGESCHICHTE 2 S. 75–87. – Es handelt sich bei dem vorlesenen Text um Teile eines Kommentars, nicht um die wörtliche Wiedergabe von Äußerungen von Papens.

35 Vom 4. bis 9. Oktober 1954 hatte in Frankfurt der 3. Ordentliche Kongreß des DGB stattgefunden. Mit dem „Beschluß“ meint Adenauer eine Entschliebung zur Ablehnung des Wehrbeitrags vom 9. Oktober (Text in AdG 1954 S. 4788).

sei ein Teil eines Kompromisses, dessen anderer Teil die Wahl Freitags sei. Ob das richtig ist, weiß ich nicht. Ich werde Herrn Freitag möglichst bald einmal aufsuchen. Er hat mir neulich einen Besuch gemacht; den werde ich erwidern. Dann werde ich von ihm vielleicht etwas Näheres darüber hören. Ich möchte mich deswegen jetzt zurückhalten, aber doch das Folgende erklären: 1. Es wäre falsch, nun zu sagen, daß sechs Millionen Gewerkschaftsmitglieder hinter diesem Beschluß stünden. Hinter diesem Beschluß stehen 400 Herren, von denen der größte Teil Funktionäre der Gewerkschaften sind; 2. wäre es ganz falsch, die Gewerkschaftsmitglieder zu addieren zu den sozialdemokratischen Stimmen, denn es waren ja dieselben.

Welche Konsequenzen ziehen unsere christlichen Arbeitnehmer aus diesen ganzen Vorgängen? Ich habe den Eindruck, als ob man durch Wohlwollen oder durch Toleranz mit den im Gewerkschaftsbund immer stärker werdenden Bestrebungen nicht fertig werden würde. Ich erwähnte eben, daß Herr Freitag mir einen Besuch gemacht hat. Ich bin natürlich nicht in der Lage – wir waren allein –, nähere Auskünfte über das zu geben, was wir besprochen haben. Aber ich hatte doch den Eindruck, als ob in gewissen Teilen der Industriegewerkschaft kommunistische Tendenzen außerordentlich stark geworden seien. Da droht für die Arbeitnehmerschaft und für den Bestand des Staates eine große Gefahr, die wir nicht in Zusammenhang bringen wollen mit der außenpolitischen Lage, aber die wir doch einmal sehr genau unter der Lupe besehen müssen.

Für mich war sehr bezeichnend ein Zwischenruf in der Bundestagssitzung, den die meisten Herren anscheinend nicht gehört haben. Er kam aus den hinteren Bänken oder aus der hinteren Hälfte; ich kenne den Namen des Zwischenrufers nicht. (*Zurufe: SPD!*) Ja, von der SPD, er rief: Wer die Soldaten hat, hat die Macht! Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Sie fürchten, daß Generalstreiks dann nicht mehr möglich sind; denn die Verkehrsmittel usw. können dann in Gang gehalten werden. Wenn man allerdings als Ziel der Gewerkschaftsorganisationen eine totale Beherrschung des Staatsapparates sieht, die eventuell mit Gewalt herbeigeführt wird, dann glaube ich, daß dies, sobald die Bundesrepublik eine Armee hat, schwer möglich zu machen ist.

Ein Wort über den Aufbau dieser Armee. Es wird eine ungewöhnlich schwere und umfangreiche Aufgabe sein, insbesondere was die Auswahl der Personen angeht. Da müssen gerade wir von der CDU außerordentlich gut aufpassen, daß wir ein General- und Offizierskorps bekommen, das rücksichtslos anerkennt, daß Zivilgewalt höher steht als militärische Gewalt und daß die militärische Gewalt sich der zivilen Gewalt unterzuordnen hat. Das wird bei der Vergangenheit Deutschlands eine schwere Aufgabe sein, über deren Bedeutung man sich keiner Täuschung hingeben darf.

Darin erblicke [ich] auch einen gewissen Nachteil gegenüber der EVG, daß wir nun eine deutsche Armee bekommen und es daher gewisse Tendenzen leichter haben werden, ins Kraut zu schießen. Es wird aber eine Integration auch der Streitkräfte stattfinden, und zwar bis zum Korps oder bis zur Division. Die Frage ist noch nicht entschieden, auch noch nicht nach den Beschlüssen der Londoner Konferenz; immer-

hin, das Wort „Deutsche Armee“ höre ich viel unlieber als das Wort „Europäische Armee“. Aber wir müssen die Dinge nehmen, wie sie sind.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur innenpolitischen Lage sagen. Eigentlich wollen wir erst heute nachmittag darüber sprechen. Ich habe Herrn Schäffer dazugebeten. Ich weiß von uns allen – und ich schließe mich jetzt in keiner Weise aus –, welch großer Unmut bei uns besteht gegenüber dem Verhalten gewisser Koalitionspartner. Aber wir haben diese Koalition, bis wir alles unter Dach und Fach gebracht haben, unbedingt nötig. (Ehlers: Auch das ist nicht für die Presse bestimmt! – Heiterkeit.) Deswegen muß man ungerade schon mal gerade sein lassen. Sie kennen die schrecklichen Entgleisungen von Herrn Dehler.³⁶ Sie werden wissen, daß gerade hier in diesem Raum eine klare Aussprache stattgefunden hat und daß sich die vier FDP-Minister hier im Kabinett rückhaltlos von ihm abgesetzt haben, was man anerkennen muß. Die Herren waren zum Äußersten entschlossen, wenn da keine Remedur geschaffen worden wäre.

Was den BHE angeht – den leider Herr Strauß so angegriffen hat –, so möchte ich doch in diesem Kreise (ebenfalls nicht für die Presse bestimmt) folgendes sagen: Der Herr Kather unterwühlt den ganzen BHE. Wir kennen den Herrn Kather. Bei unserer großen Fraktion war das nicht so möglich. (Von Brentano: Es lag nicht nur an der Größe, sondern auch an der Politik!) Da mögen Sie recht haben. Beim BHE sind es nur gewisse Interessen, die da eine Rolle spielen. Bei uns war das anders. Aber kurz und gut, er ist auf dem besten Wege, auch dem Herrn Oberländer das Leben zu nehmen. (Weber: Dem Herrn Oberländer?) Jawohl! Deswegen bin ich traurig, daß der Herr Strauß so etwas gesagt hat. Es ist soweit, daß Herr Oberländer – der Ausdruck ist etwas übertrieben – der Garant ist für den BHE, und der Herr Kather, was Sie selbst nicht wissen, geht in den internen Besprechungen dazu über, den BHE in das östliche Lager herüberzubringen, so daß wir alle Ursache haben, diese Dinge mit der größten Aufmerksamkeit zu beobachten und unsere Politik nach unseren Interessen einzurichten, nicht nach den Interessen eines Mitgliedes des BHE.

Das ist die innenpolitische Lage, die sich durch die Exkursionen des Herr Schäffer noch so verschärft hat, daß ich wahrhaft nicht weiß, wie das Kabinett diese Woche überstehen wird. Das weiß ich zur Stunde noch nicht! Ich möchte nicht in Abwesenheit des Herrn Schäffer sprechen, aber es ist unmöglich, das kann ich sagen, nachdem es in der Zeitung steht, daß ein Bundesminister derartig unsere eigenen Leute beschimpft, daß er die Wähler verwechselt mit Interessentenhaufen. Das ist doch ganz unmöglich!

Ich muß noch weitergehen. Ich möchte Sie bitten, Herr Pferdenges, mir zu gestatten, daß ich von Ihnen in diesem Zusammenhang spreche. Ich kann unter

36 Dehler hatte am 1. Oktober vor der Presse u.a. aufgrund von Erklärungen des sowjetischen UN-Delegierten Andrej Wyschinski zur Abrüstung (vgl. AdG 1954 S. 4764), die er als bedeutsam und aufsehenerregend bezeichnete, die Aufnahme von Verhandlungen mit Moskau gefordert und sich vage für eine Reform des Auswärtigen Amtes ausgesprochen. Aufgrund der heftigen Reaktionen sah er sich am 5. Oktober in einem Interview in der „Main-Post“ zu Präzisierungen veranlaßt (vgl. CDP-Pressedienst vom 1., 3., 5., 6. Oktober 1954).

keinen Umständen zugeben, daß Herr Pferdmenes und Herr Neuburger Vertreter von Interessentenhaufen sind. Diese Herren sind mitbetroffen worden. Herr Wellhausen³⁷ war derselben Meinung. (*Von Brentano*: Nein, nicht so! – *Pferdmenges*: Nicht ganz!) Aber den hätten Sie doch dahinbekommen! (*Pferdmenges*: Ja!) Wenn wir eine Verständigung erzielt hätten, wäre es dazu gekommen, daß die übertriebenen Anträge – nicht in den Steuerfragen, sondern in den Fragen der Rentenempfänger usw. – nicht gestellt worden wären. Das alles steht jetzt auf dem Spiel. Ich weiß nicht, was aus der ganzen Sache nun werden wird. Ich bekomme jetzt einen Brief, er betrifft dasselbe Thema; er ist vom Kollegen Erhard:

„Heute haben mich am frühen Morgen die Kollegen Blücher und Preusker³⁸ angerufen, um ihrer Bestürzung Ausdruck zu geben und mich zu bitten, diese Besorgnis zu übermitteln. Beide Herren halten es für notwendig, Sie vor der Parteivorstandssitzung zu unterrichten. Den Stein des Anstoßes bildet der Parteitag der CSU in Nürnberg, dabei besonders die Reden, die der Herr Kollege Schäffer und in erster Linie der Herr Kollege Strauß gehalten haben. Ich bin der Meinung, daß, wenn die FDP-Minister sich mutig gegen ihren Fraktionsvorsitzenden Dehler wenden, es keine besondere Würdigung verdient, wenn Herr Strauß sie als lammfromme Trotteln bezeichnet hat.“

Wenn er das gesagt hat – selbst in Bayern ist das zuviel! (*Von Brentano*: Ich glaube, „Trotteln“ hat er nicht gesagt, sondern nur „lammfromm“!) Er hat erklärt, die ganzen Bundesminister hätten das Niveau von Ministerialdirektoren. (*Zuruf*: Wer, der Herr Strauß?) Ja! (*Weber*: Dann gehört er ja dazu!) Es ist mir wirklich etwas hochgekommen, als ich heute morgen diesen ganzen Kram bekam, in einer Zeit, wo tatsächlich das ganze Geschick Deutschlands und Europas auf dem Spiele steht. Es ist eine Schweinerei. Entschuldigen Sie, ich habe keinen anderen Ausdruck. Es ist wie auf einer Kirmes in Oberbayern, wo man eine Rauferei haben will und alles kaputtschlägt und sich nachher die Scherben besieht. (*Zuruf*: Herr Tillmanns war in Nürnberg!) Herr Tillmanns, waren Sie in Nürnberg? (*Tillmanns*: Ja, aber nur kurze Zeit. Während dieser Rede war ich auf der Rückreise nach Berlin!)

Lassen Sie mich schließen mit einer Schilderung der Lage in Frankreich. Sie wissen, daß Mendès-France die Vertrauensfrage gestellt hat. Beim französischen Parlament – ich erwähnte das schon – kann man niemals mit Sicherheit sagen, wie das Ergebnis sein wird. Aber nach allem, was man hört, ist wohl damit zu rechnen, daß Mendès-France eine Mehrheit bekommen wird. Leider sind die Nachrichten, die man über das Verhalten des MRP bekommt, sehr ungünstig. Ich bedaure das außerordentlich. (*Von Brentano*: Es hat den Fraktionszwang aufgehoben!) Das heißt mit anderen Worten, es stimmt dafür. Ich darf sagen, daß sich Herr Schuman am

37 Dr. Hans Wellhausen (1894–1964), 1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrats, 1949–1957 MdB (FDP bis 1956, dann CSU).

38 Dr. Victor-Emanuel Preusker (geb. 1913), 1949–1961 MdB (FDP bis 1956, dann DA und FVP, März 1957 DP/FVP, Oktober 1957 DP, ab September 1960 CDU/CSU), 1953–1957 Bundesminister für Wohnungsbau.

besten benimmt in der ganzen Sache, am einsichtigsten, weil ihm jedes persönliche Ressentiment fehlt und er sich wirklich hineinversteift, während bei den anderen das Persönliche eine außerordentlich große Rolle spielt.

Daß in den anderen Ländern die Parlamente ratifizieren werden, ist nicht zu bezweifeln. Der morgige Tag wird daher für uns wieder ein kritischer Tag erster Ordnung sein. Ebenfalls werden die nächsten Tage für den Bestand des Kabinetts und der Koalition kritische Tage erster Ordnung sein. (*Kaiser*: Nicht außenpolitisch!) Nein, aber innenpolitisch! Das wird doch alles draußen verwertet. Ich wiederhole, was ich oft gesagt habe: Wem verdanken wir unsere z.Z. ungewöhnlich starke außenpolitische Stellung? Wir verdanken sie zwei Umständen, erstens der Tüchtigkeit des deutschen Volkes und zweitens der Größe der Regierungskoalition. Das sind die beiden Momente. Wenn jetzt die Regierungskoalition in einem solchen Augenblick aus lauter Krach auseinandergeht, dann wird das unsere außenpolitische Stellung außerordentlich stark schwächen. Das kann ich nicht nachdrücklich genug betonen.

Sie dürfen nicht übersehen, daß die Stellungnahme der Sozialdemokratie und des Deutschen Gewerkschaftsbundes in außenpolitischen Fragen auch nicht dazu angetan ist, die außenpolitische Stellung Deutschlands zu stärken. Käme jetzt noch hinzu eine Koalitionskrise, dann könnte das kein halbwegs vernünftiger Mensch gegenüber dem deutschen Volk verantworten. Entschuldigen Sie bitte, wenn ich dabei ein bißchen heftig werde, aber es ist wahrhaftig dazu angetan, heftig zu werden.

Ich meine, man muß sich mit dem Kollegen Schäffer sehr offen darüber aussprechen. Ich möchte der Presse eine Mitteilung über die Vorgänge in Nürnberg zukommen lassen. Ich glaube, daß würde sehr gut sein. Sie ist kurz gehalten und heißt etwa so:

„Auf dem Parteitag der CSU in Nürnberg haben zwei Bundesminister Äußerungen gegen Koalitionsfraktionen und Angehörige solcher Fraktionen getan – oder soll ich sagen: Bundestagsabgeordnete? –, (*Pferdmenges*: Ohne Namen!) die über das Maß einer zulässigen Kritik hinausgehen. Derartige Äußerungen sind in hohem Maße bedauerlich und nicht geeignet, die bestehenden sachlichen Schwierigkeiten einer berechtigten Lösung näherzubringen.“

Irgendeine Stellungnahme muß ich beziehen. (*Von Brentano*: Im Augenblick erwartet niemand von Ihnen eine Stellungnahme, wo Sie Gespräche geführt haben. Mit einer solchen Erklärung könnten Sie die letzte Möglichkeit bei der Eigenart der CSU zerschlagen!) Mir hat der Kollege Strauß vorgestern in einem Brief angedeutet, die CSU werde aus der Koalition ausscheiden.³⁹ Das geht auch nicht. (*Zuruf*: Aus welchen Gründen?) Ich will Ihnen sagen aus welchen Gründen: Weil wir dem Herrn Schäffer nicht nachgeben. Das sind doch unmögliche Dinge! (*Zurufe*: Das geht nicht!) Ich habe dem Herrn Strauß nach Nürnberg telegraphiert, wenn er derartige Tendenzen dort öffentlich mitteile, würde er eine öffentliche Antwort bekommen; er müsse selber beurteilen, ob eine solche Auseinandersetzung eine gute Eröffnung des Wahlkampfes in Bayern sei. Die Bayern sind auf uns absolut angewiesen bei ihrem Wahlkampf.

39 Brief (6 Seiten) vom 8. Oktober 1954 – StBKAH III/22.

(Ehlers – zum Bundeskanzler gewandt –: Wie ist es mit einer Aussprache?) Der Herr Kollege Ehlers macht den Vorschlag, daß ich in der Presse mitteilen soll, ich würde mit den betreffenden Herren sofort in eine Aussprache eintreten. Das ist eine Reaktion, die etwas abdämpft. Wir werden uns innerhalb der CDU tatsächlich aussprechen müssen über das Verhältnis zur CSU. Nach dem, was mir am Samstag von Herrn Lübke gesagt worden ist, der gute Verbindungen zur CSU hat, ist die CSU-Fraktion völlig einseitig unterrichtet.

Kehren wir zur Außenpolitik zurück. Ich darf um eine Aussprache bitten über dieses Problem, dessen Lösung jetzt unmittelbar in die Hand der Bundestagsfraktion gelegt worden ist.

Von Brentano: Glauben Sie, daß wir für die Durchführung der Verträge aufgrund der Londoner Akte erneut eine verfassungsändernde Mehrheit brauchen? Soweit ich es bisher feststellen konnte, brauchen wir sie zunächst nicht. (*Adenauer:* Das ist auch meine Auffassung, es ist nicht nötig!) Wir sollten uns vielleicht darüber unterhalten, ob es zweckmäßig ist, daß wir als erste ratifizieren, oder ob es besser ist, daß wir zwar alle Voraussetzungen und Vorbereitungen treffen, aber nicht als erste ratifizieren, insbesondere so lange nicht, als wir keine Klarheit darüber haben, wie Frankreich ratifizieren wird. Wir müssen einkalkulieren, daß in Frankreich erneut Schwierigkeiten entstehen und daß es dann für uns von besonderer Bedeutung wäre, wenn wir, falls von dort ein Nein käme, schon ja gesagt hätten.

Adenauer: Diese Frage habe ich mir in London vorgelegt. Sie wird geklärt werden durch die Abstimmung morgen. Wenn Mendès-France morgen für die von ihm auf der Londoner Konferenz vertretene Politik das Vertrauen bekommt, dann wird er auch bei der Ratifizierung der Verträge das Vertrauen erhalten. (*Von Brentano:* Wenn nicht bei der Vertrauenskundgebung noch irgendwelche Bedingungen gegeben werden!) Die lehnt er ab! Mendès-France hat vorgelegt und dann „ohne Zusatz“ gesagt.⁴⁰

Von Brentano: Ich sähe es gerne, wenn Blank⁴¹ dabei wäre. Es ist nicht glücklich, wenn im Augenblick die gesamte Presse mit Artikeln versehen wird, wann die Einberufung erfolgt, welche Jahrgänge erfaßt werden, wer Oberbefehlshaber wird usw. Wir lesen jeden Tag solche Artikel. In der Delegiertenversammlung im Landesausschuß in Hessen und überall bin ich deswegen angesprochen worden. Gerade jetzt, wo der Schock des 30. August noch nicht überwunden ist, halte ich es für psychologisch vollkommen falsch, daß jetzt dauernd solche Artikel erscheinen, die in vier, fünf Spalten alle Einzelheiten bringen.

40 Zur Diskussion und Abstimmung in der Assemblée Nationale vom 7. bis 12. Oktober vgl. L'ANNÉE POLITIQUE 1954 S. 451–457; AdG 1954 S. 4793f. – Mendès-France wurde das Vertrauen mit 350 zu 113 bei 152 Enthaltungen ausgesprochen.

41 Theodor Blank (1905–1972), 1930–1933 Gewerkschaftssekretär, Mitgründer von CDU und DGB, 1946 MdL Nordrhein-Westfalen, 1947–1949 Mitglied des Wirtschaftsrats der Bizone, 1949–1972 MdB, 1950–1955 Sicherheitsbeauftragter des Bundeskanzlers, 1955–1956 Bundesminister für Verteidigung, 1957–1965 für Arbeit und Sozialordnung. Vgl. Hans-Otto KLEINMANN in ZEITGESCHICHTE 6 S. 171–188.

Adenauer: Herr von Brentano hat vollkommen recht. Es ist kein gutes Zeichen für die Verfassung unserer Presse, daß sie die politische Bedeutung der Londoner Konferenz ganz in den Hintergrund treten läßt und das rein militärische Moment in den Vordergrund rückt. Ich habe es der Presse selbst gesagt und sie gebeten – ich hatte 50 Herren hier⁴² –, sie möchte damit aufhören. Aber sie sind einfach nicht dazu zu kriegen. (*Von Brentano:* Aber diese Artikel müssen doch geliefert sein! – *Von Lojewski:* Das ist zum großen Teil Archivmaterial. Es wird zusammengestellt und einige neue Sachen dazugeschrieben!)

Von Brentano: Es wäre gut, wenn wir mit Herrn Blank eine Pressekonferenz abhielten und den Leuten sagten, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist. (*Lensing:* Herr Blank hat eine Pressekonferenz!)

Adenauer: Das habe ich längst vor. Ich höre, der Herr Blank hat eine Besprechung im Presseklub. Dann müßte ich ihn aber unbedingt vorher sehen. (*Lensing:* Das habe ich in einer vertraulichen Information gelesen!) Ich werde mein Möglichstes tun, Herr von Brentano!

Von Brentano: Was Sie gesagt haben, möchte ich mit wenigen Sätzen ergänzen. Die Nachteile oder die weniger guten Inhalte der Londoner Akte werden m.E. im Verhältnis zum EVG-Vertrag ausgeglichen durch eine Reihe von Dingen, die man einmal hier besprechen sollte. Einmal entfallen im Deutschlandvertrag die Notstandsklausel und die Klausel des Art. 7 Satz 3⁴³; es sind immerhin zwei Vorschriften, die bei der Opposition Anstoß erregt haben. Es ist erstaunlich, daß dieses Ergebnis nicht mit einem Wort positiv kommentiert worden ist von der Opposition und von der Industrie. Es sollte gerade der Teilverzicht Deutschlands auf die Herstellung schwerer Waffen, insbesondere der ABC-Waffen, in der öffentlichen Diskussion gründlich betont werden; denn hier wird klar sichtbar, daß die Beteiligung Deutschlands unter keinen Umständen aggressiven Charakter haben kann. Man sollte das in der deutschen Öffentlichkeit immer wieder sagen, weil damit eine gewisse Sorge von den Menschen genommen wird, daß aus einer Wehrmacht und einer Verteidigungsorganisation etwa ein neuer Krieg entstehen könne.

42 Am 5. Oktober 1954 – vgl. ADENAUER: Teegespräche 1950–1954 S. 540–551. Bericht darüber „Der Kanzler-Tee“ in FAZ vom 12. Oktober 1954 von Walter Henkels.

43 Die entfallende Klausel in Art. 7 Satz 3 besagte: „Im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands – vorbehaltlich einer zu vereinbarenden Anpassung – werden die drei Mächte die Rechte, welche der Bundesrepublik auf Grund dieses Vertrages und der Zusatzverträge zustehen, auf ein wiedervereinigtes Deutschland erstrecken und werden ihrerseits darin einwilligen, daß die Rechte auf Grund der Verträge über die Bildung einer integrierten europäischen Gemeinschaft in gleicher Weise erstreckt werden, wenn ein wiedervereinigtes Deutschland die Verpflichtungen der Bundesrepublik gegenüber den drei Mächten oder einer von ihnen auf Grund der genannten Verträge übernimmt. Soweit nicht alle Unterzeichnerstaaten ihre gemeinsame Zustimmung erteilen, wird die Bundesrepublik kein Abkommen abschließen noch einer Abmachung beitreten, welche die Rechte der drei Mächte auf Grund der genannten Verträge beeinträchtigen oder die Verpflichtungen der Bundesrepublik auf Grund dieser Verträge mindern würden.“

Ich bin der Meinung, daß nach der Diskussion im Bundestag die Haltung der Sozialdemokratischen Partei sich in einer erschreckenden Weise geklärt hat. Das sollte uns zu Konsequenzen veranlassen. Nach der Diskussion im Bundestag hat zunächst Herr Ollenhauer in einer Pressekonferenz geklärt, was vier, fünf oder sechs Rednern im Bundestag nicht mit der erforderlichen Klarheit gelungen war. Es ist ganz ungewöhnlich, nach einer Bundestagsdebatte eine Pressekonferenz eigens dafür abzuhalten, um eine authentische Interpretation dafür zu geben, was man sagen bzw. nicht sagen wollte.⁴⁴

Wenn ich die Erklärungen, die von Herrn Schmid und von Herrn Erler abgegeben worden sind, die viel weitergingen als die Ausführungen von Ollenhauer, zusammenhalte mit der Entschließung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, dann kann ich nur feststellen, daß eine Entwicklung im Gange ist, die uns wirklich Sorge machen muß. Diese Bekenntnisse gehen weiter, als sie bisher gegangen sind. Es geht nicht mehr um eine Mittellösung. Es geht nicht mehr darum, wie man früher sagte, für das wiedervereinigte Deutschland die Konzeption eines völkerrechtlich vereinbarten Sonderstatuts zu akzeptieren – eine Vorstellung, die m.E. schon damals nicht möglich war –, sondern es wird jetzt eindeutig gesagt, daß das wiedervereinigte Deutschland schlechthin auf jedes Bündnis mit der freien Welt verzichten solle.

Die Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes geht noch weiter als bisher; denn es heißt darin – ich habe sie am Samstag in die Hand bekommen, sie steht noch nicht im Wortlaut in der Zeitung –, daß der Gewerkschaftsbund eine Beteiligung Deutschlands an einer Verteidigung ablehnt, nicht etwa nur bis zur Durchführung – wie die SPD gesagt hat – neuer Verhandlungen mit der Sowjetunion, sondern bis zur Wiedervereinigung Deutschlands schlechthin. (*Widerspruch und Unruhe.*) Das hat mich so erschreckt. Es wird nicht mehr gesagt, wie es die SPD bisher verlangt hat, ein Verteidigungsbeitrag dann, wenn neue Verhandlungen sich endgültig als aussichtslos erweisen sollten, sondern Verteidigungsbeitrag erst nach neuen Verhandlungen und nach der Wiedervereinigung. (*Weber: Und wenn er nicht kommt?*) Auch wenn alle Verhandlungen scheitern und wenn der Kalte Krieg noch schärfer wird und die Fronten noch klarer werden, ist nach der Entscheidung des DGB ein Verteidigungsbeitrag abzulehnen! Damit ist eine sehr ernste Situation geschaffen.

Ich kann nur bedauern, daß es nicht möglich war, daß auf diesem Gewerkschaftskongreß irgend jemand von unseren Leuten den Mut aufgebracht hat, nun zu sagen, so weit gehen wir nicht. (*Weber: Niemand ist aufgestanden! – Zurufe: Leider!*) Von uns muß etwas gesagt werden; denn eine solche Entscheidung wird in den Kreisen der Arbeitnehmer eine unheilvolle Verwirrung anstiften. Ich bin im Wahlkampf in Hessen äußerst kritisch und vorwurfsvoll aus den Kreisen unserer Arbeitnehmer deswegen angesprochen worden.

Adenauer: Ich darf den Wortlaut verlesen, der offenbar zusammengeflickt worden ist:

⁴⁴ Vgl. ppp vom 8. Oktober 1954.

„Der Bundeskongreß lehnt jeden Wehrbeitrag ab, solange nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind mit dem Ziel, eine Verständigung der Völker untereinander herbeizuführen und die Einheit Deutschlands wiederherzustellen.“

(*Schröder*: Das ist kein Deutsch! – *Kiesinger*: Das ist grammatisch nicht einwandfrei! – *Zurufe*: Unklar und nicht recht verständlich!)

Hier steht: mit dem Ziel, eine Verständigung der Völker untereinander herbeizuführen.

Von Brentano: Ich glaube nicht, daß gemeint sind die Verhandlungen. Ich habe von einem Teilnehmer am Kongreß den ursprünglichen Entwurf gesehen. Dieser Satz mit der Wiedervereinigung Deutschlands ist nachträglich eingefügt worden. (*Kiesinger*: So hat das doch keinen Sinn!)

Adenauer: Darf ich vorschlagen, daß wir die Diskussion etwas gliedern und zunächst sprechen über die Dinge bis zur Londoner Konferenz. Danach werden wir uns mit der Sozialdemokratie und dem DGB beschäftigen. Sind Sie einverstanden? – Das ist der Fall. Frau Dr. Weber hat das Wort.

Weber: Wenn wir in die NATO eingetreten sein werden, sind wir dann auch verpflichtet, bei allen Verwicklungen der Völker, die zur NATO gehören, mitzukämpfen?

Adenauer: Nein, in der NATO besteht keine automatische Beistandspflicht, sondern in dem Falle, wo einer angegriffen wird, haben die anderen zu überlegen, was sie tun wollen.

Wuermeling: Herr Bundeskanzler, in Ihrer Regierungserklärung vor dem Parlament am Dienstag haben Sie die Saarfrage nicht erwähnt, auch in Ihrem heutigen Vortrag nicht. In der Diskussion im Bundestag wurde von den anderen Parteien außerhalb der CDU/CSU bezüglich der Saarfrage ein sehr klar umrissener Standpunkt in dem Sinne eingenommen, daß keinerlei Loslösung zugestanden werden könne, auch nicht im Sinne einer Europäisierung. Sie haben in Ihrer Antwort, soweit ich mich erinnere, dem ziemlich uneingeschränkt zugestimmt.

Andererseits hat Herr Mendès-France doch mehrfach erklärt, die Lösung der Saarfrage sei Voraussetzung für die Ratifizierung der neuen Abkommen durch das französische Parlament. Besteht hier nicht die Gefahr, daß an dieser Geschichte von Paris her die Ergebnisse der Londoner Konferenz wieder zunichte gemacht werden?

Adenauer: Ich bitte Sie, jetzt Verständnis für meine Zurückhaltung und mein Schweigen zu haben. Wenn Herr Mendès-France morgen die Zustimmung für die Politik bekommt, die er in London vertreten hat, dann kann er unmöglich später an der Saarfrage die Sache scheitern lassen. Wenn man aber die Saarfrage ins Gespräch bringt, bevor er dieses Vertrauen hat, dann können ihm doch in der Nationalversammlung Verpflichtungen auferlegt werden, die er annehmen muß, die die Saarfrage dann sehr kompliziert machen werden.

Ich werde mit Mendès-France eine Aussprache darüber haben. Er hat mich nach Schluß der Londoner Konferenz darum gebeten und mich jetzt erneut bitten lassen. Die Besprechung wird voraussichtlich in Paris stattfinden. (*Weber*: Am 20.?) Vielleicht auch schon am 19.!

Herr Wuermeling, Sie dürfen nicht vergessen, in dem Londoner Abkommen steht, daß die Grenzen Deutschlands durch den Friedensvertrag festgelegt werden, daß also eine Abtrennung des Saargebiets nicht in Frage kommen kann, auch nicht nach dem Londoner Abkommen. Ich möchte in diesem Gespräch zunächst – das bleibt aber bitte wirklich unter uns – den Hauptwert auf freie Wahlen an der Saar legen, dann kommen die Menschenrechte, aber auf wirtschaftlichem Gebiet muß man die Interessen der Saarbevölkerung natürlich auch berücksichtigen. Ich glaube, das wird man fertigbekommen. Ich habe dem Herrn Ney sagen lassen, daß ich ihn am Freitag sprechen kann. Er hat mir einen Brief vor London geschrieben und gesagt, für sie sei das wichtigste freie Wahlen, alles andere nicht.

Ehlers: Ich weiß nicht, ob Ihnen aufgefallen ist, daß Herr Ollenhauer in seiner Erklärung zur Saarfrage außerordentlich zurückhaltend gesprochen hat. Er hat gesagt:

„Die Sozialdemokratische Partei ist der Meinung, daß im Interesse der freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem französischen und dem deutschen Volke eine Lösung der Saarfrage gefunden werden muß. Sie kann aber nicht den Verzicht auf das Saargebiet als einen Teil deutschen Staatsgebietes umfassen, und sie muß in jedem Falle die Bevölkerung des Saargebietes unverzüglich in den Genuß aller demokratischen Grundrechte und Freiheiten bringen.“⁴⁵

Das ist nach dem, was Herr Mommer⁴⁶ bisher vorgetragen hat, außerordentlich vorsichtig ausgedrückt. Ich habe Herrn Carlo Schmid im Anschluß an die Debatte gefragt, was das bedeuten soll, und er hat mir gesagt, er habe einen Entwurf ausgearbeitet für eine Vereinbarung, die auf dieser Basis sehr zurückhaltend sei. Herr Mommer hat am 9. zurückgeschossen. Ich habe es noch nicht gelesen. (*Von Lojewski:* Er ist sehr dafür!) Carlo Schmid hat mir gesagt, er habe die Zustimmung Mommers gefunden, so daß sich da eine zumindest nüchterne Beurteilung anbahnen wird.

Ich hatte vor acht Tagen ein Gespräch in einem ökumenischen Kreise und bin erschrocken über die Vorstellung französischer Sozialisten, von denen ein maßgebender Mann dabei war, die in einem mir beinahe unverständlichen Optimismus meinten, man könne vom MRP aus und von anderen dazu bereiten Leuten die Londoner Vereinbarung ablehnen, Mendès-France stürzen, eine neue Regierung bilden und die EVG wieder aufleben lassen. (*Weber:* Wer war das?) André Philip⁴⁷. Es ist heilsam gewesen, daß ihnen nicht nur von deutscher Seite, sondern von allen anderen gesagt wurde, daß dazu keine Möglichkeit bestehe. Ich fürchte aber, daß unser Freund vom MRP gelegentlich sicher parteitaktisch bestimmte Vorstellungen von diesem Verfahren gehabt hat. Wir sollten jeden Einfluß ausnutzen, um zu verhindern, daß diese Frage zu

45 Sten.Ber. 2.WP Bd.21 S. 2240.

46 Dr. Karl Mommer (geb. 1910), 1949–1969 MdB (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 414 Anm. 173. – „Mommer-Plan“ in „Stuttgarter Zeitung“ vom 9. Oktober 1954 „Eine Saarlösung unter dem Risiko der Freiheit“ – Teildruck in SCHMIDT 3 S. 677–681.

47 André Philip (1901–1970), französischer sozialistischer Politiker; 1946 Finanzminister, 1947 Wirtschaftsminister, 1950–1964 Präsident der sozialistischen Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa.

einer parteitaktischen Angelegenheit gegen Mendès-France gemacht wird; denn das dient unserem Anliegen nicht.

Ich habe gelegentlich den Eindruck, daß bei der Debatte um den deutschen Oberbefehlshaber mit der Nennung des Namens des Herrn Crüwell⁴⁸ die FDP sich geradezu in einer peinlichen Weise als Schildhalter des deutschen Soldatentums hinstellt und versucht, auf den verschiedensten – auch psychologischen – Umwegen einen Einfluß zu bekommen, um sich als Schirmherr der deutschen Wehrmacht gegenüber der in dieser Richtung höchst „unzuverlässigen“ CDU auszugeben.

Wir sollten sehr intensiv in unseren Kreisen und in unseren Organisationen – nicht nur in der Dienststelle Blank – diese Frage erörtern, um den Einfluß zu haben, den wir auf jeden Fall auf die Gestaltung der Dinge gewinnen müssen, und nicht in der Öffentlichkeit den Eindruck entstehen lassen, als ob die sogenannten Sachverständigen, wie von Manteuffel⁴⁹, Mende⁵⁰ usw. persönlich einen über Gebühr starken Einfluß auf die Gestaltung der Dinge bekämen. Ich möchte einmal auf diese Gefahr aufmerksam gemacht haben.

Wirsching: In einem Referat im Süddeutschen Rundfunk hat der Sprecher behauptet, Mendès-France hätte sich so geäußert, daß auch nach einer Wiedervereinigung das wiedervereinigte Bundesgebiet an die Londoner Abmachungen gebunden sei. Wenn dem so wäre, weil das einer Wiedervereinigung entgegenstünde, könnte ich darauf eine Antwort bekommen, ob unter Bezugnahme auf die Anerkennung der Bundesrepublik als die einzige deutsche Vertretung dieser Absatz 1, wie er hier vorliegt, so ausgelegt werden kann, wie das Mendès-France getan haben soll? (*Zurufe:* Das ist nicht klar! Das ist nicht zu verstehen!)

Adenauer: Wollen Sie bitte wiederholen, was Herr Mendès-France gesagt haben soll! (*Wirsching:* Er habe gesagt, daß nach einer Wiedervereinigung ohne alles Weitere die Londoner Abmachungen Geltung haben sollen für das wiedervereinigte Deutschland!) Das hat er gerade nicht gesagt. Er wollte in Brüssel, daß jeder das Recht haben sollte, auszutreten, während nach dem Bonner Vertrag das wiedervereinigte Deutschland das Recht haben soll zu entscheiden, ob es dabeibleiben will oder nicht. Die Sache ist aber in London nicht mehr zur Sprache gekommen. Die Amerikaner haben beantragt, man solle den Artikel 7 streichen. Im übrigen, unter uns gesagt, welcher Mensch in der Welt kann jetzt mit einiger Sicherheit sagen, unter welcher Form und unter welchen Verhältnissen sich die Wiedervereinigung vollziehen wird. Es ist genauso möglich, daß, wenn eine allgemeine Entspannung eintritt, auch der ganze Atlantikpakt plötzlich aufgelöst und dafür etwas anderes geschaffen wird; auch

48 Ludwig Crüwell (1892–1958), 1939 Generalmajor, 1941 General der Panzertruppe, 1941/42 Kommandierender General des Afrika-Korps, 1942 englische Kriegsgefangenschaft.

49 Hasso von Manteuffel (1897–1978), im Zweiten Weltkrieg General der Panzertruppen, 1953–1957 MdB (bis Februar 1956 FDP, März DA, Juni FVP, ab März 1957 DP/FVP).

50 Dr. Erich Mende (geb. 1916), 1949–1980 MdB (FDP, seit 1970 CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 496 Anm. 5.

ein Sicherheitsvertrag mit Sowjetrußland ist dann möglich. (*Kaiser*: Das ist eine große Erleichterung!) Wieso?

Kaiser: Darüber gibt es in unseren Reihen Meinungsverschiedenheiten. (*Zurufe*: Nein! Nein!) Ich bin der Auffassung, daß man sich jetzt nicht den Kopf darüber zerbrechen soll, was nach der Wiedervereinigung Deutschlands sich in der europäischen Politik im allgemeinen ergibt. Vielleicht gibt es eine ganz neue Sachlage. Die Amerikaner haben recht, daß sie diesen Art. 7 Satz 3 beseitigt wissen wollen, damit das wiedervereinigte Deutschland und seine Regierung entscheidungsfrei sind. Wir brauchen es nicht an die große Glocke zu hängen. (*Adenauer*: Damit die anderen entscheidungsfrei sind; wir waren es nach Art. 7 Satz 3!) Art. 7 Satz 3 hat eine Bindung bedeutet. (*Adenauer*: Nein!) Das ist jetzt weggefallen. Es kommt nun darauf an, wie werden wir mit der Haltung der SPD und – in einem anderen Zusammenhange – des DGB fertig? Ich begrüße es sehr, daß Sie dem DGB gegenüber den Stier in verbindlicher [!] Weise bei den Hörnern packen (*Heiterkeit*) und daß Sie mit dem Walter Freitag sprechen werden. Ich bin der Auffassung, daß das gar nicht so schwierig sein wird. Ich bin am ersten und dritten Tag in Frankfurt gewesen. Die Atmosphäre war in unserem Sinne, insbesondere in meinem Sinne, durchaus freundlich. Ich bin auf eine gewisse Ungehaltenheit gestoßen, daß der Bundeskanzler von London aus die politische Aussprache vor dem Parlament in die Woche gelegt hat, in der das „Parlament der Arbeit“ in Frankfurt (Main) tagte. Das hat die Aufmerksamkeit von Frankfurt weggelenkt und Leute, die gern in Frankfurt gewesen wären, nach Bonn gerufen. Darüber war man etwas verstimmt. Das hätte nicht passieren dürfen.

Im übrigen – das geht Herrn Ehlers an – hätte ich es lebhaft begrüßt, wenn der Bundestag auf dieser immerhin bedeutsamen Tagung nicht durch Carlo Schmid, sondern durch Herrn Ehlers selbst vertreten gewesen wäre. Die Sache mit dem Bundespräsidenten war für die Gewerkschaften ein großer Akt, ein wirklich großer Akt. (*Cillien*⁵¹: Der aber nicht dankbar hingenommen wurde. Herr Brenner⁵² hat das gesagt!) Es war ein bedeutsamer Akt. Ob man mit jedem Wort des Bundespräsidenten einverstanden gewesen ist oder nicht, das ist eine Sache für sich. Aber zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist das Staatsoberhaupt dorthin gekommen, und Theodor Heuss versteht etwas von der Geschichte der Arbeiterbewegung und vom Inhalt der Gewerkschaftsbewegung. Da war eine durchaus günstige Atmosphäre. Dann kam eine Reihe sozialistischer Beeinflussungen. Es kam zunächst Carlo Schmid mit einer blendenden Rede, ganz im sozialistischen Sinne. Ich hätte es sehr begrüßt, wenn Herr Ehlers selbst gekommen wäre. Das wäre von Nutzen gewesen.

51 Adolf Cillien – vgl. Nr. 2 Anm. 39.

52 Otto Brenner (1907–1972), 1951–1953 MdL Niedersachsen (SPD), 1952–1972 Vorsitzender der IG-Metall. Vgl. Klaus ULLRICH in CASDORFF S. 79–87.

Die Atmosphäre war zunächst freundlich. Sie ist dadurch freundlich geworden, daß die Gewerkschaften nicht mehr in dem alten Bild vor die Öffentlichkeit treten. Neben dem großen Bild von Karl Legien⁵³, dem früheren Führer der freien Gewerkschaften, hing ebenso groß ein solches von Adam Stegerwald. Von den 400 Delegierten gehörten vielleicht 250 zur Sozialdemokratischen Partei, die anderen waren christliche Demokraten oder parteilose Leute. Das bemerkenswerteste ist, daß nur vier Männer bei dieser Entschließung dagegen gestimmt haben. Das muß doch zu denken geben.

Dieser Zuruf, den der Herr Bundeskanzler in der Bundestagsdebatte aufgefangen hat „Wer die Soldaten hat, hat die Macht“, ist eine Angelegenheit, die beachtet werden muß für die Bedenken innerhalb der Arbeiterschaft. Es haben weiteste Kreise in der Arbeiterschaft – auch Leute unserer Art – einen Horror vor dem Wiederkommen der Wehrmacht und vor dem, was damit zusammenhängt. (*Adenauer*: Den habe ich auch!) Das müssen wir beachten!

Was den Ablauf des Kongresses angeht, so war es so: Ich habe zu denen gehört, die der Auffassung waren, der Freitag muß wiedergewählt werden. Freitag war am zweiten Tag, an dem ich nicht dagewesen bin, in seiner Art, wie er die Sache anpackt, nicht ganz glücklich. Er ist ein gesundheitlich geschwächter Mann. Da aber eine andere Persönlichkeit in den Reihen der Gewerkschaften noch nicht ist, die dieses Amt, auch von unserem Standpunkt aus, in die Hand nehmen könnte, war man der Meinung, nun gut, er muß es noch einmal für die nächsten Jahre machen. Er ist am zweiten Tage, als ich nicht da war, sehr heftig angegriffen worden von radikaler Seite, insbesondere aus dem Verband, den er früher selbst geführt hat, aus dem Metallarbeiterverband. Da ist ein junger Mann namens Brenner; er ist tüchtig, geschickt, begabt ... (*Adenauer*: Und Kommunist!) Jedenfalls linksradikal! Ich würde nicht sagen Kommunist; die Leute haben gegenüber den kommunistischen Versuchen, die Tagung zu beeinflussen, eine ganz klare Haltung eingenommen. So wurde es abgelehnt, mit den Leuten vom FDGB zu reden. Es wurden unerhörte Worte von Brenner gesagt gegenüber dem Bundespräsidenten, z.B.: Wir brauchen keine Belehrungen usw. Am nächsten Tag war Freitag in einer beinahe staatsmännischen Rede voll des Zorns über den Widerstand gegen die Bemerkungen des Bundespräsidenten. Auf die Wehrfrage hat er in einer glücklichen Form reagiert und gesagt: Macht keine Geschichten und laßt uns daran denken, was wir unter Böckler beschlossen haben. Dabei muß es bleiben. Wenn Not im Verzuge ist, müssen wir uns verteidigen.

Es kam dann der Widerstand gegen seine Wiederwahl. Es wurden Brenner und Brauer⁵⁴, Hamburg, als geeignete Persönlichkeiten genannt. Für den Freitag war Gefahr im Verzuge. Vielleicht ist auch von sozialdemokratischer Seite eine Beeinflussung

53 Karl Legien (1861–1920), 1890–1919 Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 1919 Mitgründer und Vorsitzender des ADGB.

54 Max Brauer (1887–1973), Glasbläser, 1946–1953 und 1957–1960 Bürgermeister von Hamburg. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 39 Anm. 3.

erfolgt. Das möchte ich als gewiß annehmen. Ich habe gedacht, daß das der Preis war, um wiedergewählt zu werden, sonst wäre er nicht gewählt worden.

Ich begrüße es lebhaft, Herr Bundeskanzler, daß Sie mit dem Mann sprechen. Vielleicht ist es überhaupt ratsam, daß Sie als der verantwortliche Mann der deutschen Politik dem Gewerkschaftsbund und den hinter ihm stehenden Mitgliedern größte Aufmerksamkeit schenken und auch einmal vor einem größeren Gremium im Vorstand sprechen. Wenn Sie nach Frankfurt (Main) gekommen wären, so wie es der Bundespräsident getan hat ... (*Adenauer*: Dann hätte es Krach gegeben!) Herr Bundeskanzler, wo ist man Ihnen mit Krach begegnet? Ich meine, die Wirkung Ihrer Persönlichkeit ist doch so, daß es keinen Krach gegeben hätte. Sie wären mit Respekt angehört worden. (*Weber*: Was ist denn mit den 150 christlichen Delegierten?) Ich bedaure es lebhaft, daß der stellvertretende Vorsitzende, dieser Föcher, nicht den Freimut hat, einen anderen Standpunkt zu entwickeln. (*Ehlers*: Den Mut, nicht nur den Freimut! – *Weber*: Da möchte ich wirklich „Trottel“ sagen!) Was die Entschließung angeht, so war nicht jedes Wort glücklich gewählt. Als ich von Frankfurt zurückkam und das gelesen habe, habe ich sofort meine Bedenken geäußert. Das Wort mit der „Voraussetzung“ hinsichtlich der Wiedervereinigung ist überflüssig gewesen. Das hätte man anders formulieren können, es schließt eine Schwierigkeit für die Erörterung über die Wiedervereinigung ein. Ich muß am kommenden Samstag vor dem Königsteiner Kreis⁵⁵ – das ist schon vor einem Vierteljahr festgelegt worden – über die Frage der Wiedervereinigung sprechen. Es ist eine Reihe von Sozialdemokraten von einiger Bedeutung dabei. Ich werde unter Berücksichtigung der Gesamtlage meine Worte zu ordnen wissen. Aber diese Sache war nicht notwendig. Das hätte man anders formulieren können.

Ehlers: Ich darf zunächst etwas zu dem Termin der Beratungen sagen. Der Herr Bundeskanzler hat mir aus London mitgeteilt, daß er die Absicht habe, am Dienstag eine Regierungserklärung abzugeben. Ich habe mich sofort darauf mit der SPD ins Benehmen gesetzt, weil ich gerade unter dem Gesichtspunkt des Gewerkschaftsbundes diese Frage klären wollte. Herr Menzel sagte als erstes, das ist die Woche, wo der Gewerkschaftsbund tagt. Ich habe erwidert: Herr Menzel, darf ich Sie so verstehen, daß Sie in dieser Woche keine außenpolitische Erklärung und keine Debatte darüber wünschen? Darauf sagte er: Um Gottes willen, wir haben dauernd diese Erklärung und die Debatte gefordert. Das kommt gar nicht anders in Frage.

Wenn mir die Sozialdemokratie diese Erklärung abgibt, ist es nicht unsere Aufgabe, päpstlicher als der Papst zu sein und zu versuchen, die Sache zu verschieben. Es ist dann in der SPD-Fraktion eine scharfe Auseinandersetzung gewesen über den Termin der Aussprache. Wir hatten zunächst den Freitag vorgeschlagen. Dann hat

⁵⁵ Druck der Rede vor der Vereinigung der Juristen, Volkswirte, Beamten aus der sowjetischen Besatzungszone (Königsteiner Kreis) vom 17. Oktober in BULLETIN 1954 S. 1743ff. Kaiser besteht auf neutraler Kontrolle von gesamtdeutschen Wahlen und der Wiedervereinigung nur in Freiheit.

sich der Fraktionsvorstand der SPD in einer Sitzung entschieden, es auf jeden Fall am Donnerstag zu machen. Und dann haben wir [es] festgelegt, so daß eine volle Übereinstimmung mit der SPD da war. Man wollte nur nicht den Freitag und Samstag, weil an diesen Tagen die Wahl in Frankfurt war. Das will ich nur zur Klarstellung bemerken. (*Kaiser*: Ich habe von Ollenhauer etwas anderes gehört!) Es gibt da keine einheitliche Meinung bei der SPD. Sie haben moniert, Herr Kaiser, daß ich nicht in Frankfurt gewesen bin. Das ist zwar keine Frage des Parteivorstandes, aber ich darf zwei Gründe anführen: 1. die peinliche Auseinandersetzung, die ich mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund gehabt habe, und 2. die unqualifizierten Angriffe in der „Welt der Arbeit“⁵⁶ waren kein Grund für mich, nach Frankfurt zu gehen. Man darf es auch nicht übertreiben. Wenn der Bundespräsident zum ersten Mal in der Geschichte als Staatsoberhaupt zum Deutschen Gewerkschaftsbund geht, dann scheint es mir nicht gut möglich zu sein, daß man nun noch in einer zwei- und dreifachen Repräsentanz anrückt und der Bundeskanzler und der Bundestagspräsident auch noch kommen.

Wir machen überhaupt zuviel Aufwand. Wir machen Aufgebote mit zig Ministern. Und wenn der Bundespräsident da ist, scheint mir das für den Deutschen Gewerkschaftsbund eine bedeutsame Ehrung zu sein. Auch der Bundestag war durch den Vizepräsidenten hinreichend vertreten. Ich muß sagen, daß der Kollege Carlo Schmid nicht nur sozialdemokratisch gesprochen hat, sondern im ersten Teil seiner Rede eine vertretbare Abgrenzung im politisch-parlamentarischen Sinne gezogen hat.

Zur Haltung der Sozialdemokratie! Ich glaube, daß wir diese Haltung nicht kritisch genug betrachten können. Ich darf daran erinnern, daß auf einer Tagung in Leipzig⁵⁷ Herr Ulbricht vor SPD-Funktionären im wesentlichen die Argumente vorgetragen hat, die Ollenhauer und andere SPD-Leute im Bundestag vorgetragen haben. Ich habe von der SPD keine klare Absetzung gehört, sondern lediglich die, diese Leute hätten keinen parteiamtlichen Auftrag zu den Verhandlungen gehabt. Das ist eine wesentlich andere Formulierung als die, die wir erwarten müssen. Ich habe in der Debatte keinen Gebrauch davon gemacht, weil ich die Situation nicht verschärfen wollte. Aber nach nicht widersprochenen Pressenachrichten hat Herr

56 Ein konkreter Bezug läßt sich nicht feststellen. Vermutlich Anspielung auf die Kritik, die immer wieder an Adenauers Außen- und Sicherheitspolitik geübt wurde, zuletzt – nach der Ablehnung der EVG im französischen Parlament – in „Auf der Suche nach einem Ausweg“ vom 10. September 1954, oder zu den Privatisierungsplänen in der gleichen Nummer der Gewerkschaftszeitung „Staatseigentum im Ausverkauf“.

57 Am 10. September 1954 fand in Leipzig die 1. Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz statt (vgl. Dokumentation: Die Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenzen. Hrsg. vom Ständigen Ausschuß der Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenzen. Leipzig 1959). Es handelte sich bei den Teilnehmern aus der Bundesrepublik zum größten Teil um Kommunisten; die SPD distanzierte sich offiziell von diesen Treffen (vgl. z.B. Herbert WEHNER und Stefan THOMAS in „Sozialdemokrat“, hrsg. vom Parteivorstand der SPD. Berlin 3/1959).

Ollenhauer am Tage, nachdem ich in Flensburg gesprochen habe⁵⁸, erklärt, es müßten zu den Verhandlungen der vier Mächte über die Wiedervereinigung Deutschlands auch Vertreter der Pankower Regierung hinzugezogen werden, wenn das auch keine Anerkennung der Pankower Regierung bedeuten solle. Ich habe die Sorge, daß sich unter dem Einfluß, wahrscheinlich nicht des Herrn Ollenhauer, aber von anderen Kräften, und auch unter dem Einfluß radikaler Kräfte des Deutschen Gewerkschaftsbundes, da eine bedrohliche Entwicklung ergibt, Herr Kollege Kaiser. Wir haben uns darüber unterhalten, wieweit die Infiltration der Kommunisten in die Bereiche der Betriebe geht. Hier ist eine Radikalisierung und Entschlossenheit vorhanden, die man nur mit großer Sorge zur Kenntnis nehmen kann. Das ist ein entscheidendes Moment zur Beurteilung der sozialdemokratischen Politik. Es ist kein Zweifel, daß der Eindruck im Lande, der durch Fernsehen und Rundfunk verstärkt worden ist, für die Sozialdemokratie am vergangenen Donnerstag ein vernichtender war. Daß der Bundeskanzler in den letzten zwei Stunden die Verfolgung bis zum letzten Haufen von Mann und Roß betrieben hat, ist durchaus verstanden worden. Wir müssen dafür sorgen, daß dieser günstige Eindruck nicht wieder verwischt wird.

Ein Wort, das der Herr Bundeskanzler gesagt hat, darf ich aufnehmen. Das Bild der deutschen Presse und ihre Verantwortungslosigkeit sind einfach katastrophal. Ein Blatt wie die „Frankfurter Allgemeine“, das davon abhängt, daß Kreise, die uns angehören, es finanzieren, benutzt jede Gelegenheit, die Politik der Bundesregierung anzugreifen.⁵⁹ Wenn Herr Heinemann Morgenluft wittert und einen Vortrag in Frankfurt hält, dann stehen zwei Spalten zur Verfügung, während am Tage, wo der Bundestag debattiert, nur knapp berichtet wird. Es gibt nur einen kleinen Kreis von Journalisten, bei denen ein Verantwortungsgefühl vorhanden ist. Herr Pferdenges, haben wir nicht die Aufgabe, uns darum zu kümmern unter Einsatz von Mitteln, die nicht so hoch sind, eine Presse aufzubauen, die sich sehen lassen kann und auf die wir uns verlassen können? Etwas Derartiges gibt es in Deutschland heute kaum noch.

Adenauer: Obwohl wir etwas von dem Thema der Aussprache abgehen, sind die letzten Ausführungen so bedeutungsvoll, daß ich Sie bitten möchte, mir zu erlauben, einige Worte dazu zu sagen. Es ist geradezu entsetzlich, daß wir kein Blatt von Ansehen in der Bundesrepublik haben, das nun die Intentionen objektiv würdigt. Das ist nicht die „Welt“, das ist nicht die „Frankfurter Allgemeine“. Nehmen Sie Süddeutschland! Der „Merkur“ in München ist gut, aber kein Blatt, das in ganz Deutschland gelesen wird. Leider ist die „Kölnische Rundschau“ auch kein Blatt, das in Deutschland gelesen wird, so daß wir hier in einem Vakuum stehen, das sich tatsächlich verhängnisvoll auswirkt. Ich weiß nicht, was wir machen sollen. Ich habe

⁵⁸ Wahlkundgebung am 9. September zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein vom 12. September 1954 (vgl. „Flensburger Tageblatt“ vom 11. September 1954). Ollenhauer sprach am 12. September in Flensburg.

⁵⁹ 1952/53 hatte die FAZ das gesammelte Startkapital zurückgezahlt; es kann sich hier also nur um einen Hinweis auf das Anzeigengeschäft handeln.

Herrn Erhard gebeten, mit Herrn Haffner⁶⁰ wegen der „Frankfurter Allgemeinen“ zu sprechen. Man sollte tatsächlich mal in Zuschriften an die „Frankfurter Allgemeine“ herantreten und sie nicht durch Annoncen unterstützen. Die „Frankfurter Allgemeine“ trägt sich durch Annoncen. (*Pferdmenges*: Sprechen Sie mit Herrn Ziervogel⁶¹!) Das kann ich nicht als Bundeskanzler, das müssen Sie machen.

Dürfen wir nun zurückkommen zur Außenpolitik! Das Wort hat Herr Kiesinger.

Kiesinger: Zur Haltung der SPD noch ein paar Worte! Äußerlich stimmt das, was die SPD formuliert hat, völlig überein mit den Vorschlägen Sowjetrußlands. Ich erinnere daran, daß in der Pressekonferenz, die Ollenhauer gegeben hat⁶², eine Journalistin gefragt hat: Sie nehmen also praktisch die Vorschläge Sowjetrußlands an? Und Ollenhauer hat wörtlich geantwortet: Ja, allerdings innerhalb der Vereinten Nationen. Das wird zunächst einmal festgehalten.

Nun kommt etwas Bedeutsames hinzu. Trotz dieser offensichtlichen Einigkeit in der SPD gibt es doch mehrere ganz verschieden denkende Gruppen, ich möchte sogar behaupten, vollkommen verschiedene Konzeptionen, die durch diese gemeinsame Formel verdeckt sind. Daher erklärt sich die Zustimmung eines Mannes wie von Papen. Ich erinnere Sie daran, daß Carlo Schmid in der Bundestagsdebatte die rührend-naive Formulierung gefunden hat:

„Dieses wiedervereinigte Deutschland tritt keinem der bestehenden Bündnisblöcke bei, ist stark genug, um nicht einem Nachbarn den Anreiz zur Aggression zu geben, aber nicht so stark, daß, wenn dieses Deutschland auf diese oder jene Seite treten sollte, diese Seite damit ein erdrückendes Übergewicht über die anderen bekäme.“⁶³

In einer Unterhaltung mit SPD-Leuten ist es mir vollkommen klargeworden, daß auf der einen Seite die radikal-konsequent Denkenden stehen, die einsehen, daß die Konzeption von Ollenhauer überhaupt nur denkbar ist mit einem völlig unbewaffneten Deutschland, mit einem Deutschland, das keine Nationalarmee, sondern nur eine Polizeitruppe hat. Nach einer anderen Konzeption glaubt man immer noch das, was Carlo Schmid als die schwedische Lösung empfiehlt. Das würde in der Tat ein deutsches Nationalheer bedeuten, das eine beträchtliche Stärke bekäme. Nach Carlo Schmid müßte es immerhin so stark sein, daß es einem Aggressor die Lust nehmen könnte, Deutschland anzugreifen. Auch das ist nach meiner Meinung eine völlig naive Auffassung, aber sie wird von sehr vielen Sozialdemokraten geteilt, und draußen im Lande ist die Auffassung darüber unklar. Wenn man diese Konzeption eines Deutschlands mit einer starken Nationalarmee bejaht, dann ergibt sich eine

60 Dr. Dr. Alex Haffner (1883–1969), 1914–1955 bei Salamander Kornwestheim (zuletzt Vorstandsvorsitzender), Verwaltungsratsvorsitzender der FAZ, 1947–1948 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrats (CDU).

61 Joachim-Albrecht Ziervogel (geb. 1904), Bergassessor a.D.; Vorstandsmitglied Harz-Lahn Erzbergbau AG.

62 Am 24. September 1954 in Bonn (vgl. AdG 1954 S. 4753). – Antwort Adenauers vom gleichen Tag in Offenbach EBD. S. 4756.

63 Sten.Ber. 2. WP Bd. 21 S. 2317.

vollkommen andere Konsequenz für die Zukunft. Das würde einem Mann wie von Papen entsprechen; das ist so sein Denken, wie wir es von ihm seit jeher gewohnt sind. Das würde bedeuten ein starkes Deutschland, das de facto doch auf der Seite des Westens stünde, ohne daß formelle Bündnisabreden vorlägen. Dann hätte man ein wiedervereinigtes Deutschland und könnte so im Dunkeln und im Zwielficht arbeiten.

Ein Sozialdemokrat hat das, was Carlo Schmid gesagt hat, mir gegenüber als glatte Dummheit bezeichnet. Man muß diese angeblich schwedische Konzeption begründen, um seine sogenannte Neutralität aufrechtzuerhalten, die doch zu verstehen ist im Rahmen dieser Auseinandersetzungen mit Skandinavien und Finnland. Wir müssen sehr klar darauf ausgehen, was die Konzeption der SPD wirklich will. Das ist tatsächlich ein vollkommen waffenloses Deutschland inmitten dieser Weltblöcke. Wir müssen die SPD insofern zwingen, wie bei der Bundestagsdebatte – es tut mir leid, daß ich nicht rasch genug in der Bundestagsdebatte diese Dinge gesagt habe –, Farbe zu bekennen, damit das Volk weiß, in welcher hoffnungslosen Situation uns die SPD zwingen will.

Ehlers: Ich habe vor zwei Jahren ausführliche Gespräche maßgebender Leute in Schweden gehört. Es ist kein Zweifel, daß die Schweden ihre ganze Position nur so verstehen, daß in einem Augenblick, wo der Konfliktfall da ist, damit zu rechnen ist, daß sie mit der NATO zusammenarbeiten. Es ist für uns klar, daß es keine Sonderlösungen geben soll. Das ist das Unerhörte, daß sie es beim deutschen Volke so hinstellen, als ob das möglich wäre.

Bach: Wir haben alle am 30. August etwas Schaudern darüber gehabt, was wird nun kommen? Wir haben nun heute die Pflicht, dem Herrn Bundeskanzler dafür zu danken, daß er in dieser Situation nicht die Nerven verloren hat, sondern elastisch genug war, gleich den Dingen Rechnung zu tragen und die deutschen und die europäischen Interessen so zu vertreten, wie das jetzt in London zum Ausdruck gekommen ist. Das müßte auch in einem Pressecommuniqué festgehalten werden. In den Kreisen, die keine politische Meinung haben, aber bei jeder Wahl ausschlaggebend sind, hat nach dem Ergebnis von London wieder eine viel bessere Beurteilung der Bundesregierung Platz gegriffen, als dies vor einigen Wochen noch der Fall war. Das ist ein ungeheures Plus. Wir sollten diese Dinge propagandistisch auswerten und die Unmöglichkeit der Formulierung der Sozialdemokratie herausstellen und unsere positive Auffassung gegenüberstellen.

Ist es nicht möglich, so ähnlich wie es die „Waage“⁶⁴ versucht, die Soziale Marktwirtschaft zu vertreten, irgendwie eine Institution zu schaffen, die die politischen Dinge in Zeitungen und vor allen Dingen in Illustrierte hineinbringt? Die jungen Menschen lesen die Illustrierten mehr als die Tageszeitungen. Man müßte herausstellen, was wir außenpolitisch wollen und was notwendig ist für Deutschland und Europa. Mit den Tageszeitungen ist es so, daß wir immer wieder die unangenehme Sache erleben, daß die Leute zuerst zu uns stehen, wenn sie aber fest im Sattel sitzen, meistens ihre

⁶⁴ Vgl. PROTOKOLLE I S. 284 Anm. 40.

eigene Meinung vertreten. Das haben wir doch bei verschiedenen Blättern feststellen können.

In meiner Stadt habe ich eine Universitätswoche abgehalten und sie unter das Thema „Ost-West“ gestellt. Ich war erstaunt, wieviele Menschen sich beteiligt haben. Die Professoren haben gesagt, sie hätten nicht mit diesem Ergebnis gerechnet. Ich glaube, die Einstellung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften ist nicht geboren aus der Verantwortung für Deutschland, sondern aus der Angst, daß die Staatsgewalt stärker werden könnte als irgendeine andere Gewalt. Daher kam auch der Zwischenruf eines Sozialdemokraten wegen der Soldaten. Ich nehme an, daß die Stellungnahme der Sozialdemokraten darin begründet liegt, der Bundesregierung unter allen Umständen Schwierigkeiten zu machen. Wenn Sie sich mit vernünftigen Sozialdemokraten unter vier Augen unterhalten, dann kommen Sie meist zu ganz anderen Ergebnissen, als wenn die Leute öffentlich auftreten. Hier spielt das Parteitaktische eine größere Rolle als die Gesamtverantwortung für unser Volk und für Europa. Wir müssen deswegen den Mut haben, das, was herausgearbeitet worden ist, herauszustellen und die Resonanz dafür zu schaffen, vor allem bei der Jugend. Ich halte das für durchaus möglich, trotz der Einstellung der Sozialdemokratie und des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Adenauer: Jeder bessere Journalist hält sich für fortschrittlich, und eine christliche Partei, die das Wort „christlich“ in ihrem Namen führt, gilt nicht als fortschrittlich. Das merkt man doch immer wieder. Es gibt ganz wenige, die den Mut haben, zu sagen, ich bejahe eine christliche Politik und bin doch ein fortschrittlicher Mensch. Infolgedessen landen wir nicht bei der Presse. Wir werden als Bundesregierung nicht an die Illustrierten herangehen können; die nehmen uns gar nicht. Erwähnen muß man auch die Angst der Rückversicherer, all der Leute nämlich, die schon glaubten, die europäische Geschichte sei nun vorbei. Beizeiten gingen die Ratten vom Schiff, und nach London kamen sie wieder zurück! (*Heiterkeit.* – *Zuruf:* Ratten kommen immer wieder hoch! – *Ehlers:* Einige sind auch versoffen!) Hoffentlich!

Die allgemeine Bevölkerung hat das Ergebnis von London als einen großen Erfolg für Deutschland betrachtet. Das habe ich den Leuten auf der Straße angesehen. Ich bin von vielen Arbeitern begrüßt worden, wie ich seit langem nicht begrüßt worden bin von fremden Menschen. Als ich Herrn Dulles in Wahn⁶⁵ abgeholt habe und nach Bonn gefahren bin, da ist Herr Dulles von den Arbeitern in einer Weise begrüßt worden, die fabelhaft war. Die Leute kamen aus den Läden, von den Baustellen usw. und haben ihn sehr warm begrüßt. Also, das ist schon alles da, nur diese Presse, die ist zu vornehm, zu fein, zu gebildet und zu fortschrittlich, um dem Ausdruck zu geben.

Wie wir das machen können? Die Bundesregierung kann es nicht; der kauft keiner etwas ab. Aber es ist sehr gut, wenn Damen und Herren aus unserer Mitte im Rundfunk sprechen und wenn sie Artikel schreiben, die mit ihrem Namen versehen sind. Die Artikel, die mit den Namen bekannter Mitglieder der Partei versehen sind, werden

65 Köln-Bonner Flughafen.

doch von den Zeitungen genommen, sogar von der „Frankfurter Allgemeinen“, Herr von Brentano, Sie haben doch da mal geschrieben!

Wir müssen innerhalb der Partei etwas lebendiger werden in der Vertretung des Erreichten. Es gehört doch kein Mut dazu. Man sollte stolz auf das sein, was wir erreicht haben. CDU und CSU sind diejenigen Parteien, die in den letzten Jahren die ganze Politik geführt haben, und zwar mit Erfolgen, an die kein Mensch geglaubt hat.

Ich will auch das Meinige tun. Ich werde alle vier, fünf Wochen in einer Versammlung reden, nicht in einer Parteiversammlung, sondern in einer allgemeinen Versammlung. Ich habe in Offenbach gesprochen, ehe ich nach London abgereist bin.⁶⁶ Dort waren 8.000 Menschen in einer Fabrik zusammengekommen. Trotz EVG war die Stimmung in dieser Versammlung ganz hervorragend. Es war zwar eine kleine Gruppe von Sozialisten, Kommunisten und FDJlern dabei, aber da war nichts zu machen. (*Weber*: Die haben laut gerufen, seien Sie still!) Das haben sie dem armen Raymond⁶⁷ gesagt!

Wir werden also Rednermaterial zusammenstellen und dafür sorgen müssen, daß geredet wird. Diese Chance muß wahrgenommen werden bei den Wahlen in Hessen, in Bayern und in Berlin. Hessen ist wichtig wegen des Bundesrates. Wenn es uns gelingt, die Sozialdemokraten in Hessen zu schlagen, dann wirkt das sofort auf Berlin ein.

Herr Heck! Diese Politik der letzten Wochen muß jetzt wirklich ausgenützt werden!

Meine Damen und Herren! Sie können sich den Umschwung in den letzten Wochen nicht groß genug vorstellen. Ich sagte am Tage nach der Konferenz, des Sonntags, zu Mendès-France, heute vor sechs Wochen saßen wir in Brüssel zusammen⁶⁸: Ist es hier nicht viel schöner? Er erwiderte: Ich finde es auch hier schöner!

Weber: Eine kleine Bemerkung! Ich kenne den Herrn von Papen aus der Vergangenheit. Er ist ein ausgekochter Verräter; (*Zuruf*: Den kennen wir alle!) er ist ein Schuft. Wir sollten ihm nicht die Ehre antun, ihn in die Debatte mit hineinzunehmen. (*Zuruf*: Wir wollen gegen die Sozialdemokraten angehen!) Das ist etwas anderes, aber nicht gegen von Papen. Das ist ein Verräter.

Gradl: Nachdem von so prominenten Herren die Schale des Zorns über die Journalisten gegossen worden ist, ist es nicht leicht, etwas dagegen zu sagen. Ich habe mich bei dieser Diskussion nicht wohlgefühlt. Es hat mir nicht gefallen, daß der Bundespartei Vorstand der Christlich-Demokratischen Union Überlegungen darüber anstellt, ob er die freie Meinungsäußerung in deutschen Zeitungen so auf dem Wege

66 Kundgebung der Hessischen Gewerblichen Wirtschaft am 24. September 1954 bei Stahlbau Lavis (TERMINKALENDER; AdG 1954 S. 4756).

67 In der Vorlage: Remond. – Dr. Walter Raymond (1886–1972), 1930–1959 Vorstandsmitglied Vereinigte Deutsche Metallwerke AG, 1949–1953 Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

68 Vom 19. bis 22. August 1954 (AdG 1954 S. 4690–4694); Teilnehmer waren die sechs Signatarstaaten des EVG-Vertrags.

über das Anzeigen-Geschäft beeinflussen will. Ich bin der Meinung, wir sollten das lassen. Mir gefällt auch vieles nicht, was in den deutschen Zeitungen zu lesen ist. Aber wir machen es uns zu leicht, wenn wir die Schuld dabei nur bei der „bösen“ Presse suchen.

Wenn Sie nach der Londoner Konferenz die großen deutschen Zeitungen sorgfältig gelesen haben, werden Sie mir zugeben müssen, daß kaum eine – wenn man von den sozialdemokratischen Zeitungen absieht – dabeigewesen ist, die sich nicht über den Erfolg der Bundesregierung und insbesondere des Bundeskanzlers nach dem EVG-Schock von der Londoner Konferenz sehr positiv ausgesprochen hat. Die positive Wertung des Ergebnisses der Londoner Konferenz hat in allen ernstesten Zeitungen ihren Eingang gefunden. (*Zuruf*: Das ist doch selbstverständlich!) Da kann man nicht sagen, daß die großen deutschen Zeitungen nicht genügend Verständnis für die Arbeit der Bundesregierung aufbringen. Ich meine, daß wir uns die Auseinandersetzung mit dieser Presse, die uns nicht gefällt, etwas schwerer machen müssen.

Sie haben, Herr Bundeskanzler – nicht in Ihrem Referat, sondern danach –, diesen Satz gesagt: Man soll jetzt nicht darüber reden, wie die Wiedervereinigung herbeigeführt wird, wenn die Londoner Regelung vollzogen ist ... So ungefähr!

Adenauer: Das habe ich nicht gesagt, sondern – wie es auch der Kollege Kaiser wiedergegeben hat – folgendes: Kein Mensch kann jetzt auch nur mit annähernder Sicherheit sagen, unter welchen Umständen und Verhältnissen die Wiedervereinigung kommen wird. Deswegen ist es müßig ... So war es doch!

Gradt: Wir meinen genau dasselbe. Ich habe es nur gekürzt ausgedrückt. Da ist eine wesentliche Schwierigkeit, in der wir uns befinden und in der wir gegenüber der Presse sind, die uns nicht gefällt. Sie werden genauso wie wir gesehen haben, daß in den letzten Monaten zunehmend die gegnerischen Parteien den Versuch gemacht haben, die Christlich-Demokratische Union in den Verdacht und in den Verruf zu bringen, als ob wir es mit der Aufgabe der Wiedervereinigung nicht ernst genug nähmen. Das ist das systematische Spiel der Sozialdemokraten. Das ist aber auch draußen im Lande die ganz klare Haltung unserer sogenannten Koalitionsfreunde. Sowohl bei den Freien Demokraten wie beim BHE wie bei der Deutschen Partei wird zwar, wenn es im Bundestag ans Reden geht, die Linie der Bundesregierung einigermaßen vertreten, aber draußen im Lande und auch bei uns in Berlin wird ganz anders gesprochen. Draußen im Lande stellen sie sich als diejenigen hin, die die gesamtdeutsche Korrektur an der Politik der CDU und der Bundesregierung vornehmen.

Deswegen müssen wir uns mit diesen Meinungen auseinandersetzen. Diese Meinungen finden dann in der Presse ihren Ausdruck. Was uns bisher nicht genug gelungen ist, ist, das der Bevölkerung, vor allem den nachdenkenden Intellektuellen, in der Presse klarzumachen, wie wir uns auf dem Wege unsere Politik, das Erreichen des Zieles der Wiedervereinigung, einigermaßen konkret vorstellen. Ich stimme Ihnen, Herr Bundeskanzler, völlig zu, man kann in dieser Situation, in der wir uns befinden, nicht gut von verantwortlicher Seite sich in einzelnen Überlegungen darüber ergehen,

was man tun kann, wenn man dieses Ziel der Verwirklichung des Ergebnisses der Londoner Konferenz erreicht hat. Das konnte man auch nicht, solange man nicht die EVG hatte und glaubte, daß sie verwirklicht werden würde.

Aber hier ist im allgemeinen Denken ein Vakuum hinsichtlich der Beurteilung unserer gesamtdeutschen Haltung. Ich habe einmal versucht zu überlegen, auf welchem Weg man aus dieser Situation herauskommt. Wenn ich Ihnen das jetzt sage, dann klingt das so etwas wie eine Platitude. Das wird aber ganz anders, wenn Sie sich vorstellen, daß solche Ausführungen regelmäßig und betont in den Erklärungen der Bundesregierung und insbesondere des ersten Mannes der deutschen Politik, des Bundeskanzlers, wiederkehren. Dann bekommen sie mit einem Male ein ganz anderes Gewicht, auch wenn sie – aus dem Munde eines einfachen Mannes gesprochen – Plattheiten sind.

Wir müssen mehr als bisher deutlich machen, daß alles, was jetzt geschieht unter dem Gesichtspunkt der Wiedervereinigung, für uns irgendwie nur Zwischenstadium ist. Ich sage das jetzt in diesem geschlossenen Raum. Ich weiß, wie heikel das ist, gerade im Hinblick auf die Partner draußen. Aber auf der anderen Seite glaube ich, daß es wirklich notwendig ist, darüber nachzudenken, wie wir das unserem Volk als unsere Überzeugung sagen können, ohne draußen zu verletzen. Wir müssen deutlich machen, daß das, was jetzt geschieht, nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Wiedervereinigung, für uns eine Zwischenetappe und ein Zwischenziel ist. (*Weber*: Auch die Londoner Konferenz?) Auch die Londoner Konferenz. Wenn wir darüber nicht einer sachlichen Meinung sind, müssen wir uns hier darüber auseinandersetzen.

Das zweite, was notwendig ist und deutlich gesagt werden muß – der Herr Bundeskanzler hat es erfreulicherweise seit einem Jahr gelegentlich anklingen lassen –, das ist, daß auch wir der Überzeugung sind, daß auf diesem Weg, den wir gehen, einmal eine Lösung gefunden werden muß, die in einer Verständigung zwischen West und Ost besteht. Ich weiß, daß das draußen auch leicht mißdeutet werden kann. Aber wenn einer von Deutschland aus das sagen kann, ohne in den Verdacht zu kommen, mit Rapallo⁶⁹ oder Tauroggen⁷⁰ zu liebäugeln, dann ist es gerade der Herr Bundeskanzler. Man könnte mehr dazu sagen, aber vielleicht sollte man sich in einem kleinen Kreis über diese Dinge in Ruhe und Ernsthaftigkeit unterhalten. Es gehört zu dem, was unserem Freund Heck aufgegeben ist, wenn wir den Wahlkampf bestehen wollen, wobei Ihnen und mir die Wahlkämpfe nicht das Entscheidende sind, entscheidend ist das große Ziel. Wenn wir in der Auseinandersetzung der Wahlkämpfe bestehen wollen, dann müssen wir unsere Energie und unsere Intelligenz anstrengen, um die richtigen Formeln zu finden, die außenpolitisch tragbar sind, die uns aber innenpolitisch von

69 Vertrag von 1922 über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion.

70 Konvention vom 30. Dezember 1812 zwischen dem preußischen General Hans Graf Yorck von Wartenburg und dem Zaren, leitete die Befreiungskriege gegen Napoleon ein.

dem Verdacht und dem Vorwurf freimachen, daß wir es nicht ernsthaft genug mit der Wiedervereinigung meinten.

Noch deutlicher: Wenn wir gefragt worden sind, wie denkt ihr euch eigentlich die Wiedervereinigung, dann ist das, was aus unserem Munde gekommen ist, in der Öffentlichkeit immer so aufgenommen worden: Wenn wir erst die EVG oder jetzt das Londoner Kommuniqué haben, dann werden wir schon sehen! Das genügt nicht, sondern wir müssen konkreter werden. Wir haben ein gutes Gewissen in unserer Politik für Gesamtdeutschland. Es muß uns möglich sein, die widerstrebende Öffentlichkeit dazu zu bringen, daß sie einsieht, daß es uns nicht nur ebenso ernst ist wie den anderen, sondern daß wir sogar die weitaus größeren Erfolgchancen für diese Wiedervereinigungspolitik zu bieten vermögen, als es die anderen können.

Adenauer: Herr Dr. Gradl, ich darf Ihnen mit einigen Sätzen antworten. In Offenbach, einige Tage vor Beginn der Londoner Konferenz, habe ich in einer Versammlung erklärt: Ich lasse mir jetzt diese Unverschämtheiten des Herrn Ollenhauer nicht mehr gefallen. Ich bin genausogut für die Wiedervereinigung wie auch Herr Ollenhauer. Ich habe genausogut ein Gefühl der Verantwortung und ein Herz dafür. Wissen Sie, was der Erfolg war? Ein tosender Beifall!

Ich bitte Sie doch alle hier in diesem Kreis, nicht mehr davon zu sprechen, als wenn wir es noch nötig hätten, da den Nachweis durch Worte zu erbringen. Sie haben gesagt, es würde banal oder wie eine Platttheit klingen, wenn alle es sagten; ich müsse etwas Derartiges erklären zur Verständigung zwischen Ost und West. Alles doch zu seiner Zeit, Herr Gradl! Wenn ich jetzt, ehe in Frankreich ratifiziert worden ist, auf einmal anfinke zu reden von der Verständigung zwischen Ost und West, was glauben Sie wohl, was das für eine Wirkung haben würde? Der Herr Daladier hat gestern gesprochen und dabei – trotzdem er Mendès-France das Vertrauen nicht versagen würde – gewarnt vor der Wiederbewaffnung Deutschlands, und zwar beseelt von der Furcht, daß wir zusammen mit Sowjetrußland nachher über die anderen herfielen.

Lassen wir doch einmal ruhig sein und warten, bis wir die Londoner Saat in die Scheuer gefahren haben und einen Botschafter nach Moskau schicken. Das ist doch dann das eklatanteste Beispiel, daß wir versuchen wollen, mit Sowjetrußland wieder in normale Beziehungen zu kommen.

Dann ein Weiteres! Ich muß es absolut ablehnen, wenn Sie sagen, was wir jetzt machen, sei ein Zwischenstadium. Das muß ich absolut ablehnen! (*Gradl:* Ich habe gesagt, unter dem Gesichtspunkt der Wiedervereinigung!)

Wir wollen die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit, und zwar sämtlicher Deutscher. Dazu ist aber doch nötig, daß wir unsere Freiheit auch sichern und schützen. Erst dann können wir wiedervereinigt werden in Frieden und Freiheit. Wenn wir diese Politik jetzt nicht treiben, dann ist unsere Freiheit verloren. Deswegen sage ich, wir haben zwei Ziele in unserer Politik, das eine Ziel, den 49 Millionen Menschen in der Bundesrepublik Frieden und Freiheit zu sichern. Verzeihen Sie, Herr Gradl, wenn ich das hier so geradeheraus sage, auch den Leuten gegenüber haben wir eine Verpflichtung. (*Gradl:* Das habe ich nie bestritten!) Die anderen sind eklig

dran. Wir sind in die Gefahr hineingekommen. Jetzt wollen wir uns sichern, und dann kommt das andere. Ich möchte nicht sagen, das ist ein Zwischenstadium. Wir haben nicht ein Ziel, wir haben zwei Ziele, die aber zusammenlaufen in dem Bestreben, ein wiedervereinigtes Deutschland in Frieden und Freiheit zu schaffen.

Noch etwas! Da möchte ich nicht in falschen Geruch kommen. Sie haben Ihr Bedauern als Journalist ausgedrückt, daß man die freie Meinungsäußerung beeinflussen wolle. Was habe ich denn gesagt? Ich habe gesagt: Warum gibt die Wirtschaft so viele Annoncen? Ich möchte zunächst die Frage stellen: Ist die Wirtschaft denn verpflichtet, Annoncen aufzugeben? Ich wüßte nicht, inwiefern man verpflichtet ist, die „Frankfurter Allgemeine“ zu abonnieren. Ich bestelle sie ab! Ich bin doch nicht verpflichtet! Und wenn das tausend oder zehntausend Leute tun, die sagen, ich bin mit der Politik, die die Zeitung vertritt, nicht einverstanden, deswegen bestelle ich sie ab, so ist das doch ihr gutes Recht. Das ist doch keine Beeinflussung der freien Meinung! Das ist mein gutes Recht, daß ich eine Zeitung abonniere, die mir paßt, und wenn sie mir nicht paßt, dann bestelle ich sie ab.

Genauso ist es mit den Annoncen. Ich würde als Geschäftsmann – lassen Sie mich ein eklatantes Beispiel nehmen – nicht in einer kommunistischen Zeitung Annoncen aufgeben. Halten Sie es für richtig, daß die Wirtschaft im „Neuen Vorwärts“ Annoncen aufgibt? Wenn die Wirtschaft glaubt, daß die Politik, die wir verfolgen, geeignet ist zur wirtschaftlichen Kräftigung Deutschlands, nicht speziell, um ihre Taschen zu füllen, sondern zur wirtschaftlichen Kräftigung Deutschlands – die ihr natürlich auch zugute kommt –, dann sollte sie sich wirklich überlegen, ob sie Tausende von Mark für Annoncen in Blättern aufgibt, die nichts anderes tun, als täglich das hinunterzureißen, was die Bundesregierung tut.

Lesen Sie mal die Artikel von Herrn Sethe⁷¹ durch. Das ist ungeheuerlich! Ich werde eben darauf aufmerksam gemacht. Herr von Brentano hat es gerade wieder gelesen. Das ist einfach nicht zu ertragen. Das schlimme dabei ist, daß die „Frankfurter Allgemeine“ im ganzen Ausland gelesen wird. Sie wird nicht nur als Regierungsblatt, sondern auch als Blatt maßgeblicher wirtschaftlicher und politischer Kreise angesehen. Also, von einer Beeinflussung der freien Meinungsäußerung kann keine Rede sein, aber ich muß doch meinem Mißfallen über die Feststellung einer Zeitung sehr deutlich Ausdruck geben können.

Tillmanns: Ich bin mit Herrn Gradl der Meinung, daß in der Öffentlichkeit nicht nur die SPD uns gegenüber mit dem Argument auftritt, wir nähmen die Wiedervereinigung Deutschlands nicht ernst, sondern das tun alle anderen Parteien. Das tut die FDP in einem geradezu erschreckenden Maße. Ein maßgebender Redner der FDP in Berlin hat in der letzten Woche in einer öffentlichen Versammlung erklärt, Herr Dr.

71 Dr. Paul Sethe (1901–1967), 1934–1943 Redakteur bei der „Frankfurter Zeitung“, 1949–1955 Mitherausgeber der FAZ, 1955–1960, 1962–1963 Redakteur bei der „Welt“, 1960–1962 bei der „Zeit“. – Moniert wurde u.a. der Leitartikel „Was deutsche Soldaten bedeuten“ vom 11. Oktober 1954.

Adenauer sei nichts anderes als ein franzosenfreundlicher alter Katholik. In einem Wahlblatt der FDP in Schleswig-Holstein steht wörtlich:

„Die Freien Demokraten folgen dem Bundeskanzler nicht, wenn er vor der deutschen Wiedervereinigung in jedem Falle erst den Zusammenschluß des westlichen Europas setzen will. Nie wieder darf eine Partei eine derartige Fülle an Macht erhalten wie die CDU. Ihr wißt, daß sie diese Macht in erschreckendem Maße zu mißbrauchen versucht. Nur die Partei Thomas Dehlers ist in der Lage, eine Alleinherrschaft der CDU zu verhindern. Wer die Freiheit liebt, vertraut auf Thomas Dehler!“

Herr Bundeskanzler! Ihre Erklärungen in Offenbach waren außerordentlich begrüßenswert. Sie haben zur Klärung der politischen Situation einen wesentlichen Beitrag geleistet; aber es bleibt für uns darüber hinaus die Aufgabe, der Öffentlichkeit noch deutlicher zu machen als bisher, was unser Weg ist zur Wiedervereinigung Deutschlands, im Gegensatz zum Weg der Opposition. Die SPD mißachtet vollständig in der Frage der Wiedervereinigung, daß wir nach wie vor dem ungebrochenen Willen der Sowjetunion gegenüberstehen, die die Wiedervereinigung nur so will, daß das ganze wiedervereinigte Deutschland in ihr System einbezogen wird. Ich bedaure, daß das bei unseren Rednern im Bundestag viel zu wenig hervorgehoben worden ist. (*Kiesinger*: Ich habe es sehr stark getan!) Jawohl, Sie haben es getan!

Es gibt eine ganze Reihe von Belegstellen aus der jüngsten Zeit von Äußerungen maßgebender Leute der sowjetischen Seite, aus der das zu folgern ist. Sie formulieren das zwar für unsere Sozialisten sehr verlockend, indem sie sagen, wir wollen das kapitalistische System in ganz Deutschland beseitigen, an Stelle dessen soll unser System der friedliebenden demokratischen Ordnung kommen. Wer sowjetische Diktion kennt, der weiß, daß sie damit die Aufrechterhaltung ihres Systems meinen.

Solange wir diesem Willen gegenüberstehen, gibt es keinen anderen Weg für unsere Politik als den, den wir gehen, daß nämlich zunächst die Gemeinsamkeit der westlichen Welt hergestellt wird. Das ist das einzige Mittel, d.h., nur diese Politik der Ordnung und Kräftigung der westlichen Welt in Verbindung mit den freien Mächten der Welt kann überhaupt erst die Verhandlungsbasis herbeiführen.

Auf der anderen Seite möchte ich wiederholen, was Herr Gradl gesagt hat. Wenn wir von der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit sprechen, heißt das, daß sich die Großmächte darüber verständigen. Es ist aber, so wie die Dinge liegen, nahezu ausgeschlossen, daß die Sowjetunion jedenfalls einer Wiedervereinigung Deutschlands zustimmt, bei der die NATO-Truppen mindestens bis an die Oder kommen. Wer an einer solchen Konzeption festhält, muß sich die Frage gefallen lassen, ob er die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit überhaupt will. Auf der anderen Seite ist es vollständig ausgeschlossen, das zu tun, was die SPD in der letzten Bundestagsdebatte erklärt hat, daß das wiedervereinigte Deutschland bündnislos, also letzten Endes schutzlos sein soll. Das ganze Problem der Wiedervereinigung besteht darin, daß auf der einen Seite der Schutz und die Sicherheit des wiedervereinigten Deutschlands gewährleistet sein müssen. Das geht aber nur in Verbindung mit der westlichen Welt. Auf der anderen Seite muß der internationale Status so festgelegt

werden, daß er auch den Sowjets die Möglichkeit gibt, ja zu sagen. Das ist an sich ein völliger Widerspruch, aber wenn es nicht gelingt, diese Dinge zu lösen, dann gibt es keine Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichem Weg.

Ich stimme dem Herrn Bundeskanzler zu, wenn er gesagt hat: Wie ein solcher Abschluß, der diese beiden Elemente in sich hat, ausgehen wird, weiß heute kein Mensch; denn das hängt von der weltpolitischen Lage ab. Deswegen bin ich völlig der Meinung des Herrn Bundeskanzlers, daß es voreilig oder rein theoretischer Natur ist, heute schon über Formulierungen eines solchen Status zu sprechen. Das ist der große Fehler der SPD. Es ist unsere Aufgabe zu zeigen, daß auch wir mit dazu beitragen wollen, einen solchen Status zu erreichen, aufgrund dessen eine Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit möglich ist. Es ist außerordentlich schwer, diese ganze Auseinandersetzung mit der SPD zu führen. Ich kann keinen Vorschlag machen, wie man es anders machen soll, aber es scheint mir die Aufgabe zu sein, um die wir uns bemühen sollen. Die SPD kommt mir mit ihrer Bündnislosigkeit wie ein Geschäftsmann vor, der schon, bevor er mit seinem Partner über einen Preis verhandelt, einen Preisnachlaß veröffentlicht.

Wir können die Öffentlichkeit für unsere Politik nur dadurch gewinnen, daß wir ihr zeigen: Das ist unsere Lage – ich verstehe Ihre Bedenken –, ohne von einer Verständigung zwischen West und Ost zu sprechen. Aber Sie können sprechen vom Weltfrieden. Das ist auch unser Ziel. Das nimmt Ihnen jeder ab. Und Weltfrieden heißt nichts anderes als eine Verständigung zwischen Ost und West.

Adenauer: Eine Verständigung zwischen Ost und West natürlich jederzeit! Ich habe mich nur dagegen gewendet, im Augenblick von einer Verständigung zwischen Deutschland und Sowjetrußland zu sprechen. Ich habe Herrn Mendès-France in Brüssel gesagt: Wenn Sie sich mit Sowjetrußland verständigen wollen gegen uns, dann garantiere ich Ihnen, daß wir 24 Stunden vor Ihnen in Moskau sind und daß wir von den Russen alles das bekommen werden, was wir wollen. Und das ist auch richtig. Das fürchten auch die Franzosen. Jetzt, in dem Augenblick, von einer Verständigung zwischen Deutschland und Sowjetrußland zu sprechen, ehe alles fertig ist, wäre heller Wahnsinn. Das darf man nicht tun. Damit schaden wir uns selbst.

Ehlers: Ich glaube, Herr Gradl hat nicht gesagt, Verständigung zwischen Deutschland und Sowjetrußland, sondern Verständigung zwischen West und Ost. Das ist eine solche Binsenwahrheit, Herr Gradl, daß es ohne eine solche Verständigung weder eine Wiedervereinigung noch einen Frieden geben kann, daß man in diesem Kreise keine Worte mehr darüber zu verlieren braucht.

Gradl: Ich habe sogar gesagt, wir müssen diese Verständigung zwischen Ost und West mehr zu präzisieren versuchen. (*Weber:* Schlagen Sie vor!) Dazu kann man vieles sagen, aber es nutzt ja nichts, wenn man einen halben Satz in die Debatte wirft. Wir müssen eine Sprache finden, die wir alle vertreten können. Auf alle Fälle müßte darin stehen, daß wir eine Verständigung zwischen Ost und West für notwendig halten, wobei wir von vornherein wissen, daß wir selber mit unserer eigenen Position einen Beitrag leisten müssen.

Adenauer: Jetzt wird es aber unangenehm! Sie sagen, daß wir mit unserer eigenen Position einen Beitrag leisten müssen! Das mag vielleicht mal möglich werden, aber das jetzt zu sagen, Herr Gradl!

Ehlers: Ich hatte mir gestattet, in der Bundestagsdebatte darauf hinzuweisen, daß ich vorher gesagt hätte, eine solche Vereinbarung müsse sich für die Russen lohnen. Die SPD sagte, das kann nicht die Meinung des Bundeskanzlers oder der Bundesregierung sein. Selbstverständlich muß es sich für die Russen lohnen. Das soll man ruhig aussprechen. Es muß sich auch für uns lohnen und für den Westen, sonst schließen wir keine Vereinbarung.

Ich glaube, daß Sie einem Kurzschluß unterlegen sind, Herr Gradl, wenn Sie sofort in dem Augenblick, wo man sagt, es ist unerträglich, wenn bestimmte Zeitungen und Journalisten auf politische Ereignisse in einer solchen Weise reagieren, von vornherein sagen, das beinhalte, daß man die freie Meinungsäußerung auf dem Weg über das Anzeigen-Geschäft beschränken wolle. Ich bin im vergangenen Jahr in einer Besprechung der Geldgeber der „Frankfurter Allgemeinen“ dagegewesen, wo man sich unterhalten hat, ob die DM 40.000,—, die dieses Unternehmen im Monat kostete, sich rentierten. Ich bin damals für die freie Meinungsäußerung von Herrn Sethe eingetreten. Aber ich muß auf der anderen Seite die Frage stellen: Ist es gerechtfertigt, Gelder für unmittelbare Subventionen oder für in dieser Zeitung gar nicht gerechtfertigte Anzeigen von Industrie, Wirtschaft, Banken und ihren Nachfolgern hineinzustecken, wenn ich sehe, daß hier eine Politik getrieben wird, die die freie Meinungsäußerung so weit treibt, daß sie das Geschäft der Gegenseite mit fördert? So schreibt Herr Sethe: „Ein altes Soldatenvolk muß es fertigbringen, der Möglichkeit ins Auge zu blicken, daß seine Söhne in Cherbourg kämpfen, während das eigene Land besetzt wird.“⁷² Wie soll das wirken auf die Jugend und die Mütter? (*Arnold:* Diese Wirkung haben Sie heute schon sehr sichtbar in der ganzen Jugendbewegung!)

Wenn hier steht, daß die westdeutsche Aufrüstung, die deutsche soldatische Tüchtigkeit im Zusammenhang mit der amerikanischen Wehrmacht in den Augen der Russen erst das Bedrohliche erhalte, wenn weiter hier steht, daß die Verständigung der Besatzungsmächte sich auf der Grundlage des Status quo vollziehe, d.h. auf der Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands, dann ist das doch ein solch raffiniertes Verfahren, um alles das, was die Sozialdemokratie ausgesprochen hat, in noch raffinierterer Form in bestimmte Teile des deutschen Bürgertums und der deutschen Intelligenz hineinzupumpen und ihnen zu sagen, jetzt führt die Aufrüstung dazu, daß die Wiedervereinigung nicht kommt und daß die Russen sich bedroht fühlen und daß im Augenblick, wo der Konflikt kommt, Deutschland besetzt ist und die deutschen Soldaten in England, Frankreich und Spanien kämpfen. Das ist genau das, was Ollenhauer gesagt hat. Und da ist die freie Meinungsäußerung am Ende! Er

⁷² „Ein altes soldatisches Volk wie das deutsche muß es fertigbringen, der Möglichkeit ins Auge zu blicken, daß seine Söhne vielleicht in Cherbourg und Boulogne kämpfen, während das eigene Land zum großen Teil besetzt wird.“ (FAZ vom 11. Oktober 1954.)

mag im „Neuen Deutschland“ und im „Neuen Vorwärts“ schreiben, vielleicht mag es auch in einem Kommentar von Dr. Silex⁷³ stehen, aber nicht in einem Blatt, das den Eindruck erweckt, als ob es die Politik der Bundesregierung repräsentiere. Das gilt noch stärker für die „Deutsche Zeitung“ in Stuttgart, die geradezu destruktiven Charakter hat.

Das hat nichts mit Meinungsäußerung zu tun, sondern mit der Frage, ob es gelingen wird, eine Presse aufzubauen, die eine Weltbedeutung hat und bei der wir sicher sind, daß Journalisten in freier Meinungsäußerung das, was die Bundesregierung will, objektiv darstellen und positiv erläutern. Weder die „Rundschau“ noch die „Westfalenpost“ noch „Der Tag“ sind es heute, das wissen wir. Hiermit ist diese Frage nicht zu lösen.

Gurk: Es darf nicht gespielt werden mit dem Leben von 49 Millionen Menschen für die Wiedervereinigung. Dieses Wort des Herrn Bundeskanzlers muß mit aller Entschiedenheit unterstrichen werden. Dieser Knochenerweichungsprozeß muß unbedingt unterbunden werden. Sie geht progressiv von der „Frankfurter Allgemeinen“ über die Sozialdemokratische Partei bis zum Deutschen Gewerkschaftsbund. Das geht bis in die weitesten Schichten unseres Volkes. So hat z.B. der württembergisch-badische Arbeitsminister⁷⁴ dieser Tage laut verkündet: 900 Millionen DM für die Rentner fallen weg für den Verteidigungsbeitrag.

Die Knochenerweichung muß wirksam bekämpft werden. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die „Frankfurter Allgemeine“ nicht mehr tragbar ist. Das muß deutlich gesagt werden. Sie ist kein Organ unserer Politik. Herr Ministerpräsident Arnold hat eben in einem Zuruf gesagt: In der Jugend sind schon Einbrüche da. – Ich bitte Sie, das festzuhalten und die Gefahr nicht leichtzunehmen, die z.Z. im deutschen Volke besteht.

Adenauer: Ich bin Herrn Gurk dankbar für diese ernsten Worte. Wenn nicht die Engländer und die Amerikaner dadurch eingegriffen hätten, daß die Londoner Konferenz plötzlich gekommen ist, und wenn sie nicht darauf gedrungen hätten, auch gegenüber Mendès-France, daß bis zum Ende dieses Jahres in Frankreich die Sache fertig sein muß, dann wäre dieser Prozeß der Knochenerweichung unaufhaltsam weitergegangen.

Wie es gekommen ist, kann ich nicht beurteilen. Die Sowjets haben – man muß die Dinge geradeheraus sagen – bei den Sozialdemokraten, beim Deutschen Gewerkschaftsbund und bei einer Reihe von Intellektuellen einen ganz großen Erfolg in der letzten Zeit erzielt. Ich verweise namentlich auf die Intellektuellen. In Frankreich ist genau dasselbe Spiel. In Frankreich neigen intellektuelle Kreise zum Kommunismus. In Amerika war es dasselbe; ebenso in England, überall die sogenannten

73 Dr. Karl Silex (1896–1982), Begründer der Wochenzeitung „Deutsche Kommentare“ (1949) und Vierteljahreshefte „Bücher – Kommentare“ (1952). Vgl. PROTOKOLLE I S. 188 Anm. 43.

74 Erwin Hohlwegler (1900–1970), SPD, 1952–1960 Arbeitsminister von Baden-Württemberg, 1960–1964 MdL.

Intellektuellen. Ich sage in diesem Falle die sogenannten Intellektuellen; denn nach meiner Meinung sind es snobistische Rindviecher, die meinen, der Kommunismus sei etwas Fortschrittliches und etwas Neues, und da müßten sie mit dabei sein. Gehängt werden sie genauso wie die anderen, aber sie verdienen es, während wir es nicht so sehr verdienen. (*Heiterkeit.*) Wir müssen mit ganzer Kraft gegen diese fortschreitende Verseuchung vorgehen.

Cillien: Herr Bundeskanzler, Sie stellen in Aussicht, daß Sie alle fünf oder sechs Wochen in einer öffentlichen Versammlung sprechen wollen. Das ist zu begrüßen, aber das wird Sie allerhand Zeit kosten. Ferner wird die Publikation wieder von dem Entgegenkommen der Presse abhängen. Es ist also immer nur ein verhältnismäßig kleiner Kreis, der erfaßt wird.

Ich darf deshalb noch einmal wiederholen und bitten, daß Sie sich doch die Zeit dazu nehmen möchten, in verhältnismäßig kurzen Abständen über den Rundfunk zum deutschen Volk zu sprechen. Ich glaube, das ist ein sehr viel besserer Weg und auch nicht so kostspielig für Sie, was die Zeit angeht, und Sie erreichen viel mehr Menschen.

Lassen wir es deutlich sagen: Sie sind kein glänzender Redner, aber Sie wissen immer das Ohr der Leute zu finden. (*Adenauer:* Was ist das Ziel eines Redners?) Sie sind kein brillanter Redner. Es gibt Leute, die besser reden können, aber Sie haben sofort die Hörer gepackt. Ich weiß nicht, ob das im Rundfunk möglich ist. Man merkt, ob Sie vorlesen oder frei sprechen.

Adenauer: Ich habe das vor. Nur ist eine Vorbedingung, die schwer zu erfüllen ist: Wenn man wirklich ganz frei sprechen soll – ich meine nicht ablesen, sondern überhaupt frei sprechen –, dann gehört eine gewisse innere Ruhe dazu – es brauchen nur zehn Minuten zu sein –, die dann zum Ausdruck kommt und die Leute packt. Diese innere Ruhe ist mir selten vergönnt. Bitte sehen Sie meinen Tagesplan an, es ist eine Tortur. Aber ich will das tun. Ich will das eine tun und das andere. Die Reden draußen braucht man auch manchmal, um sich selbst bestätigt zu sehen.

Kaiser: Ich beneide den Herrn Bundeskanzler um seine Redekunst und Redefähigkeit. Er hat eine klare Ausdrucksweise, und man versteht alles sofort. Er hat die Fähigkeit, alles auf eine einfache Formel zu bringen. (*Weber:* Daß der Mann auf der Straße ihn versteht!) Ich habe ihn hundertmal gehört, auch am Rundfunk, ich bin voller Respekt, und ich kann sagen, im Rundfunk kommen seine Reden gut an. Man kann nur wünschen, daß er öfter das Wort ergreift.

Nun bin ich erschrocken über die scharfen Worte für die snobistischen Presseleute, (*Adenauer:* Für die intellektuellen Leute!) die der Herr Bundeskanzler und Herr Ehlers gebraucht haben. Das ist von gleichem Gewicht. Die „Frankfurter Allgemeine“ ist eine Zeitung von Rang und Bedeutung nicht nur in Deutschland, sondern darüber hinaus. Das müssen wir als Christlich-Demokratische Union mitbeachten. Das gilt auch für die „Deutsche Zeitung“ in Stuttgart. Diese beiden Zeitungen hatten eine durchaus positive Beurteilung der Verhandlungen und der Ergebnisse von London. Es ist nicht so, wie es der Sethe heute getan haben soll. Auch Sethe hat mit allem Respekt von

dem, was der Bundeskanzler in London getan hat, gesprochen. (*Ehlers*: Er macht es wieder kaputt!) Deswegen möchte ich wünschen, daß man nicht mit den Mitteln, die aufgezeigt worden sind, gegen die „Frankfurter Allgemeine“ vorgeht. Ich weiß, daß sich ein Freiwilliger gemeldet hatte, es war Anton Storch, der zu Haffner nach Stuttgart gefahren ist und mit ihm gesprochen hat. Und die gegenteilige Wirkung ist eingetreten! Das ist in Frankfurt bekanntgeworden. Wahrscheinlich hat Haffner selber mit den Leuten gesprochen und gesagt, das wäre noch schöner, daß uns der Brotkorb höher gehängt werden soll.

Es war mir interessant, daß die „Frankfurter Allgemeine“ noch Förderungsmittel notwendig hat. Ich habe gemeint, sie trage sich selbst. (*Ehlers*: Vor einem Jahr noch nicht!) Ich möchte wünschen, daß Sie in guten Kontakt kommen.

Ein sehr ernstes Kapitel ist die Haltung der Christlich-Demokratischen Union gegenüber der anderen großen Partei in Deutschland, der SPD. Ich sage das deswegen, weil hierüber einige Worte gefallen sind. Es war Herr Ehlers, der gesagt hat, der Kanzler ist mehrere Male ans Rednerpult gegangen, um die Sozialdemokraten mit Mann und Roß und Wagen niederzukartätschen. (*Ehlers*: Ich habe mir gestattet zu sagen: Verfolgung bis zum letzten Haufen von Mann und Roß. Das ist auch geschehen!)

Ich bin besorgt, daß das nicht richtig ist. Wenn man die Sozialdemokratische Partei, die immerhin einen beträchtlichen Teil des deutschen Volkes hinter sich hat, am Boden zerstören will, wenn man sie nicht an die Verantwortung heranbringt, dann drängen wir zugleich weite Kreise der Arbeiterschaft, die der Sozialdemokratie nun einmal vertrauen, vom Staat weg in eine radikale Haltung.

Das ist eine Sache, die mir Sorge macht mit dem Blick auf die Gewerkschaften. Wenn das nicht eine Erleichterung erfährt, dann denke ich an das, was Sie, als Sie zum ersten Mal von London zurückgekommen sind, gesagt haben: Dieses Verhältnis zwischen Eden, dem verantwortlichen Außenminister, und Morrison⁷⁵ – warum ist denn so etwas bei uns in Deutschland nicht möglich? Die Sozialdemokratie mag und soll in Opposition stehen, in der Demokratie braucht man eine Oppositionspartei, nur braucht der Zustand nicht so zu sein. Sie haben neulich gesagt, Herr Bundeskanzler, als wir diese Frage erörterten, es kommt für uns im Verhältnis zur SPD darauf an, daß wir die gutgesinnten Elemente – vielleicht haben Sie ein anderes Wort gebraucht – von den radikalen Elementen trennen.

Ich bin besorgt, wenn wir in dieser Haltung gegenüber der SPD verharren, daß wir die gutgesinnten Elemente mit den radikalen Elementen zusammendrängen. Das gibt dann eine Diskrepanz, unter der unser Volk leidet. Ich möchte wünschen, daß wir hier eine Überprüfung vornehmen und nach Möglichkeit zu einer Besserung kommen.

Adenauer: Jetzt bin ich baß erstaunt. Diese Bundestagsdebatte hat doch nichts anderes gebracht als eine Klärung der Absicht der SPD. Vom politischen Gegner

75 Herbert Stanley Morrison (1888–1965), 1951–1955 stv. Vorsitzender der Labour Party. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 36 Anm. 70.

darf ich mich nicht abspesen lassen mit allgemeinen Redensarten, sondern ich muß ihn fragen können, was verstehst du darunter? Soll Sowjetrußland dazugehören? (*Kaiser*: Ich denke nicht nur an diese Bundestagsdebatte, sondern an die allgemeinen Ereignisse! – *Ehlers*: Sie können das nicht verallgemeinern, ich habe nur von der Bundestagsdebatte gesprochen!) Wenn ich dem Herrn Wehner vorlese, was er gesagt hat, dann muß er das doch ertragen können!

Hellwig: Ich wollte auf die verschiedenen Querverbindungen aufmerksam machen, die offensichtlich hinter den verschiedenen Vorstellungen, Erscheinungen und Meinungen bestehen. Man wird sie nicht immer nachweisen können. Wir sollten davon ausgehen, daß hinter allen Dingen eine Querverbindung besteht. Wer sich einmal das Material durchsieht, das vom Ministerium Kaiser vorgelegt werden kann über die geistige Zersetzungsarbeit in den Betrieben, der wird staunen, wieviel kommunistisch gesteuerte Betriebszeitungen im letzten Jahr entstanden sind, und zwar in einer völlig neutralen Form. Da ist nichts mehr von kommunistischer Parteidoktrin drin. Wer sieht, wie von dort Parolen über die Betriebsräte in die Funktionärskreise der Gewerkschaften kommen, der weiß, was ich meine mit den Querverbindungen, die nach außen nicht sichtbar werden. Ich würde es begrüßen, wenn diesem Kreise hier das Material aus dem Ministerium Kaiser zur Verfügung stünde.

Kiesinger: Ich glaube, Herr Ehlers hat nicht das Verhältnis zur SPD im allgemeinen gemeint, sondern zunächst das Verhalten des Herrn Bundeskanzlers in der Bundestagsdebatte. Das war wirklich politisch klug und absolut richtig. Die SPD hat uns in den letzten Jahren immer Schwierigkeiten gemacht. Sie hat nie klar Farbe bekannt, vom „Ohne-mich-Standpunkt“ aus bis zur deutschen Nationalarmee ging das.

Wir werden angesichts der kommenden Wahlkämpfe noch weitergehen müssen. Wir müssen darauf bestehen, daß die SPD Farbe bekennet zwischen den beiden verschiedenen Konzeptionen innerhalb der SPD, nämlich 1. einer starken Nationalarmee und 2. einem ganz neutralisierten Deutschland.

Heck: Die Bundestagsdebatte hat beim Volk einen besonders guten Eindruck gemacht, weil es gespürt hat, daß bei dieser Debatte um die SPD gerungen worden ist. Das ist mir von verschiedenen Seiten gesagt worden.

Adenauer: Wir kommen zur Mittagspause. Wir werden über die Fragen, die wir heute vormittag erörtert haben, ein ausführliches Pressecommuniqué herausgeben müssen. Ich möchte Sie bitten, Herr Lojewski, daß Sie einen Entwurf machen über das, was bisher erörtert worden ist: Stellungnahme zu London, zur SPD und zum DGB.

Herr Kollege Schäffer, ich heiße Sie herzlich in diesem Kreis willkommen. Wir werden heute nachmittag mit dem innenpolitischen Teil beginnen, mit der Steuerreform, der Finanzreform und den Rentenangelegenheiten. Damit treten wir in die Pause ein.

Pause von 13.30 Uhr bis 14.30 Uhr.

Adenauer: Darf ich mit wenigen Worten wiederholen, was ich heute morgen gesagt habe. Es ist zwischen der Koalition und dem Herrn Bundesfinanzminister Schäffer eine scharfe Differenz ausgebrochen über Dinge finanzieller Natur. Es handelt sich um die Steuerreform und um Anträge, die entweder schon gestellt oder angekündigt sind und die eine weitere große Erhöhung der Ausgaben vorsehen. Diese Zuspitzung konnte bisher nicht beseitigt werden. Die Auseinandersetzungen haben nun – ich muß das in Gegenwart des Kollegen Schäffer sagen – durch die Ausführungen auf dem Parteitag der CSU in Nürnberg, soweit sie in der Presse erschienen sind, eine weitere persönliche Zuspitzung erfahren.

Ich möchte zunächst das sachliche Gebiet hier erörtern, dann kommt man vielleicht über die persönlichen Fragen leichter hinweg. Aber ich habe es sehr bedauert, daß dort auf dem Parteitag derartig spitze Formulierungen gebraucht worden sind. Herr Kollege Schäffer, lassen Sie mich in Ihrer Gegenwart etwas zu dem erklären – ich werde es auch dem Herrn Strauß sagen –, was der Herr Strauß gesagt hat. Herr Strauß ist Bundesminister genauso wie Sie. Wir sind in einer Koalition und befinden uns z.Z. in einer höchst kritischen Situation nach außen hin, die ihr Ende erst gefunden haben wird, wenn die Franzosen und wir ratifiziert haben. Es müßte möglich sein, daß wir gerade unter dem Druck einer gemeinsamen Gefahr eine Verständigung erzielen. Ich hatte am Samstag abend ein längeres Gespräch mit Herrn Krone. Ich glaube nicht, daß wir der Überzeugung sein können, daß eine Einigung gegeben ist. Anscheinend ist das nicht der Fall. Ich möchte Ihnen nun vorschlagen, daß zunächst Herr Strickrodt als Vorsitzender unseres Parteiausschusses für Wirtschaft und Finanzen einen Bericht über die gegenwärtige Situation gibt.

Strickrodt: Den Auftrag habe ich erst vor zehn Minuten bekommen. Ich muß versuchen, mich in die Situation hineinzufinden. Ich muß in doppelter Eigenschaft hier sprechen, zunächst als Vorsitzender des Unterausschusses Finanzen und Steuern des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Partei. Der Vorstand des Wirtschaftspolitischen Ausschusses unter dem Vorsitz von Herrn Etzel⁷⁶ hat heute vor einer Woche hier in Bonn getagt, und zwar verstärkt durch die Vorsitzenden der wirtschaftspolitischen Ausschüsse in den Landesparteien. In diesem Kreise sind äußerst scharfe Worte gefallen, die ich hier nicht wiederholen möchte. Ich habe in einer Zeitung gelesen, daß Herr Etzel als Vorsitzender dieses Ausschusses den Herrn Bundeskanzler besucht und ihm die Meinungen dieses Ausschusses vorgetragen hat. Ich kann mir ersparen, auf das, was dort gesagt worden ist, im einzelnen einzugehen.

Das Votum dieses Ausschusses zur Steuerreform geht dahin, daß die Steuersenkung für Einkommen- und Körperschaftsteuer in dem Maße erfolgen soll, daß der

⁷⁶ Franz Etzel (1902–1970), 1952–1957 Vizepräsident der Hohen Behörde der EGKS. Vgl. PROTOKOLLE I S. 42 Anm. 11. – Zu den Ausführungen Strickrodts vgl. Protokoll der Sitzung des erweiterten Vorstands des Bundesausschusses für Wirtschaftspolitik der CDU vom 4. Oktober 1954 in ACDP VII-004-076/1. Die Besprechung zwischen Etzel und Adenauer fand am 7. Oktober statt (vgl. FAZ vom 9. Oktober 1954).

Einkommensteuerplafond auf 45 % festgesetzt wird, während bei der Körperschaftsteuer für nicht ausgeschüttete Gewinne 40 % und für ausgeschüttete Gewinne 20 % vorgesehen sind. Der Ausschuß stützt seine Vorschläge, was die finanzwirtschaftlichen Berechnungen der Volumina angeht, die für eine Steuersenkung zur Verfügung stehen, auf Berechnungen des Instituts für Finanzen und Steuern.⁷⁷ Ich darf mit meinem Bericht über das, was der Wirtschaftspolitische Ausschuß der Partei behandelt hat, auftragsgemäß abschließen.

Ich darf Ihnen nun berichten über die Arbeit eines zweiten Ausschusses, den Sie hier in Ihrer letzten Sitzung berufen haben, ein Ausschuß, der die Bezeichnung „Gemischter Ausschuß für die große Steuerreform“ trägt.⁷⁸ Zu diesem Ausschuß gehören die Ministerpräsidenten bzw. die Regierenden Bürgermeister der Länder, die von der CDU geführt werden. Es gehören zu diesem Ausschuß vier Bundestagsabgeordnete und vier Freunde aus der Partei. An den Verhandlungen dieses Ausschusses hat der Herr Bundesfinanzminister stets persönlich teilgenommen.

Dieser Arbeitskreis, der eine Brücke zwischen Partei, Fraktion und Ländern und dann hin zum Bundesfinanzminister darstellt, hat die Teilung der Einkommen- und Körperschaftsteuer zwischen Bund und Ländern für das Jahr 1954 behandelt und ist zu einem Vorschlag gekommen, der jetzt der Behandlung im Parlament zugrunde gelegt wird. Ich glaube, daß hier ein erster Erfolg der Zusammenarbeit in diesem Kreise zu verzeichnen ist. Dieser Ausschuß hat sich dann vor den Parlamentsferien in mehreren Sitzungen mit der Finanzverfassungsreform befaßt. Dieses Gesetz war damals schon im Bundestagsausschuß beraten worden. Es haben sich nach sehr eingehenden Erörterungen die Länder bereit erklärt, ihre Experten zur Begutachtung des Finanzverfassungsgesetzes zusammenzurufen. Diese Kommission hat getagt. Es liegen die sogenannten Malenter-Vorschläge⁷⁹ vor, die den Ministerpräsidenten zugesandt worden sind. Ich habe die Antworten von allen Ministerpräsidenten bekommen. Mit einer Reihe von Wünschen und Vorschlägen zeichnet sich eine gemeinsame Linie ab.

Die Dinge sollen noch einmal im Kreise der Länder abgestimmt – so wünscht es der Bundesfinanzminister –, um dann mit ihm erörtert zu werden. Ich möchte meinen, daß für das Finanzverfassungsgesetz eine Regelung auf dieser Basis möglich sein

77 „Die Aufkommens- und Ausfallberechnungen des Bundesfinanzministeriums und des Instituts Finanzen und Steuern“ (Institut „Finanzen und Steuern“ Grüner Brief 3/1954).

78 Protokolle nicht zu ermitteln. Hinweise aber in den Protokollen der „Arbeitsgemeinschaft Finanzen und Steuern, Geld und Kredit der CDU/CSU“ (ACDP VII-004-079/2). Zum Problem der Finanzverfassung generell vgl. Wolfgang RENZSCH: Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs. Finanzverfassung und Föderalismus, Probleme und Perspektiven. In: „Gegenwartskunde“ 4 (1986) S. 499–533.

79 Es handelt sich um das Ergebnis einer Sitzung vom 13./14. August 1954 des „Gemischten Ausschusses Große Steuerreform“ in Malente, der eine Plattform für Gespräche zwischen Schäffer und den der CDU angehörigen fünf Ministerpräsidenten bzw. Länderfinanzminister oder deren Vertreter war. Ein Bericht über die Tagung von Süsterhenn an Altmeier in LHA Koblenz 860/1747. Vgl. dazu auch die Protokolle der „Arbeitsgemeinschaft Finanzen und Steuern, Geld und Kredit der CDU/CSU“ ACDP VII-004-079/2).

sollte. Es wird hierbei noch ein sehr ernstes Wort mit der Fraktion zu sprechen sein, die sich mit ihren Beschlüssen im Bundestagsausschuß sehr weit von der Regierungsvorlage entfernt hat, nämlich zu einem Finanzzentralismus, zu einer finanzwirtschaftlichen Aushöhlung der Länder. Es wird der Autorität der Partei bedürfen, um die Mitglieder der Fraktion in diesem Punkt auf eine gemeinsame Linie zurückzuführen. Ich habe zur Stunde die Hoffnung, daß wir zwischen dem Herrn Bundesfinanzminister einerseits und den von der CDU geführten Ländern andererseits hinsichtlich dieses Gesetzes zu einem Einvernehmen kommen können.

Mit der Steuerreform hat sich der von Ihnen eingesetzte Ausschuß nur in einigen Vorbesprechungen befaßt. Dieser Gemischte Ausschuß, in dem auch die Länder vertreten sind, war der Ansicht, daß man hinsichtlich der Steuerreform zunächst der Fraktion den Vortritt lassen solle und einmal klären müsse, wieweit unsere Freunde aus der Fraktion im Finanzpolitischen Ausschuß des Bundestages mit den anderen Fraktionen, insbesondere mit denen der Regierungskoalition, auf eine Linie kommen könnten. Wenn man die Diskussion betrachtet, die sich ergeben hat, so steht im Mittelpunkt das, was uns hier schon in der vorigen Sitzung beschäftigt hat, nämlich die Frage, welches Volumen ist für eine Steuersenkung zur Verfügung zu stellen?⁸⁰

Dieser Frage ist man keinen Schritt nähergekommen. Die ganzen Bemühungen hierzu haben zu keinem Erfolg geführt. Es ist jetzt die Frage zu entscheiden, welche Schätzungen man dem Steueraufkommen und den Folgen der Steuersenkung zugrunde legen kann. Ich glaube nicht, daß ein politisches Gremium hier die Entscheidung treffen kann. Wenn der Streit über diese Volumina eine Klärung gefunden hat, sollte man der Öffentlichkeit ganz klar sagen, es ist eine Abschlagszahlung, was wir bieten.

Es geht jetzt um die taktische Frage, ob man eine solche Lösung zwischen den Koalitionsparteien noch während der zweiten Lesung im Parlamentsausschuß treffen kann oder ob die Torschlußpanik der Parteien, nun der Öffentlichkeit möglichst viel zu bieten, so groß ist, daß man vor der zweiten Lesung im Plenum nicht mehr zu einem Ergebnis kommen wird. Vielleicht ist es auch möglich, zwischen den Koalitionsparteien während der zweiten Lesung im Finanzausschuß eine Regelung herbeizuführen. Man könnte auch zugleich mit den Ländern verhandeln; denn sie sind ja der zweite Teil des Gesetzgebers und an den Wirkungen der Steuerreform sehr interessiert.

Ich habe in der Zeitung gelesen, daß in dieser Woche ein solcher Versuch gemacht werden soll. Wenn es nicht gelingt – und nach dem, was in der Öffentlichkeit zu diesem Thema gesagt worden ist, fürchte ich, daß es nicht gelingt –, müßte man den Anträgen zur Steuerreform ihren Lauf lassen. Hier müßte sich die Welle austoben. Dann müßte nach der zweiten Lesung auf CDU-Basis versucht werden, die dritte Lesung in unserem Sinne zu dirigieren. Man kann der Öffentlichkeit das ohne weiteres klarmachen, indem man sagt, ein Bundestag, der für sich allein in diesen Dingen seinen Weg geht, wird im Bundesrat scheitern, und dann kommt die

⁸⁰ Vgl. Nr. 3 S. 217 ff.

ganze Angelegenheit doch in den Vermittlungsausschuß. Wir nehmen also diesen Vermittlungsausschuß vorweg auf CDU-Ebene.

Es ist unseren Freunden in der Fraktion dann, mögen sie von den Konkurrenzträgen der FDP noch so weit nach vorne getrieben worden sein, noch die Möglichkeit gegeben, auf den Boden dessen zurückzukehren, was sie mit den Ländern absprechen. Dann können sie jederzeit sagen, wir müssen als politische Realisten das Votum der Länder berücksichtigen. Wenn man so vorgeht, könnte man das Beste bieten, was unter den jetzigen Verhältnissen möglich ist. Es bleibt dann noch immer nach Klärung der Volumina das Problem der zweiten Tranche übrig.

Adenauer: Herr Strickrodt, ich danke Ihnen, daß Sie nach so kurzer Zeit uns hier dieses Referat erstattet haben. Herr Neuburger war geladen. Er soll in Bonn sein. (*Müllenbach:* Er hat gesagt, um einhalb vier Uhr! – *Globke*⁸¹: Er ist noch nicht in Bonn!) Ich bedaure das außerordentlich.

Was Herr Strickrodt nicht wissen kann ist folgendes: Die Dinge haben sich in den letzten Tagen weiterentwickelt. Ich glaube, wir werden hier doch versuchen müssen, dazu Stellung zu nehmen. Es handelt sich um eine eminent politische Frage. Es trägt auch die Partei hier eine sehr große Verantwortung. Ich möchte vorschlagen, daß wir nicht über die Vergangenheit sprechen. Es sind grobe Fehler gemacht worden. Das ist ganz klar. Nach meiner Meinung wäre es richtiger gewesen, man hätte sofort die Vorlage des Bundesfinanzministers, des Kabinetts, akzeptiert und gesagt, wir wollen das zuerst erledigen und uns nachher Zeit nehmen, die Einzelheiten zu behandeln. Dann wäre ein großer politischer Erfolg eingetreten, der jetzt ungefähr ganz geschwunden ist. Aber das ist nun vorbei. Und was vorbei ist, soll man nicht wieder aufrühren.

Ich möchte weiter vorschlagen, die beiden Gesetzentwürfe voneinander zu trennen.⁸² Die lassen sich sehr gut voneinander trennen. Am dringlichsten sind jetzt die Beratungen zur Steuerreform. Ich möchte bitten, daß Herr Pferdmeniges einmal über den neuesten Stand der Dinge berichtet.

Pferdmeniges: Ich möchte Herrn Strickrodt sagen: Was Ihre Ausschüsse erarbeitet haben und nach ihrer Auffassung für richtig halten, hat nicht zur Debatte gestanden, nämlich von 45 % auf 40 % und 20 % herunterzugehen; hier war die Rede von 45 % für die Einkommensteuer und von 30 % für die Körperschaftsteuer als Plafond. Dann haben Verhandlungen stattgefunden innerhalb der Koalition. Man glaubte, eine weitere Gesamtsenkung der Steuer um rd. 500 Millionen DM verantworten zu können. Wir haben in der letzten Besprechung die Bank Deutscher Länder gebeten, uns ihre

81 Dr. Hans Globke (1898–1973), 1949–1963 Ministerialdirektor bzw. ab 1953 Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Vgl. PROTOKOLLE I S. 523 Anm. 22. – Neuburger hatte am 8. Oktober 1954 im Steuerausschuß des Bundestages angekündigt, einen Antrag auf zusätzliche Steuersenkung über die von der Regierung vorgesehene Senkung hinaus einzubringen (vgl. FAZ vom 9. und 11. Oktober 1954).

82 Tatsächlich ist die Steuerreform (BT-Drs. 481) am 16. Dezember 1954 Gesetz geworden (BGBl I S. 373), die Finanzreform erst am 23. Dezember 1955 (BGBl I S. 817).

Meinung zu sagen. Ich weiß nicht, Herr Bundeskanzler, ob Sie schon Antwort haben. (Adenauer: Wir haben noch keine Antwort!) Jedenfalls ist der Prozentsatz, den die Bank Deutscher Länder nennt – ich kenne ihn –, erheblich höher, als er genannt worden ist. Er liegt über 8 %.

Der Vorschlag der FDP ging dahin:

1. nach der Regierungsvorlage die Sache am 1. Oktober schon in Kraft treten zu lassen,
2. die Ergänzungssteuer so lange nicht zu erheben, solange es nicht unbedingt nötig ist,
3. die Gesamtstaffel um zweieinhalb Prozent zu senken.

Danach war die FDP bereit, ihre sämtlichen übrigen Anträge fallenzulassen und auch keine weiteren Anträge mehr zu stellen. Das gleiche sollte die CDU tun. Dann wurde in unserem Kreise verhandelt. Wir hatten den Eindruck, daß auch unsere Leute, vor allen Dingen der Mittelstandsblock und die Arbeitnehmervertreter, der Sache mehr geneigt waren, wenn man diese Senkung bei den Einkommen bis zu DM 35.000,- oder DM 40.000,- durchführen würde. Aus unserem Kreis ist vorgeschlagen worden, mit einer Verbesserung der Tarife bis zum Betrag von DM 34.000,- bis DM 40.000,- zu gehen.⁸³ Diesen Vorschlag haben wir in der Finanzausschußsitzung vorgelegt. Daraufhin erfolgte – weil Herr Neuburger m.E. einen kleinen Fehler beging und nicht vorher mit Herrn Wellhausen gesprochen hat – ein Vorschlag von Herrn Wellhausen im Beisein des Herrn Bundesfinanzministers. Dann kamen von allen Seiten die Vorschläge, die längst abgetan waren bei uns.

Wenn wir etwas geschickt verfahren hätten – ich sage Ihnen offen, Herr Bundesfinanzminister, Nürnberg hat uns die Sache in unseren Verhandlungen erschwert –, dann hätten wir uns auf die CDU-Vorschläge einigen können. Das würde 500 Millionen DM Senkung für die Allgemeinheit bedeuten. Darin müßten sich der Bund und die Länder teilen; dem Bund würden aber wieder einige Sachen zugute kommen, so daß die finanzielle Belastung für ihn sehr wenig ins Gewicht fiel. Ob das heute noch möglich ist, weiß ich nicht. Wir haben von Herrn Preusker erfahren – das sage ich vertraulich –, er glaube, daß er in seiner Partei die Akzeptierung unseres Vorschlages werde durchsetzen können. Ich sage ausdrücklich: Das war die Stimmung am Freitag abend, als wir die Sitzung verließen. Wie es heute aussieht, kann ich nicht sagen. Diese Steuerreform ist nicht eine Sache von sogenannten Reichen, sondern sie ist eine Sache des gesamten Volkes bis in die kleinsten Mittelschichten hinein. Deshalb müssen wir darauf bedacht sein, daß nicht auf unser Odium fällt, als hätten wir die Sache zu Fall gebracht. Ich wiederhole: Es würde eine Senkung der Steuern erfolgen bei den Einkommen von DM 4.000,- bis DM 35.000,-. (Adenauer: Eine weitere Senkung?) Eine Senkung unter dem Vorschlag des Bundesfinanzministers. Die Sache soll so aussehen: Bei den Einkommen von DM 4.000,- bis DM 35.000,- ist eine Staffelung von 5 bis 15 %. Bei einem Einkommen von DM 25.000,- wären es etwa

⁸³ Vgl. Anm. 81.

8 %. Das war unser Vorschlag. Wir hoffen nach wie vor, daß wir mit dieser Geschichte durchkommen. Kommen wir nicht durch, dann kommen von der FDP und von uns Vorschläge. Dann bekommen wir einen großen Kuddelmuddel, so daß unsere Sache überhaupt zu keinem Ziele kommt und wir nachher die Scherben zusammensuchen müssen.

Adenauer: Ich halte es nicht für möglich, daß die CDU in der Sache allein bleibt. Sie wird dann niemals eine Mehrheit haben. Es werden Anträge kommen von der FDP und von der DP, die eine Reihe von CDU-Abgeordneten dazu verleiten werden, dafür zu stimmen. Sie werden das entsetzliche Bild eines namenlosen Durcheinanders bekommen. Deswegen sind wir darauf angewiesen, dafür zu sorgen, daß die FDP keine Anträge stellt.

Strickrodt: Wir müssen zwei Stadien der Verhandlungen unterscheiden. Im Stadium der zweiten Lesung des Ausschusses soll man alles das versuchen, was Herr Pferdmenes gesagt hat. Ich bin vielleicht etwas unklar gewesen, als ich meinen Zweifel äußerte, daß nach der zweiten Lesung im Plenum, wenn sich die Parteien restlos ausgetobt haben, noch die Möglichkeit bestehen soll, die Dinge aufzufangen, in die man jetzt die Länder hineinzwingt. Wenn es im Bundestagsausschuß gelingt, mit den übrigen Koalitionsparteien eine Linie zu finden, dann ist das das allerbeste. Das müßten die Parlamentarier versuchen. Wenn das nicht gelingt, würde ich die andere Lösung vorschlagen. (*Adenauer:* Wenn es nicht gelingt, wird das ein politischer und finanzieller Scherbenhaufen sein!) Sie haben in der zweiten und dritten Lesung noch die Möglichkeit.

Adenauer: Lieber Herr Strickrodt! Sie kennen nicht die Zuspitzung der ganzen Situation in sachlicher und persönlicher Hinsicht. Ich habe am letzten Freitag eine Sitzung gehabt, um zu versuchen, eine Einigung herbeizuführen.⁸⁴ Was ich da von mehreren Seiten gesehen habe, das war in höchstem Maße entmutigend, um nicht den Ausdruck degoutierend zu gebrauchen. Das war fast, nehmen Sie den Ausdruck nicht übel, ein persönliches Gezänke geworden. Es fehlte überhaupt das Bestreben, auf einer vernünftigen und ruhigen Basis die Wahrheit zu ergründen.

Wenn es nicht im Ausschuß gemacht werden kann, dann bliebe vielleicht als letztes Aushilfsmittel übrig, daß die Bundesregierung ihre ganze Vorlage zurückzieht und dann wieder von neuem anfängt. So wie es jetzt ist, ist es einfach unmöglich und unerträglich. Das zur politischen Frage.

Sie können diese Einzelheiten nicht wissen. Lassen Sie mich versuchen, Sie Ihnen klarzulegen in leichtfaßlicher Form entsprechend dem, was mir gesagt worden ist. Wenn ich etwas Falsches sage, dann korrigieren Sie mich bitte. Die Herren von der CDU/CSU und FDP wünschen einige weitere Steuerermäßigungen. Der Bundesfinanzminister widerspricht dem, weil er sagt, ich kann das nicht verkraften;

⁸⁴ Am 8. Oktober 1954 hatte Adenauer mit dem Bundesfinanzminister und den Steuerexperten der Koalition für 9 Uhr eine Sitzung anberaumt. Teilnehmer: Strauß, Wellhausen, Neuburger, Pferdmenes, von Brentano, Krone, Rudolf Eickhoff (DP), Walter Eckhardt (BHE).

ich bin bis zum Letzten gegangen. Ich habe keine Deckung. (*Zuruf*: Und die Länder?) Ich spreche jetzt vom Bundesfinanzminister. Darauf sagen die Abgeordneten: Du hast das Sozialprodukt zu niedrig geschätzt, tatsächlich muß es höher geschätzt werden, dann hast du 500 Millionen DM mehr Einnahmen. Darauf hat der Bundesfinanzminister gesagt, nein, ich habe es richtig geschätzt. Nun schlägt Herr Pferdmenes am Freitag vor, ein Gutachten der Bank Deutscher Länder einzuholen, um festzustellen, wie sie schätzt aufgrund der bei ihr wahrgenommenen wirtschaftlichen Beobachtungen.

Nehmen Sie mir es nicht übel, Herr Schäffer, ich würde an Ihrer Stelle gesagt haben: Bitte, tut es! Dann werdet ihr sehen, daß ich recht habe. Statt dessen sagen Sie, ich habe die Zahlen hier. Was blieb mir da anderes übrig? Dann habe ich als Bundeskanzler veranlaßt, die Bank Deutscher Länder möge mir ihre Schätzung geben. Ich habe sie noch nicht. Sie wird noch kommen. Ich beabsichtige überhaupt, um das klarzumachen, am Mittwoch in der Kabinettsitzung diese Frage dem Kabinetts zur Entscheidung vorzulegen. Das ist dann eine Kabinettsentscheidung und wird auch vertreten werden müssen. Ich möchte natürlich versuchen, eine Entscheidung im Einverständnis zwischen dem Bundesfinanzminister mit den maßgebenden Herren des Ausschusses herbeizuführen.

Das war der Hauptstreitpunkt. Dann hat Herr Krone – jetzt müssen Sie mir helfen, Herr Krone, das Gespräch zu rekonstruieren, was wir am Samstag abend hatten – mit Herrn Neuburger eine Aussprache gehabt. Hierbei wurde noch eine Verbesserung zugunsten des Kollegen Schäffer vorgesehen, so daß die ganze Differenz zwischen den Anschauungen der Ausschußvertreter und der des Herrn Bundesfinanzministers auf 60 Millionen DM zusammenschrumpfen würde. (*Schäffer*: Mein Vorschlag!) Wenn Sie ihn gemacht haben, dann werden Sie sicher dafür sein.

Krone: Das war ein Vorschlag während der Sitzung am Freitag morgen, wonach bei der Exportförderung die Rücklage verwandt werden soll zugunsten des Herrn Schäffer, während der andere Gedanke, die Gestaltung der Körperschaftsteuer, abgelehnt worden war. Nach den Auskünften, die Herr Neuburger macht, würde es zwischen dem, was Herr Neuburger und Herr Schäffer sagen, eine Differenz von 60 Millionen sein.

Adenauer: Damit Sie das verstehen: Dann würde, wenn man den Wünschen der Ausschußmitglieder in bezug auf die Änderungen der Tarifsätze nachkäme, nur noch ungedeckt bleiben für den Herrn Schäffer – nach dessen bisheriger Auffassung – ein Betrag von 60 Millionen, wobei ich allerdings nicht weiß, wie Sie das Sozialprodukt eingeschätzt haben, (*Pferdmenes*: Bei Einschätzung des Sozialprodukts laut Bundesfinanzminister!) so daß also, wenn mehr einkommt, sogar das Ergebnis noch angenehmer sein wird. (*Globke*: Die Erhöhung ist für die Sozialausgaben notwendig!) Es war in Aussicht genommen – und das ist das Entscheidende –, daß, wenn eine solche Verständigung zwischen dem Bundesfinanzminister und den führenden Ausschußmitgliedern zustande käme, sich die Fraktionen verpflichten, nicht nur auf dem Gebiete der Steuerreform keine anderen Anträge mehr zu stellen, sondern auch

Maß zu halten bei den Anträgen, die wir noch zu erwarten haben hinsichtlich der Erhöhung der Renten usw.

Da möchte ich Ihnen sagen, was noch kommen wird. Es haben beantragt:

FDP	261 Millionen	Rentenerhöhung
SPD	492 Millionen	Rentenerhöhung
CDU/CSU	644 Millionen	Rentenerhöhung
BHE	885 Millionen	Rentenerhöhung

Ich bitte Sie, sich diese Ziffern vor Augen zu halten. Daß eine Erhöhung der Renten notwendig ist, ist ganz klar. Wir kommen aber schon hier von 261 auf 885 Millionen.

Schäffer: Die FDP fing an, die SPD hat dann erhöht, Frau Probst⁸⁵ hat übersteigert, ihr Antrag ist eingereicht, und der BHE hat dann nochmals übersteigert.

Adenauer: Das hat Herr Storch drübergeschrieben. Das ist aus dem Ministerium Storch. Wenn das Sozialprodukt tatsächlich so viel mehr sein sollte, daß noch eine Reserve blieb gegenüber der Steuerreform, dann würde diese zu verwenden sein für diesen Antrag. Wir müßten uns aber vorher – ich meine jetzt die Koalitionsparteien und die Bundesregierung – darüber verständigen, damit nicht hinterher alles wieder kaputtgemacht wird.

Krone: In der Fraktion ist der Wunsch, daß dieses Altrentengesetz so ergänzt wird, daß nicht nur die alten Leute mehr Renten bekommen, sondern überhaupt die Altrentner. Von Frau Probst und einigen Freunden der Fraktion – nicht aber von der Fraktion selbst aus – liegt ein Antrag vor, die Grundrenten der Kriegsoffer zu erhöhen. Das macht nach den Vorschlägen von Frau Probst 600 Millionen DM aus. (*Adenauer:* 644 Millionen DM!) Es kommen weiter auf uns zu die Anträge wegen der Weihnachtsbeihilfe, die wir schon heute sehen müssen. Es darf nicht mehr so passieren wie im vorigen Jahr, wo nachher doch bezahlt wurde.

Schäffer: Meine Herren! Ich bitte Sie, mich auf das Sachliche beschränken zu dürfen. Herr Bundeskanzler, Sie haben Nürnberg erwähnt. Ich möchte nur bemerken, ich bin mit der Partei, der ich angehöre, mit der CSU, völlig einig. Ich kann auch sagen, daß meine Ausführungen in Nürnberg von der Partei getragen worden sind. Von den Hauptpunkten haben Sie schon selbst einen als Ihre Meinung erwähnt; infolgedessen kann dieser Punkt nicht falsch gewesen sein.

Ich darf Sie einmal bitten, mich in Ruhe anzuhören. Ich möchte Ihnen einen Überblick über die ganze Geschichte der Finanz- und Steuerreform geben. Als die Gesetze der Finanz- und Steuerreform vorgelegt wurden, kam ein Sturm der Entrüstung. Der erste Sturm hat sich dagegen gewendet, daß die Finanz- und Steuerreformgesetze

85 Dr. Maria Probst (1902–1967), 1949–1967 MdB (CSU). Vgl. PROTOKOLLE I S. 268 Anm. 26. – Erste Beratung der verschiedenen Entwürfe zur Änderung des Bundesversorgungsgesetzes am 15. Oktober 1954 (Sten.Ber. 2.WP Bd.21 S. 2422–2438; Gesetz vom 19. Januar 1955 – BGBl I S. 25).

zeitlich zugleich als ein Ganzes vorgelegt wurden. Es ist gesagt worden, das habe zur Folge, daß die Steuerreform nur verzögert würde.

Die Finanzreform ist in den Beratungen überraschend glattgelaufen. Die Finanzreformgesetze haben die Beratungen des Bundestages nicht lange aufgehalten; sie waren Gegenstand einer Besprechung von drei bis vier Stunden, und am Schlusse wurden sie einstimmig von allen Parteien angenommen. Wegen der Finanzreformgesetze habe ich selbstverständlich mit den Ländern Fühlung gehalten. Vielleicht hat das dazu beigetragen, daß die Dinge relativ reibungslos und ohne viel Geschrei in der Öffentlichkeit erledigt werden konnten.

Es soll aufgrund der Beschlüsse, die der Bundestagsausschuß für Finanzen und Steuern gefaßt hat, am nächsten Donnerstag um 9.30 Uhr im Hause von Nordrhein-Westfalen in Bonn noch eine Besprechung stattfinden, wobei die Punkte der Tagesordnung, die als strittig betrachtet werden, bereits in der Einladung enthalten sind. Es sind folgende Punkte:

1. Art der Steuerverteilung: Der Finanzausschuß hat bekanntlich beschlossen, daß sechs der bisherigen Ländersteuern künftig Bundessteuern werden sollen, nämlich die Vermögen-, die Erbschaft-, die Kraftfahrzeug-, die Versicherung-, die Wechsel- und die Kapitalverkehrsteuer. Es liegt bereits ein Vermittlungsvorschlag vor, wonach die Versicherung-, die Wechsel- und die Kapitalverkehrsteuer auf den Bund übergehen – natürlich mit Anrechnung auf den sogenannten Bundesanteil –, jedoch Vermögen-, Kraftfahrzeug- und Erbschaftsteuer bei den Ländern verbleiben sollen. Meine persönliche Meinung ist die: Darüber kann man reden!

Ich habe mich neulich mit Herrn Ehard daraufhin unterhalten. Die Kraftfahrzeugsteuer bleibt in ihrer jetzigen Form. Jetzt wird sie den Ländern 100%ig mit ihrem Ertrag honoriert. Wenn sie künftig stückweise abgebaut werden soll, dann ist es sehr fraglich, ob das jeweilige Stück den Ländern honoriert wird. Die Vermögensteuer ist mit dem Lastenausgleich verbunden bis zum Jahre 1975, daran ist nichts zu ändern. Sie wird also für eine lange Zeit als Einnahme für den, der Träger der Vermögensteuer ist, keine praktische Bedeutung haben. Auf der anderen Seite ist es aber so, daß dann die Länder einen Anteil von 70 % an der Einkommen- und Körperschaftsteuer hätten.

Ich habe Herrn Ministerpräsident Ehard gesagt, wenn ich Ländervertreter wäre, dann würde ich mir jetzt die Sybillinischen Bücher kaufen; denn das muß jeder begreifen, daß in der Zeit der Aufrüstung, in der Zeit des Verteidigungsbeitrages, von Jahr zu Jahr die Verhältnisse schlechter und die Ansprüche an den Bund immer größer werden und daß das, was heute gegeben wird, vielleicht in einem Jahr oder in zwei Jahren bestimmt nicht mehr gegeben werden kann.

Der zweite Punkt ist mehr äußerlicher Natur, nämlich wie die Einkommen- und Körperschaftsteuer klassiert werden soll, ob als Gemeinschaftssteuer oder als Landessteuer. Das ist eine Frage, die ich mehr den Experten überlassen möchte.

Die dritte Frage, ob die sogenannte Ergänzungsabgabe als Ergänzungsabgabe oder als Zuschlagsrecht erscheint, halte ich sachlich nicht für ausschlaggebend.

Über den vierten Punkt, die Revisionsklausel, werden wir uns noch unterhalten müssen. Ich bitte Sie, dabei an die Zukunft, an das Faktum des Verteidigungsbeitrages, zu denken. Die Rüstungsausgaben werden im ersten Jahr wesentlich geringer als im zweiten oder dritten Jahre sein. Das muß man von vornherein in Rechnung stellen. Ich nehme an, daß sich am Donnerstag ein Gespräch entwickeln kann – der Finanzausgleich steht nicht auf der Tagesordnung –, wobei sich keine großen Differenzen ergeben werden. Unsere erste Steuerreform im Jahre 1953⁸⁶ hatte einen Wegfall der Steuervergünstigungen aus Gründen der Gerechtigkeit zum Ziel, desgleichen eine Vereinfachung der Steuergesetze. Es waren damals ungefähr, auf die Dauer berechnet, 600 Millionen DM. Bei der Wahl am 6. September haben wir den Wählern folgendes versprochen: 1. die finanzielle Ordnung im Haushalt und eine stabile Währung, 2. die notwendigen Ausgaben zu leisten und 3. eine Steuererleichterung durchzuführen.

Wir haben diese Versprechen eigentlich sehr rasch gehalten. Wir hatten es im vorigen Jahre nicht leicht. Im allgemeinen geht ein Finanzminister an Steuersenkungen nur dann heran, wenn er Überschüsse hat. Wir aber sind an die Steuersenkung herangegangen in einer Zeit, als wir Fehlbeträge hatten. Ich habe damals geschätzt, das Jahr 1953 werde insgesamt mit einem Fehlbetrag von etwa 1.500 Millionen DM abschließen. Ich habe heute die endgültigen Ziffern erhalten. Es sind genau 1.640 Millionen DM Fehlbetrag, den wir im Jahre 1953/54 haben. (*Wuermeling*: Einschließlich der früheren Jahre?) Ja, der sich im Jahre 1954 wahrscheinlich erhöhen wird! Das ist die Situation. Wir haben trotzdem eine Steuersenkung vorgeschlagen, die für Bund und Länder einen weiteren Ausfall ohne Rücksicht auf die Steuervergünstigungen von 2.400 Millionen DM bedeutet. Damit es verständlicher wird, darf ich einmal erklären, wie die Steuerentlastung in den einzelnen Schichten aussieht. Ich vergleiche mit dem Jahr 1951 und fange oben an.

Ein Steuerpflichtiger, verheiratet, mit einem Kind, der im Jahre 1951 1 Million DM jährlich Einkommen hatte, bezahlte DM 798.400,-. Das ist sehr viel, aber weniger als in den Vereinigten Staaten. Er zahlt nach der Regierungsvorlage DM 548.612,-. Er spart also rd. DM 250.000,-. Das sind 25 % seines Einkommens. (*Adenauer*: Wieviel Zensiten von dieser Beschaffenheit gibt es?) Wieviel Zensiten von dieser Beschaffenheit erheben heute das große Geschrei in der Öffentlichkeit? (*Adenauer*: Das ist keine Antwort! Es würde mich wirklich interessieren, nicht nur wegen der Finanzreform, wieviel Leute heutzutage 1 Million DM Einkommen haben!) Das sind alle großen persönlichen Unternehmer. (*Kiesinger*: Professor Dr. Nöll von der Nahmer⁸⁷ hat in der „Frankfurter Allgemeinen“ jüngst einen langen Aufsatz mit statistischem Material darüber veröffentlicht. Ich habe die Zahl nicht im Kopf.)

⁸⁶ Vgl. dazu die Ausführungen Schäffers in PROTOKOLLE 1 S. 381–385.

⁸⁷ Dr. Robert Philipp Nöll von der Nahmer (1899–1986), Professor für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaften, 1949–1953 MdB (FDP). – Artikel „Verschwundene Millionen. Einige Betrachtungen über das Ende großer Privatvermögen und Einkommen“ in FAZ vom 4. September 1954.

Jemand mit DM 500.000,- Einkommen hat im Jahre 1951 bezahlt DM 398.400,-, er zahlt nach der Regierungsvorlage DM 264.700,-, spart also DM 133.700,-.

Wer DM 250.000,- Einkommen hatte, bezahlte 1951 DM 184.415,-, nach der Regierungsvorlage zahlt er DM 116.000,-. Er spart also DM 68.500,-, also auch 25 % des Einkommens.

Bei DM 100.000,-: Im Jahre 1951 DM 57.215,-, jetzt DM 38.343,-, eine Ersparnis von DM 18.900,-, das sind ungefähr 19 %.

Jetzt fangen wir unten an. Die Steuerpflicht beginnt bei einem Einkommen von DM 3.000,-, wobei die Werbungskosten und Sonderausgaben noch nicht abgezogen sind. Dazu kommen noch DM 936,-. Das sind die Werbungskosten. Es muß also jemand DM 3.937,- Einkommen haben, um überhaupt steuerpflichtig zu werden. Er hat 1951 bezahlt DM 65,-, jetzt zahlt er nichts mehr.

		Steuer 1951	jetzt	Ersparnis
		DM	DM	%
Einkommen von DM	4.000,-	165,-	58,-	65
Einkommen von DM	6.000,-	565,-	388,-	31,3
Einkommen von DM	10.000,-	1.865,-	1.316,-	29,4
Einkommen von DM	20.000,-	6.315,-	4.321,-	31,6
Einkommen von DM	30.000,-	11.215,-	7.849,-	30

Das ist das, was Bund und Länder zusammen als Steuergeschenk geben. (*Zuruf:* Ist kein Geschenk!) Ich darf als Meinung aller annehmen, daß dabei die finanzielle Ordnung aufrechterhalten werden muß. Ich darf weiter als Meinung annehmen – ich habe zu Protokoll eine Erklärung im Kabinett abgegeben –, daß die Bundesregierung und der Bundesfinanzminister dabei bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen sind; denn es ist nicht so, daß die Bundesregierung bewußt ein Gesetz vorlegen will, das noch ergänzungsbedürftig ist, sondern ich betrachte es als Aufgabe der Bundesregierung, daß sie das bestmögliche und weitestgehende Gesetz von vornherein vorlegt. (*Adenauer:* Das geht etwas weit!) So ist im großen und ganzen die Situation. Gegen das Prinzip der finanziellen Ordnung hat sich damals niemand gewendet. Das ist erst in der letzten Zeit geschehen. Dann wurde gesagt – der Kollege Erhard in Frankfurt –, der Bund habe 11 Milliarden DM Kassenguthaben. Ich habe mich damals sehr heftig dagegen gewehrt und in der Öffentlichkeit gesprochen. Dabei habe ich den Monatsbericht der Bank Deutscher Länder vom 10. Februar bekanntgegeben und darauf hingewiesen, daß die Bank Deutscher Länder im Februar 1953 eine genaue Aufgliederung dieser Kassenguthaben gegeben hat, wobei festgestellt wurde, daß die Sozialversicherungsanstalten ein großes Kassenguthaben haben, daß aber nichts dagegen gesagt werden kann, weil die Sozialversicherungsanstalten das verlorene Kapital ansammeln müssen. Der größte Überschuß war bei den Gemeinden. Die Bank Deutscher Länder hat mit Recht darauf hingewiesen, daß in den Überschüssen Hunderte von Millionen für Wohnungsbau, Ausgleichsfonds usw. stecken, die nicht verbaut werden können, die aber rechtzeitig zur Verplanung wenigstens zugewiesen

sind. Es wurde damals festgestellt, daß der Bund ein Kassenguthaben hat, von dem die schwebenden Schulden wieder abzuziehen sind, und daß dieses Guthaben weniger ist als der Überhang an Besatzungskosten, den der Bund nach menschlicher Voraussicht in absehbarer Zeit bezahlen muß.

Zweitens wurde gesagt, wenn die Kassenguthaben nicht da sind und wenn die finanzielle Ordnung aufrechterhalten werden soll, dann hätte der Finanzminister das Recht, wenn seine Rechnungen stimmten. Vom Institut für Finanzen und Steuern wurden die Rechnungen bestritten. Ich habe mich mit einer Lammsgeduld – es war schon eine Schafsgeduld – mit den Herren des Instituts für Finanzen und Steuern unterhalten. Sie verstanden wirtschaftspolitisch etwas, aber wir konnten nachweisen, daß sie von den Steuern weniger verstehen und daß sie einen maßgebenden Punkt übersehen hatten; sie mußten wissen, daß im Jahre 1953 die Nachzahlungen aufgrund der Koreakrise im Jahre 1951, wo sich die Gewinne angehäuft haben, außerordentlich groß gewesen sind. Wir haben damals 39 % der Steuersumme an Nachzahlungen gehabt, während wir in normalen Jahren zwischen 10 und 20 % Nachzahlungen haben.

Wir haben dann wegen des § 10⁸⁸ neue Sitzungen gehabt und Erhebungen bei Sparkassen und Banken vorgenommen. Während sie zuerst gesagt hatten, die Reserven seien 1.560 Millionen DM, haben sie sich dann zu einer zweiten Erklärung herbeigelassen, die lautete, die Reserven seien ihrer Meinung nach – vom Finanzministerium ausdrücklich noch bestritten – mehrere hundert Millionen DM, sie müßten aber zugeben, daß viele hundert Millionen DM durch die Anträge im Deutschen Bundestag bereits verbraucht seien. Es war insbesondere die Frage der Umsatzsteuererhöhung, die im Bundesrat abgelehnt worden war. Diese Erklärung des Instituts für Finanzen und Steuern wurde in der Öffentlichkeit sehr spärlich gebracht. Ich mußte, als Presseleute zu mir kamen, auf diese Erklärung hinweisen. Daraufhin waren die Herren verärgert; sie haben eine neue Rechnung gemacht, und zwar haben sie 2.000 Millionen Reserven ausgerechnet.

Wenn also ein Institut zuerst sagt 1.560 Millionen DM, dann mehrere hundert Millionen DM, dann aber – weil es verärgert ist – erklärt, es seien 2.000 Millionen DM, dann kann ich das Institut nicht ernst nehmen.

Dann sind wir in die Debatte als solche eingetreten. Ich stimme dem Herrn Bundeskanzler völlig zu, wenn die politischen Parteien politisch gedacht hätten, dann hätten sie die Steuerreform sofort gemacht und gesagt, jetzt warten wir das Haushaltsjahr ab, und wenn das nächste Haushaltsjahr günstig abschließt, dann machen wir eine zweite.

Ich will Ihnen vom letzten Stand der Steuerreform berichten. Ich hatte zunächst 34 Abänderungsanträge, die zusammen über 5 Milliarden ausmachten. Ich habe dann mit großer Geduld, die auch schließlich begrenzt ist, mit den Herren gesprochen. Ich habe mich geeinigt mit Wellhausen und mit den Herren unserer Fraktion und

⁸⁸ § 10 des Länderfinanzausgleichsgesetzes vom 26. Juni 1953 (BGBl I S. 446) behandelt den Vollzug des Finanzausgleichs während des Ausgleichsjahres.

habe in einer Sitzung des Finanz- und Steuerausschusses den Mitgliedern dieses Kompromiß vorgeschlagen. (*Zuruf: Irrtum!*) Dieses Kompromiß ging dahin, durch den Wegfall der Umsatzsteuer eine Steuersenkung um 350 Millionen DM herbeizuführen, 200 Millionen DM zu Lasten des Bundes und den Rest zu Lasten der Länder. Meine Herren Kabinettskollegen haben das Vergnügen gehabt, mit mir die Haushaltsberatung durchzuführen. Es hat mich ziemlich viel Nervenkraft gekostet.

Ich darf ein Wort zum Bruttosozialprodukt sagen, und zwar deshalb, weil es das Steuererträgnis beeinflusst. Meine Isteinnahmen lagen nach den ersten fünf Monaten 820 Millionen DM unter den Schätzungen. Im September haben wir diesen großen Einkommensteuertermin, der sozusagen die Einnahmen von drei Monaten vorausnimmt. Im Oktober ist die Differenz auf 563 Millionen DM zusammengeschmolzen. Ich bemerke, daß die Einkommensteuer nur für meinen Bundesanteil noch um mehr als 300 Millionen DM unter meinen Schätzungen liegt; sie wird am Ende des Jahres mindestens um 400 bis 500 Millionen DM unter meinen Schätzungen bleiben. Das kann man heute mit mathematischer Sicherheit voraussagen. Das ist für das Jahr 1954. Für das Jahr 1955 haben wir schon im Kabinett einen Arbeitsausschuß, der nicht unter der Leitung des Finanzministeriums, sondern unter der Leitung des Wirtschaftsministeriums steht. Dieser Arbeitsausschuß hat für das Jahr 1955/56 Berechnungen angestellt. Er kam zu einem Bruttosozialproduktzuwachs für das nächste Jahr auf etwa 5,5 %. Das Bundeswirtschaftsministerium hat seinen Schätzungen zugrunde gelegt einen Bruttosozialproduktzuwachs von 5 bis 5,5 % gegenüber dem Jahre 1954, also die gleiche Summe, auf die – unabhängig davon – der Ausschuß für volkswirtschaftliche Tendenzen gekommen ist. Das ist die Situation, von der man ausgehen muß. Die Steuerschätzungen des Jahres 1953 weichen von dem Istergebnis um 0,2 % ab, wenn ich die Verbrauchsteuer, die die Bundesbahn nicht bezahlt – was wir von vornherein gewußt haben –, abziehe. Ich glaube, an Genauigkeit sind diese Schätzungen nicht zu übertreffen. Ich hoffe, daß das, was in den vergangenen fünf Jahren der Fall gewesen ist, sich auch im sechsten Jahr wiederholen wird und meine Steuerschätzungen, die ich aus einer Notlage des Haushalts heraus bis an die oberste Grenze neuerdings getrieben habe, eingehalten werden.

Jetzt kommt die neue Situation. Nach der Londoner Konferenz haben wir den Verteidigungsbeitrag zu bezahlen. Wir werden in den ersten zwei Abschnitten bis zum Ende des Besatzungsstatuts ähnlich zahlen wie bisher, nämlich 600 Millionen DM an Besatzungskosten. Aber die Frage des Überhangs bleibt. Ich hoffe, daß der Überhang nicht weiter wächst. Der Überhang an rückständigen Besatzungskosten beträgt heute 3,7 Milliarden DM. Ich habe Anfang Oktober infolge des großen Steuerzahlungstermins eine sehr günstige Kasse gehabt mit 2,7 Milliarden DM. Im November werden es höchstens noch 2,5 Milliarden DM sein. Ich muß in diesem Monat voraussichtlich allein 200 Millionen DM mehr ausgeben, als ich in diesem Monat an Einnahmen erwarten kann. Ich muß rechnen, daß der Überhang an Besatzungskosten mit ungefähr 1.000 bis 1.200 Millionen DM größer ist als meine Kasse. Der Überhang muß abgeschlossen werden bis zum zwölften Monat nach dem Tag

des Inkrafttretens. Ich muß damit rechnen, daß ich im Rechnungsjahr 1955 neben den sonstigen Leistungen den Überhang abzulösen habe. Dann bin ich mit 1.200 Millionen DM im kurzfristigen Debet. Sie werden hören warum.

Blank und ich, wir haben seinerzeit für das erste Rüstungsjahr 8 Milliarden DM ausgerechnet. Es bleiben 5,8 Milliarden DM. Aber diese 5,8 plus 3,2 Milliarden DM für sogenannte Stabilisierungskosten werden verbraucht. Infolgedessen wird es sich ergeben, daß ich nicht mehr wie bisher gemäß § 75 Satz 2 der Reichshaushaltsordnung die überschüssigen Einnahmen des ordentlichen Haushalts zur Verminderung des Anleihebedarfs – d.h. zur Bezahlung des außerordentlichen Haushalts – verwenden kann, sondern daß ich im nächsten Jahre den ganzen außerordentlichen Haushalt decken muß mit möglichst langfristigen Anleihen auf dem Kapitalmarkt. Das sind 1.500 Millionen DM. Ich hoffe, daß es möglich sein wird. Aber es wird das Äußerste sein, was möglich ist. Daneben kommen die Anleihen zur Umsiedlung, zum Lastenausgleich usw. Die Bundesanleihe wird allein 1.500 Millionen DM betragen müssen.

Dann kommt der Überhang an Besatzungskosten, den ich nicht langfristig decken kann, sondern den ich kurzfristig nehmen muß. Wenn ich ihn auf meinen Kreditplafond nehme, dann ist mein ganzer Kreditplafond 1.500 Millionen DM. Wenn ich 300 Millionen DM Rest habe, ist das bei einem Etat von 27 Milliarden DM der Bedarf von drei Tagen. Wenn man mit dieser Erkenntnis in das nächste Jahr hineingeht, dann gehören Nerven dazu, um die Arbeit überhaupt zu übernehmen. Den Betrieb in Deutschland möchte ich kennen, der mit einem Bereitschaftskredit für drei Tage in ein neues Wirtschaftsjahr hineingeht!

Ich habe, als ich mein Amt übernahm, dem Herrn Bundeskanzler erklärt, eine Politik der Steuersenkung läßt sich überhaupt nur durchführen, wenn die Ausgabenpolitik dieser Steuersenkungspolitik Rechnung trägt, d.h., wenn die Koalitionsparteien, die die Verantwortung tragen, in ihrer Ausgabenpolitik nicht die Berechnungen des Finanzministers über den Haufen werfen. Ich habe heute im Deutschen Bundestag Anträge von mehr als 2 Milliarden DM; einer ist schon erwähnt worden, nämlich der auf Erhöhung der Grundrenten. Die FDP beginnt, die Opposition steigert, einzelne Leute aus der CDU/CSU übersteigern die Opposition, und dann kommt eine kleine Gruppe, der BHE, und übersteigert alle, so daß 885 Millionen DM daraus geworden sind.

Wir haben das Altrentengesetz. Jeder im Kabinett weiß, wie schwer die Dinge durch das Altrentengesetz für den Haushalt schon geworden sind. Es würde wieder erweitert werden durch den Wegfall der Altersgrenze. Das würden 200 Millionen DM ausmachen. Der Antrag auf Weihnachtsbeihilfe⁸⁹ bedeutet allein 255 Millionen DM,

⁸⁹ Entwurf des BHE über Weihnachtsbeihilfen für Bedürftige (BT-Drs. 798) sowie SPD-Antrag BT-Drs. 845 (vgl. Sten.Ber. 2.WP Bd.21 S. 2418–2421). Die DP zog am 12. Oktober 1954 ihren Antrag (BT-Drs. 805) zurück (vgl. Sten.Ber. 2.WP Bd.21 S. 2323).

von den Anträgen „Küstenschutz für Niedersachsen“⁹⁰ mit 1.400 Millionen DM auf 10 Jahre usw. will ich gar nicht reden. Es sind über 2.000 Millionen DM.

Ich muß Ihnen erklären, ich kann mir einen ehrlichen Finanzminister, der die Aufgabe erfüllt, ohne Geldschöpfung mit ordentlichen Mitteln die Wiederaufrüstung zu finanzieren, eine Steuersenkung im vorgesehenen Ausmaß durchzuführen und daneben 2.000 Millionen DM Ausgaben zu übernehmen, nicht denken. Das halte ich für eine unlösbare Aufgabe. Man soll doch dem Finanzminister nicht zumuten, daß er wartet, bis er wegen der Grundrentenerhöhung oder des Altrentengesetzes erklären muß: Jetzt habe ich kein Geld mehr, ich muß gehen, und zwar als ein Gegner der Kriegsversehrten oder der Altrentner. So töricht wird einer, der durch die politische Schule gegangen ist, nicht sein.

Jetzt kommt die Steuerreform. Ich hatte die Vereinbarung getroffen, die Koalitionsparteien sollten sich an diese Ausweitung mit 350 Millionen DM insgesamt halten. Als wir damals auseinandergingen, hat Herr Wellhausen ausdrücklich der Ergänzungsabgabe zugestimmt und erklärt, er müsse sich vorbehalten, den Antrag mit 2,5 % zu stellen. Ich habe geantwortet, wenn er das für den einzelnen nachrechne, dann bedeute es nichts, der Antrag Wellhausen bedeutete aber insgesamt 650 Millionen DM. Der Antrag Miessner⁹¹ mit dem Freibetrag der Lohn- und Gehaltsempfänger mit 5 % oder DM 600,- mehr oder ohne prozentuale Begrenzung bis DM 240,- bedeutet im geringsten Falle weitere 400 Millionen DM. Das sind zusammen über 1.000 Millionen DM.

Wenn die Ergänzungsabgabe wegfielen, brächte mich das im nächsten Jahre in einen Konflikt mit den Ländern, den ich auch aus Gewissensgründen, abgesehen von meiner grundsätzlichen Einstellung, nicht durchhalten kann. Ich müßte im nächsten Jahre weit mehr als 40 % Bundesanteil von den Ländern verlangen. Bei der derzeitigen Leistungskraft der Länder ist das ganz ausgeschlossen. Mein Freund Altmeier würde mir sagen, das ist eine unmögliche Sache. Ich muß der Bundesbahn, die uns einen Wirtschaftsplan mit 810 Millionen DM Fehlbetrag vorlegt, wenigstens 200 Millionen DM neue Mittel aus dem Bundeshaushalt geben. Wenn das Kabinett die 200 Millionen DM streicht, dann brauche ich keine Ergänzungsabgabe. Ich habe sie vorläufig vorgesehen mit 1,5 %. Das ist nicht viel, aber es war ein anderer Weg nicht möglich. Ich bitte zu überlegen, soll ich bei einer Ergänzungsabgabe, die ich auf dem kleinsten Maß halte, eine Steuersenkung vertreten, die mich zwingt, die Ergänzungsabgabe um einige Prozent zu erhöhen, um den Ausgleich wiederzufinden? Ich würde also dem Steuerzahler im Jahre 1954 eine Steuersenkung versprechen in dem Bewußtsein,

90 Antrag auf Aufstellung eines Zehnjahresplans zur Sicherung der Deiche und Sielanlagen und Förderung der Landgewinnungsarbeiten (BT-Drs. 736 – Sten.Ber. 2.WP Bd.21 S. 2410–2416).

91 Dr. Herwart Miessner (geb. 1911), 1949–1957 und 1959–1969 MdB (DRP/NR, ab Dezember 1950 FDP). – Die unterschiedlichen, während der Diskussion z.T. zusammengeführten Änderungsanträge als Umdrucke in Sten.Ber. 2.WP Bd.22 S. 2700–2706.

daß ich spätestens im Frühjahr 1955 eine Erhöhung der Ergänzungsabgabe bringen muß. Das ist der innere Grund, warum ich immer so gewarnt habe, einfach die Forderung aufzustellen: 500 Millionen DM Steuersenkung müssen noch kommen.

Herr Altmeier, als Präsident des Bundesrates, und verschiedene Ministerpräsidenten haben sich an die Fraktion gewandt und auf die Unmöglichkeit einer weiteren Ausweitung vom Länderstandpunkt aus hingewiesen. Wir haben diese Koalitionsbesprechung gehabt, wo wir uns über das, was jetzt zu tun ist, unterhalten haben. Ich möchte mich darauf beschränken, konkrete Vorschläge zu machen. Wir haben in der letzten Sitzung am Freitag im Finanz- und Steuerausschuß folgendes Bild gehabt: Die CSU-Mitglieder mußten zum Parteitag nach Nürnberg. Es ist üblich, daß, wenn eine Partei ihren Parteitag abhält, ohne weiteres darauf Rücksicht genommen wird. Wellhausen wollte in diesem Falle von der Übung abweichen und eine Abstimmung erzwingen. Die SPD ist es gewesen, die darauf hingewiesen hat, daß dieses Vorgehen neuartig und nicht fair sei.

Daraufhin ist dann durch Herrn von Brentano, wofür ich ihm danke, wenigstens diese Abstimmung vermieden worden. Die CDU hat sich bereit erklärt, auf den Parteitag Rücksicht zu nehmen. (*Zuruf*: Wir haben das vorher getan!) Ich bitte Sie, mich nicht zu unterbrechen. Die SPD hat gesagt, es solle nicht abgestimmt werden. Es kam dann der Antrag Neuburger, der auf 500 Millionen DM Senkung hinausgeht, und zwar mit der Klausel, damit solle alles abgelöst werden. Die Antwort von Wellhausen ist gewesen, daß ich drei Anträge bekam:

1. den Antrag einer prozentualen Senkung bis zur Spitze. Das kostet 650 Millionen DM;
2. den Antrag – weil sich das Inkrafttreten verzögert hat –, im ersten Vierteljahr 1955 einen besonderen Bonus zu geben, der also dem Steuerzahler gewissermaßen einen Steuernachlaß gibt unter der Annahme, daß das Gesetz am 1. Oktober in Kraft getreten wäre. Das ist wesentlich für die Länderhaushalte, weil diese damit plötzlich über den Haufen geworfen würden;
3. kam der Vorschlag, die Ergänzungsabgabe grundsätzlich abzulehnen.

Dann kam Herr Miessner, der erklärt hat, er denke daran, daß er seinen Antrag wiederhole. Dann haben die SPD-Leute – auch der Herr Raestrup⁹² kam mit einem Antrag – erklärt, bei dieser Situation würden sie weitere Anträge bringen. Morgen soll um 9.30 Uhr der Finanz- und Steuerausschuß in die Beratungen eintreten. Wenn morgen Anträge gestellt werden, dann ist die Geschichte unwiderruflich. Gestellte Anträge können praktisch nicht mehr von einer Partei zurückgezogen werden. Ich sehe der Sitzung mit allergrößter Sorge entgegen. Man muß sich darüber klar sein, daß diese Anträge und ihre Behandlung für unsere gesamte Partei von entscheidender

92 Bernhard Raestrup (1880–1959), vor 1933 Zentrum (1931 Vorsitzender des Provinzialverbands Westfalen und des engeren Reichsvorstands), 1932 Mitglied des Preußischen Landtages, 1945 CDU, 1949–1957 MdB. – Antrag betr. Rückerstattung aus dem Investitionshilfe-Aufkommen (BT-Drs. 676 – Sten.Ber. 2.WP Bd.21 S. 2442–2550).

Bedeutung sein können. Ich habe – leider ohne Erfolg – seit Wochen darum gebeten, mit den verantwortlichen Personen in der Fraktion über diese Fragen zu sprechen, damit die Fraktion weiß, um welche Entscheidung es geht. Ich möchte heute mit allem Ernst sagen, ich halte es für unbedingt notwendig, daß morgen keine Anträge gestellt werden, sondern daß erklärt wird, wir haben uns die Dinge überlegt, wir hoffen eine Lösung zu finden, wir haben dazu die Zustimmung der gesamten Fraktion, die bisher nicht einzuholen war, und werden infolgedessen alle weitergehenden Abänderungsanträge ablehnen.

Ich bin am Freitag sehr unbefriedigt fortgegangen. Aber in dem Bemühen, die Dinge noch zu retten, habe ich mit meinen Herren die gesamte Situation besprochen und gesagt, ich schreibe einmal an irgendein Mitglied des Finanzausschusses einen Brief, den ich auch an den Vorsitzenden der CDU-Fraktion und an den Obmann der CSU-Landesgruppe schicke, damit man weiß, wo der Finanzminister auf dem Gebiet der Steuerreform noch einen Ausweg sieht. Der Vorschlag geht dahin: Wenn die Fraktion – was ich an sich nicht empfehle – an dieser weiteren Ausweitung des Tarifs mit einem Ausfall von 500 Millionen DM festhalten will, muß ein Weg gesucht werden, um diesem 500-Millionen-Ausfall eine Verbesserung von 500 Millionen DM gegenüberzustellen. Ich sehe dazu folgenden Weg: Ich habe mit dem Wirtschaftsminister schon vor einem halben Jahr darüber gesprochen. Die sogenannte Exportförderungsabgabe auf dem Gebiete der Ertragsteuer soll nicht, wie vorgesehen, im Dezember 1955, sondern schon im Dezember 1954 auslaufen. Die Exportförderungsabgabe allein auf dem Gebiete der Ertragsteuer kostet jährlich 350 Millionen DM. Wenn man sie ein Jahr früher auslaufen ließe, hätte man wenigstens für das nächste Jahr eine Verbesserung von 350 Millionen DM, wovon der Mittelstand, um den es ja geht, bestimmt nicht betroffen würde. Wenn man sich darauf beschränkt, nicht die Exportförderungsabgabe als solche ablaufen zu lassen, sondern nur die Neubildung von Rücklagen entsprechend dem für das Jahr 1955 zu erwartenden Export, dann würde etwa die Hälfte, d.h. 170 Millionen DM, gespart.

Ich halte die Spaltung des Körperschaftsteuersatzes für nicht berechtigt, sondern unter dem Standpunkt des Verhältnisses persönlicher Unternehmer/anonyme Körperschaft als eine Bevorzugung der anonymen Körperschaft. Ich halte den Grund, warum sie seinerzeit eingeführt worden ist, für völlig überholt. In einer Zeit, wo in den Berichten der Gesellschaften von 8 bis 9 % im Monat die Rede ist, ist eine weitere Erhöhung der Dividenden wirklich nicht mehr zu vertreten. Deswegen sollte man sich damit abfinden, den gezahlten Körperschaftsteuersatz aufzuheben, und es bei dem normalen Satz von 45 % belassen. Das würde eine Ersparnis von 120 Millionen DM sein. Das wären also 170 und 120 = 290 Millionen DM.

Außerdem haben wir im Ausschuß Dinge beschlossen, die wirklich nicht notwendig sind, z.B. der Freibetrag für Leute, die über 70 Jahre alt sind. Das ist ein besonderes Steckenpferd von Herrn Wellhausen. 30 Millionen DM könnte man ruhig wegfallen lassen. Die Steuerfreiheit des Zuschlages für Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit könnte auch wegfallen. Das wären auch 30 Millionen DM. Dann sollte es

bei der Ehegattenbesteuerung nach der Regierungsvorlage bleiben. Das wären auch 30 Millionen DM, zusammen also 90 Millionen DM. Somit wäre das Gleichgewicht wiederhergestellt.

Das sind meine Vorschläge. Hierüber soll man die Fraktion entscheiden lassen. Dann müßte man jede Antragstellung unterlassen mit der Erklärung, daß man für die geplanten Anträge Neuburger – wenn ich so sagen darf – die Fraktionszustimmung erhoffe. Für die zweite Lesung im Plenum muß man sich mit den Koalitionsparteien bindend geeinigt haben. Die beiden Anträge zur Erhöhung der Grundrenten stehen am nächsten Freitag im Plenum an. Es wäre nötig, sich über die Behandlung dieser Anträge bis zum Freitag mit den Koalitionsparteien zu einigen.

Ich würde es begrüßen, wenn der Antrag auf Geschäftsordnungsänderung noch in diesen Tagen mit der Unterschrift aller Koalitionsparteien eingebracht würde. Dann wäre ein Riegel für die Zukunft vorgeschoben. Es besteht kein Hindernis, die Überweisung an irgendeinen Ausschuß so zu handhaben, als ob diese Geschäftsordnungsänderung schon bestünde. Dann wäre das Schlimmste für die Zukunft vermieden. Ich glaube, daß wir mit den Koalitionsparteien nur zu Rande kommen, wenn wir in dieser Frage sehr klar und sehr entschlossen sprechen.

Adenauer: Ich möchte einige Bemerkungen machen. Ich hoffe, die Atmosphäre zum Teil etwas entgiften zu können. Zunächst übersehen Sie vollkommen, Herr Kollege Schäffer, daß es noch eine Bundesregierung gibt; wenn Sie den Fraktionsvorsitzenden der CDU und CSU Ihre Vorschläge zuschicken, dann wäre es wohl richtig gewesen, wenn Sie gleichzeitig den Kabinettsmitgliedern und mir diese Sachen hätten zugehen lassen, damit ich nicht erst am Samstag abend unterrichtet werde von Herrn Krone über das, was vor sich geht. Ich habe als Bundeskanzler und Chef der Regierung ein Recht, in so wichtigen Dingen unterrichtet zu werden.

Ich bitte die Herren, bei der Diskussion – es handelt sich um eine höchst politische Angelegenheit – die Frage der Kassenwahrung vollkommen außer Betracht zu lassen. Das hat hiermit nichts zu tun und verwirrt nur die ganze Situation. Ich bitte Sie, auch nicht vom Überhang zu sprechen. Darüber wird bei anderer Gelegenheit sehr ernst zu sprechen sein.

Weiter muß ich sagen, daß es mir nur mit größter Mühe gelungen ist, Herr Schäffer, eine Versammlungswelle gegen Sie hintanzuhalten. Ich weiß nicht, ob Sie es wissen; ich weiß nicht, ob Sie wissen, daß der ganze gewerbliche Mittelstand gegen Sie große Versammlungen machen wollte, so daß ein Trend gegen Sie entstanden wäre in der öffentlichen Meinung, dem Sie einfach nicht hätten standhalten können. Am Freitag abend sind bei mir gewesen die Herren Spennrath, Pferdenges und Berg⁹³ und haben mir die ernstesten Vorstellungen namens der Wirtschaft gegen Sie gemacht, gegen Ihre Behandlung der ganzen Steuervorlage. Man kann, glaube ich, diese drei Herren nicht als Interessentenvertreter bezeichnen. Daß diese Herren das

93 Fritz Berg (1901–1979), 1949–1971 Präsident des BDI.

allgemeine Interesse voranstellen, kann man annehmen. Man sollte also in solchen Fällen fragen, wo liegt die Schuld, habe ich die Schuld oder wer?

Ich glaube, Herr Kollege Schäffer, daß die Darstellung nicht vollständig ist, wenn Sie nicht gleichzeitig sagen, daß bei den Verhandlungen, die am Freitag gewesen sind, die Grundlage war, daß diese ganzen Anträge von Wellhausen, Miessner und auch von unseren Leuten aus dem Mittelstand wegfallen sollen. Damit hier kein falscher Eindruck entsteht – ich weiß nicht, ob Sie das aus den Ausführungen von Herrn Pferdmenes entnommen haben –, möchte ich noch folgendes sagen: Was die Herren jetzt noch wünschen, bezieht sich nicht auf die Leute, die eine Million oder DM 500.000,- oder DM 100.000,- Einkommen haben, sondern auf diejenigen, die DM 35.000,- und weniger haben; es bezieht sich also auf den Mittelstand.

Soweit ich die Sache beherrsche, handelt es sich jetzt nur darum. Ich weiß, die Steuernachlässe sind groß. Das wird allgemein anerkannt. Es wird auch von den Herren anerkannt, daß es ein Risiko von Ihnen ist. Es wird von den Herren weiter anerkannt – wenn es auch nicht ausdrücklich gesagt wird –, daß es richtiger gewesen wäre, diese Vorlage anzunehmen und dann zu sagen, wir kommen später auf die Geschichte zurück.

Jetzt handelt es sich nur darum – eventuell bitte ich die Herren Pferdmenes und Neuburger, mich zu korrigieren –, ob man bei den Einkommen von DM 35.000,- abwärts mehr tun kann, als bisher vorgesehen ist. Das ist die Frage, um die es sich handelt. Daß das an sich wünschenswert ist, darüber brauchen wir kein Wort zu verlieren. Die Frage ist, ob es geht und die Deckung geschaffen werden kann. Die 30 Millionen bei den Leuten über 70 Jahren wegfallen zu lassen, finde ich sehr unschön. Ich würde unbedingt dagegen sein. Darüber kann man aber in Ruhe sprechen.

Ich habe Sie genau beobachtet eben, Herr Schäffer, und gesehen, wie ergrimmt Sie waren. Herr Neuburger war mindestens von solchem Grimm erfüllt wie Sie. Er bekam einen ganz roten Kopf, so hat er sich geärgert. Wir wollen das jetzt nicht zum Ausdruck kommen lassen. Ich hoffe, daß sich, wenn wir in der Sache einig werden, die Gelegenheit ergibt, diese Geschichte aus der Welt zu schaffen. Da liegt gewöhnlich die Schuld auf beiden Seiten, und ob zu 50 und 50 %, das ist gleichgültig, aber in der Sache selbst müssen wir zu einer Verständigung kommen. Es ist schlechterdings unmöglich, daß sich nun zwischen dem Bundesfinanzminister aus diesem Kabinett und aus unserer Schwesterpartei und unseren führenden Leuten auf dem Gebiet auf der anderen Seite ein solcher Gegensatz, wie er sich leider Gottes entwickelt hat, aufbaut. Ich weiß nicht, wer zuerst antworten will!

Schäffer: Ich habe ruhig und sachlich gesprochen und konkrete Vorschläge gemacht. Es sind zwei Anträge, der Antrag Wellhausen, der bis zur obersten Spitze geht – den ich für unmöglich halte –, und der Antrag Neuburger, von dem ich weiß, daß er bis zu DM 40.000,- oder DM 35.000,- gehen will. Ich habe zum Antrag Neuburger gesagt, ich wäre bereit, ihm zuzustimmen, wenn auf der Gegenseite meine Vorschläge akzeptiert würden. Ich halte diese Lösung für so wichtig, daß die Fraktion darüber entscheiden soll.

Adenauer: Sie haben nicht gesagt, daß Herr Wellhausen bereit war, diesen Antrag nicht zu stellen, wenn dem Antrag Neuburger stattgegeben würde.

Schäffer: Entschuldigen Sie, das konnte ich nicht sagen, weil im Finanz- und Steuerausschuß nach der Erklärung Neuburgers, bevor ich ein Wort gesprochen habe, Herr Wellhausen sofort mit seinem Antrag gekommen ist, den er jetzt am Rundfunk wiederholt hat.

Adenauer: Ich spreche von der Sitzung am Freitag vormittag. Da gingen die Herren davon aus; sie haben ausdrücklich erklärt, daß damit alle anderen Anträge erledigt sein sollten. Dem hat Herr Wellhausen nicht widersprochen. (*Schäffer:* Herr Wellhausen hat sich an diesem Freitag vormittag unmöglich benommen!) Das steht nicht zur Debatte, sondern wir sprechen von diesem Antrag. Herr Wellhausen hat dem nicht widersprochen. Ich wurde weggerufen, weil der türkische Ministerpräsident⁹⁴ da war. Mir war das vorher nicht mitgeteilt worden, daß ich längere Besprechungen hatte. Ich habe dann Herrn von Brentano gebeten, an meiner Stelle den Vorsitz bei der interfraktionellen Besprechung zu übernehmen. Nachher habe ich dann von dieser Geschichte gehört, die herausgekommen ist.

Und das gehört auch dazu: Herr Strauß hat mir darauf einen Brief geschrieben⁹⁵, in dem er unverhüllt droht, daß die drei Minister der CSU ihre Ämter niederlegen, wenn nicht das geschieht, was sie wollen. Das sind doch unmögliche Dinge!

Schäffer: Es ist schade, daß Sie den Brief erwähnen. Ich glaube, es wäre besser gewesen, wir hätten über den Brief unter vier Augen gesprochen, wie es der Herr Ministerpräsident Ehard gewünscht hat.

Adenauer: Den Brief habe ich nicht von Herrn Ehard, sondern von Herrn Bundesminister Strauß bekommen.

Schäffer: Herr Ehard hat Ihnen als Parteichef telegraphiert!

Adenauer: Wenn ein Bundesminister schreibt, wenn das nicht geschähe, dann würden die drei Mann austreten, so ist das eine Tatsache, an der ich nicht vorbeigehen kann. Versetzen Sie sich doch in meine Lage hinein!

Schäffer: Ich bitte Sie, sich in meine Lage zu versetzen. Ich kämpfe doch nicht um irgendeinen Vorteil, um ein Prestige. Ich kämpfe um eine Sache, weil ich der Überzeugung bin, daß mit diesen Koalitionswünschen nach der bisherigen Praxis unsere ganze Demokratie zum Teufel geht, und die Antwort ist, daß Sie mir Ihre persönliche Unzufriedenheit zum Ausdruck bringen!

Adenauer: Wieso meine persönliche Unzufriedenheit? Wann habe ich das getan?

Schäffer: Jetzt, in diesen Ihren Ausführungen!

Adenauer: Ich habe Verschiedenes klargestellt.

Schäffer: Gerade hier bei einer großen Korona!

94 Besuch einer türkischen Delegation unter Führung des türkischen Ministerpräsidenten Adnan Menderes vom 4. bis 9. Oktober 1954 in Bonn (Abschlußkommuniqué in AdG 1954 S. 4787). – Am 8. Oktober war ein Treffen für 10 Uhr anberaumt; vgl. Anm. 84.

95 Vgl. Anm. 39.

Adenauer: Wo soll ich es denn tun?

Schäffer: Mir gegenüber! Schon seit Wochen bemühe ich mich, mit Ihnen in eine Aussprache zu kommen.

Adenauer: Sie kommen einfach und sagen: Ich muß morgen eine Aussprache haben. Dann soll ich Ihnen zur Verfügung stehen. In der Kabinettsitzung habe ich doch diese ganze Frage der Steuerreform auf die Tagesordnung gesetzt. So lasse ich nicht mit der Bundesregierung und nicht mit dem Kabinett verfahren! Das Kabinett hat auch in den Sachen im allgemeinen ein Wort mitzusprechen.

Schäffer: Ich möchte wissen, wann ich das Kabinett übergangen habe. Wenn am Freitag abend in der Sitzung des Finanzausschusses diskutiert wird, wann ist die nächste Sitzung – und diese Sitzung ist entscheidend –, muß ich vorher mit den Mitgliedern des Ausschusses ins Benehmen treten!

Von Brentano: Ich will ein paar grundsätzliche Dinge sagen, weil wir uns das gegenseitig schuldig sind. Ich lege Wert auf diese Feststellung und hoffe, daß sie unser Freund Schäffer bestätigen wird. Wir waren sehr oft in sachlicher Diskussion ... Aber Sie werden nicht bestreiten, lieber Freund Schäffer, daß die Fraktion der CDU/CSU bisher nicht in einem einzigen Falle einen Antrag gestellt hat, ohne sich mit Ihnen abzustimmen, und daß die Fraktionsleitung sich mit äußerster Hartnäckigkeit bemüht hat, Ihnen Ihr hartes Handwerk zu erleichtern und in voller Loyalität mit Ihnen zu arbeiten.

Schäffer: Sie meinen es nett und gut. Ganz stimmt es nicht. Wenn ich eingegriffen hätte, wäre ein Unglück passiert. Wenn die Herren mit mir geredet hätten, wäre eine vernünftige Entschließung herausgekommen, die wir schon in der ersten Minute hätten haben können.

Von Brentano: Ich erinnere an den Ernteschädenantrag⁹⁶. Dieser Antrag ist gestellt worden von der Fraktion, als gesagt wurde, der Finanzminister ist einverstanden. (*Schäffer:* Was nicht wahr war!) Und in dem Moment, als wir hörten, daß das nicht wahr war, ist der Antrag zurückgestellt worden. Ich habe sofort bekanntgegeben, daß die Unterschrift nicht gilt. Ich glaube, loyaler kann ich nicht handeln.

Schäffer: Dagegen sage ich nichts. Wenn aber ein Fraktionskollege sagt, er habe mit mir gesprochen, und das ist nicht wahr, dann ist der Fraktionskollege nicht loyal.

Von Brentano: Ja, intra et extra muros peccatur! (*Schäffer:* Das wird dann immer gesagt!) Ich möchte Herrn Strickrodt sagen, von den Beschlüssen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses haben unsere Freunde im Finanzausschuß keine Kenntnis genommen, weil sie wußten, daß darüber keine Diskussion möglich war. Darüber ist nicht mit einem Wort gesprochen worden. Wir waren uns vollkommen darüber klar, daß selbstverständlich die Verantwortung – wie es Herr Strickrodt auch sagt – bei

⁹⁶ Antrag der CDU/CSU, SPD, FDP, GB/BHE, DP betr. Maßnahmen zur Milderung der Ernte- und Hochwasserschäden des Jahres 1954 (BT-Drs. 810; vgl. Sten.Ber. 2.WP Bd.21 S. 2033, 2187). Zur Diskussion in der CDU/CSU-Fraktion vgl. Sitzung vom 15. September 1954 (Fraktionsprotokolle S. 22ff. – ACDP VIII-001-1006/3).

der Fraktion liegt, aber in zwei Punkten bin ich anderer Meinung, als er nämlich sagt, daß die Fraktion diese Entscheidung durchziehen müsse. Ich bin nicht bereit, im Verhältnis zur Koalition weiterhin die Verantwortung auf die CDU/CSU zu laden und den Kollegen aus der Koalition zu gestatten, in freier Wildbahn zu jagen und auf unsere Kosten politische Geschäfte zu machen. (Schäffer: Sehr richtig!) Wir haben schon einige Fälle, wo wir den Kopf hingehalten und die Verantwortung getragen haben. Das gilt auch für die Mitglieder [der] Fraktion im Kabinett. Die Koalitionskollegen sind durch die Lande gezogen und haben die Verantwortung auf uns abgewälzt. Das ist doch vollkommen ausgeschlossen!

Zweitens meine ich, können wir diese Diskussion, die wir führen, nicht in dieser Weise vor die Fraktion bringen und eine Entscheidung herbeiführen. Lieber Freund Schäffer, seien Sie sich darüber klar, daß das notwendigerweise schiefgehen muß. Wir bräuchten drei Tage und drei Nächte bei einer Fraktion von 251 Mitgliedern, und die Abstimmung würde weder Ihnen noch mir Freude machen.

Wenn wir in einer so komplexen Situation nicht in einem kleinen Kreise einig werden und der Fraktion nicht sagen können, schließt euch an, dann zerschlagen wir alles. Es liegen noch verschiedene Anträge vor. Wenn das alles diskutiert wird – erlauben Sie mir das zu sagen –, dann werden von der CSU, auch von Ihrer getreuesten Leibgarde, Anträge zu erwarten sein, die Sie in Schrecken versetzen. Wir müssen versuchen, eine Klärung zu finden, und der Fraktion sagen, wir haben uns in einem Kreis verständigt. Und wenn wir einig sind mit dem Finanzminister, dann wird die Fraktion mitziehen, aber unter der Voraussetzung, daß die Koalition mitzieht.

Ich möchte nicht auf die Meinungsverschiedenheiten im einzelnen eingehen; denn erstens wäre ich Ihnen, lieber Freund Schäffer, nicht gewachsen, weil ich nicht mit einem so umfangreichen Zahlenmaterial aufwarten kann, und zweitens würde ich es nicht wagen, eine von Ihnen genannte Zahl anzugreifen, weil Sie dann böse werden. Ich kann nur folgendes sagen: Die Meinungsverschiedenheiten haben sich eigentlich nur noch bezogen, wenn ich sie im ganzen nehme, auf die Frage, ob die Schätzung über die Steigerung des Sozialprodukts unbedingt richtig ist oder ob nicht unter Berücksichtigung der tatsächlichen Entwicklung hier noch eine kleine Marge ist, die es Ihnen und uns erlaubt, etwas Zusätzliches zu tun in der Steuerreform.

Ich unterstreiche das, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat. Sicherlich hätten wir besser gehandelt, wenn wir dieses Gesetz so rasch wie möglich verabschiedet hätten, auch wenn der einzelne nicht einverstanden gewesen ist. So aber haben wir eine Flut von Wünschen ausgelöst, und das erleichtert die Entscheidung nicht. Wir wollen jetzt versuchen, so rasch wie möglich zu einem Ende zu kommen. Es hat niemand in der Fraktion zu Ihrer Amtsführung ein Mißtrauen geäußert, aber es ist darüber diskutiert worden, ob die Ausgaben über das Ordinarium laufen sollen oder ob nicht die Möglichkeit besteht, sie ins Extraordinarium zu übernehmen. Das enthält keine Kritik an der Sachlichkeit Ihrer Arbeit.

Was hat nun dazu geführt, daß wir den Vorschlag von Neuburger diskutiert haben? Es liegen mehrere Anträge vor. Sie haben vorhin gesagt, Herr Schäffer, daß Sie es als

Ihre Aufgabe betrachten, das bestmögliche und weitestgehende Gesetz vorzulegen. Ich glaube, Ihre parlamentarische Erfahrung in Bonn hat Ihnen gezeigt, daß es selten vorkommt, daß ein Parlament eine solche Vorlage unverändert annimmt. Ich hatte angenommen, daß Sie mit gewissen zusätzlichen Wünschen rechnen würden. Aber – sei dem, wie ihm sei – es sind Anträge gestellt worden, und es sind welche in Aussicht genommen.

Der Antrag wegen des 1. Oktober ... (*Zuruf*: Steht in der Regierungsvorlage!) Deswegen hatten die Länder die Möglichkeit, das einzukalkulieren. Ich würde auf diesen Stichtag keinen Wert legen, am wenigsten auf die Einführung eines Bonus. Das ist eine abwegige Idee. Es ist eine Flut von Anträgen gekommen. Wir waren uns darüber klar, daß wir mit diesen Anträgen, wenn sie nicht vorher geklärt sind, nicht in die zweite Lesung gehen dürfen, sonst kommt etwas heraus, was weder Sie noch wir verantworten können. Der Zweck des Antrages Neuburger war der, alle diese Anträge ausnahmslos abzufangen.

Wir haben die Frage geprüft, ob die Exportförderungsrücklage zur Verfügung gestellt werden kann. Wir haben darüber diskutiert, ob das System des gespaltenen Körperschaftsteuertarifs aufgespalten werden soll oder nicht. Das war die Situation, in der wir zuletzt auseinandergegangen sind. Ich gebe Ihnen zu, wir haben nicht zu verantworten, daß die Haltung der Koalition bei diesen Gesprächen mehr als unklar war und daß Herr Wellhausen eine eigenartige Rolle gespielt hat. Herr Wellhausen hat trotz Aufforderung nicht einmal das Wort ergriffen, außer um zu sagen, daß er das Zimmer verlassen müsse.

Ich wiederhole, es wurde von allen erklärt, man sähe es für möglich an, sich auf den Antrag von Neuburger zu einigen. Wir sollten uns überlegen, ob wir nicht diesen Weg gehen können, der allerdings nur gangbar ist, wenn wir Brief und Siegel der Koalition haben, daß sie diesen Standpunkt im Plenum beibehält. Das ist die erste Voraussetzung. Darüber sind wir auch einig mit Herrn Neuburger, mit Herrn Pferdenges und den anderen Herren. Wenn wir uns auf diese Diskussion, soweit die Steuerreform in Frage kommt, beschränken, dann kommen wir weiter.

Der Antrag über die Altrentenerhöhung ist vom Kabinett gestellt worden, so daß uns das nicht angekreidet werden kann. (*Schäffer*: Habe ich nicht behauptet!) Doch! (*Schäffer*: Ich habe gesagt, daß er erweitert wird. Ich habe Herrn Storch gebeten, er soll mit Herrn Arndgen usw. reden, damit das möglichst unterbleibt, weil es auch nicht sachlich begründet ist.) Dieser Antrag ist vom Kabinett gekommen. Wir haben ihn der Beschleunigung halber als Initiativantrag entgegengenommen mit Zustimmung des Kabinetts. (*Schäffer*: Wobei verfassungsrechtliche Schwierigkeiten entstehen!) Dieser Antrag belastet nicht unmittelbar Ihre Kasse, sondern den Prämienrücklagefonds der Rentenversicherungsträger. Es ist nicht ein Antrag, der gegen Ihren Willen gestellt worden ist. Es stehen aus der Antrag, der im Vorstand der Fraktion einmütig abgelehnt worden ist, weil wir ihn nicht verantworten können, der Antrag, den die Frau Kollegin Probst mit Leidenschaft vertreten und von dem sie angekündigt hat, daß sie ihn auf jeden Fall einbringen wird und für den sie

Unterschriften sammelt. Dafür sind wir nicht verantwortlich. Wir können nicht mehr tun, als mit großer Leidenschaft zu sagen, diesen Antrag machen wir nicht mit.

Über die Weihnachtsgratifikation kommen wir nicht hinweg. Wir müssen etwas tun! Wir müssen nur sehen, wie wir das Beste daraus machen. Mein Wunsch wäre, daß wir diesen ganzen Blumenstrauß mit der Koalition besprechen, wobei wir selbstverständlich wegen der Eile sehr rasch zu einer Lösung kommen müssen. Wenn wir diese persönlichen Verklammerungen beiseite lassen, dann ist eine Basis gegeben, um zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen.

Machen Sie die Fraktion der CDU/CSU nicht schlechter als sie ist. Sie gibt sich sehr viel Mühe, mit dem nicht immer leicht zu verhandelnden Fritz Schäffer in einem guten Einvernehmen zu stehen.

Scharnberg: Ich möchte Ihrer Mahnung folgen, Herr Bundeskanzler, und nicht im einzelnen auf die Ausführungen von Herrn Schäffer eingehen, obwohl zu einigen Punkten etwas zu sagen wäre. M.E. sind nicht alle Sachen richtig und nicht vollständig dargestellt worden. Es kommt auch auf diese Dinge nicht entscheidend an, sondern entscheidend kommt es auf die parlamentarisch-taktische Situation an. Wir haben von Anfang an erklärt, was Herr von Brentano unterstrichen hat, daß wir diese Vorlage unter keinen Umständen allein als CDU annehmen können. Wir müssen sie mit der FDP machen. (*Zuruf:* Mit der Koalition!) Ja, mit der Koalition zusammen! Es ist gesagt worden, es schwimmen Anträge herum für die kleinen Leute. Diese Anträge finden innerhalb der SPD und quer durch die Koalitionsparteien bei den interessierten Herren Annahme, ebenso auch die entsprechenden Anträge für den Mittelstand. Bei Annahme dieser Anträge werden wir vor der Notwendigkeit stehen, plötzlich eine weitere Milliarde oder noch mehr zu genehmigen. Dann entsteht die Frage, was passiert nun mit der Schlußabstimmung? Wird das Plenum in der Schlußabstimmung die veränderte Vorlage annehmen oder ablehnen?

Wenn sie abgelehnt wird, erleben wir eine geradezu maßlose Blamage, unter der wir nun sämtliche Landtagswahlen vollziehen sollen. Wird sie aber nicht abgelehnt, dann werden wir bestimmt vom Bundesrat ein Veto bekommen. Und dann haben wir wieder diese Situation, die ich einfach für untragbar halte. Wir müssen daher unter allen Umständen die Koalition auf unsere Seite bringen. Es ist schließlich auch unsere Aufgabe zu versuchen, das zu erreichen. Es ist Aufgabe der Regierung, die Koalition hinter die Vorlagen, die die Regierung vorlegt, zu bringen.

Wenn Sie von einer Lamms- oder Schafsgeduld gesprochen haben, so kann ich sagen, wir haben genauso eine Lammsgeduld gegenüber der Koalition. Ich darf aber sagen, daß man zumindest in Nürnberg die Lammsgeduld wohl ein bißchen verloren hat, was der Sache sicher nicht nützlich gewesen ist. Ich glaube trotzdem, daß wir die Koalition auf die Linie des Vorschlages von Neuburger bringen können.

Der Neuburger-Vorschlag beinhaltet 500 Millionen unter Verzicht auf eine Reihe von kleineren Anträgen, die ungefähr 100 Millionen ausmachen, so daß nur noch 400 Millionen übrigbleiben. Der Verzicht auf die Exportförderungsrücklage würde 150 Millionen einbringen. Dann sind es nur noch 250 Millionen. Die Vorlage sollte am 1.

Oktober in Kraft treten. Wenn jetzt der 1. Januar in Frage kommt, dann verdienen Sie an dieser Geschichte auch wieder etwas, so daß Sie ungefähr den Ausgleich haben. Die ganze Exportförderung vorzeitig über den Haufen zu werfen, halte ich für unmöglich. Wir haben ein Gesetz, das ausdrücklich bis zum Ultimo des Jahres 1955 vorgesehen ist. Die Wirtschaft hat sich darauf eingestellt, und es sind Abschlüsse getätigt worden.

Es ist nicht richtig, wenn Sie sagen, daß hiervon nur die Großen der Wirtschaft betroffen werden. Auch die mittelständische Wirtschaft ist daran stark interessiert. Auch in Hamburg und in Bremen sind wir daran interessiert. Wenn wir den Leuten sagen, das, was wir ursprünglich zugesagt haben, nehmen wir euch wieder weg – was meinen Sie, was das für Folgen hätte!

Hier ist es genauso. Wir haben im vorigen Jahr wegen der Dividendenausschüttung diese Maßnahmen getroffen. Darauf haben sämtliche deutschen Aktiengesellschaften ihre Dividende erhöht. Jetzt können wir nicht einfach sagen, wir nehmen euch die Sachen wieder weg. Das ist doch unmöglich. Es handelt sich insgesamt um eine Angelegenheit von 250 Millionen. Daran beträgt Ihr Anteil 100 Millionen. Sie können nicht sagen, daß Sie im Rahmen eines Haushalts von 20 Milliarden so haarscharf gerechnet haben, daß Sie das Risiko einer zusätzlichen Belastung von 100 Millionen nicht in Kauf nehmen können.

Die Taktik, die Sie empfehlen, daß nämlich zuerst die Fraktion und dann die Koalition gebunden werden soll, ist bestimmt nicht richtig. Wenn wir so vorgehen, würde die FDP sagen, Herr Schäffer hat die Mehrheit hinter sich, und jetzt können wir enttäuscht nein sagen. Dann gehen diese im Lande herum und sagen, was sind wir von der FDP doch für feine Kerle, weil wir versucht haben, die CDU an einer solchen Handlung zu hindern.

Man kann nur so vorgehen, daß wir zunächst die Verständigung innerhalb der Koalition erzielen. Dazu muß von Ihnen gesagt werden, ob Sie mit dem Vorschlag von Neuburger einverstanden sind. Dann müssen Sie es den Leuten, die dazu berufen sind, überlassen, die Sache mit der Koalition ins reine zu bringen.

Adenauer: Darf ich das Kommuniké von heute morgen dazwischenschieben? Ich glaube, es muß noch eine Kleinigkeit geändert werden; der wesentliche Unterschied besteht in den Auffassungen der Herren Kaiser und Kiesinger.

„Der Parteivorstand der CDU trat am Montag in Bonn unter dem Vorsitz des Parteivorsitzenden Dr. Adenauer zu einer Aussprache über die außen- und innenpolitische Lage zusammen. Die Sitzung wurde mit einem ausführlichen Bericht Dr. Adenauers über die Ereignisse seit der Ablehnung der EVG durch das französische Parlament eingeleitet. Dr. Adenauer hob vor allem die Ergebnisse der Londoner Konferenz hervor, von denen der militärische Beitrag der Bundesrepublik nicht das Wichtigste sei. Viel bedeutsamer sei die Wiederherstellung der Einheit des Westens, die Beendigung des Besatzungsregimes, die Aufnahme der Bundesrepublik in die Gemeinschaft der freien Völker, die Bindung Großbritanniens und der USA an das Schicksal Europas. Diese Bindung bestehe in der Zusage, die Truppen auf dem Festland zu belassen, falls die westeuropäische Zusammenfassung zustande komme.“

Ich würde empfehlen, nicht so hervorzuheben, daß der militärische Beitrag nicht das Wichtigste sei; denn das merkt man, daß das absichtlich gesagt ist, sondern ich würde das durcheinandermengen.

„Ausführlich äußerte sich Dr. Adenauer zu der Haltung der SPD zu den Ergebnissen der Londoner Konferenz, insbesondere zu der Haltung in der letzten Bundestagsdebatte. In dieser Debatte sei die SPD gezwungen worden, endlich aus dem Zwielight ihrer bisherigen außenpolitischen Verlautbarung herauszutreten.“

Ich würde empfehlen, nicht alles mir in den Mund zu legen, sondern es ist doch auch das Ergebnis der Debatte gewesen. Ich würde sagen: In der Debatte wurde das und das klargestellt.

„Die von der SPD geforderte Politik der Bündnislosigkeit, die mit den Vorschlägen der Sowjetregierung übereinstimmt, beschwöre die Gefahr herauf, daß ein wiedervereinigtes Deutschland in den sowjetrussischen Sog gerate.“

Der Herr Kaiser meint, (*Kaiser*: Auch Brentano!) das sei zu scharf. (*Gerstenmaier*: Das kann man auf keinen Fall sagen. Ich weiß nicht, ob die Behauptung objektiv richtig ist. Das würde die Leute beleidigen.)

„Dr. Adenauer bedauerte, daß auch der DGB-Kongreß in Frankfurt eine Entschlie-ßung gefaßt hat, in der die Ergebnisse der Londoner Konferenz abgelehnt wurden.“

Bitte nicht alles mir in den Mund legen, sondern nur stichwortartig anführen, was ich gesagt habe. Ich würde sagen, daß eine ausgedehnte Diskussion über folgende Punkte stattfand, und dann kommen diese Sachen. Sollen wir es so machen?

Kaiser: Wir sollten den DGB von der Sozialdemokratie möglichst trennen. Wir haben kein Interesse daran, sie noch enger zusammenzuführen. Der eine Satz ist entbehrlich.

Schäffer: Ich muß um 5 Uhr zu einer Sitzung nach Köln. Wenn ich hier noch benötigt werde, muß ich Herrn Pferdmenes bitten, zu telefonieren, daß ich nicht abkömmlich bin.

Adenauer: Ich glaube, Sie werden hier nötiger sein als dort.

Neuburger: Der von mir gemachte Vorschlag ist nicht neu. Er ist bereits vor vier Wochen gemacht worden in den Koalitionsbesprechungen, weil wir damals nicht weiterkamen und die Abstimmung im Finanz- und Steuerausschuß unmittelbar bevorstand. Ich habe im Anschluß an diese Koalitionsbesprechungen an den Herrn Bundeskanzler auf seinen Wunsch einen Brief am 15. September geschrieben und Abschrift an den Herrn Bundesfinanzminister Schäffer gegeben:

„1. Aufgrund der bisherigen Verhandlungen mit Herrn Schäffer ist dieser bereit, zu Lasten des Bundeshaushalts zu verzichten auf rd. 205 Millionen.

2. Wie aus der gestrigen Debatte festzustellen war, ist die überwiegende Mehrheit der Auffassung, daß die Einkommen- und Körperschaftsteuer um mindestens weitere 500 Millionen gesenkt werden kann und muß.

Falls es möglich ist, die Zustimmung von Herrn Minister Schäffer zu der zusätzlichen Steuersenkung in diesem Ausmaß zu erreichen, ließe sich innerhalb der Koalition zweifellos eine erhebliche Mehrheit dafür erreichen, daß die Einkommenstarife in den

unteren Stufen einschließlich des Mittelstandes bis etwa DM 30.000,- noch gesenkt werden unter Verzicht auf Sonderanträge im Rahmen dieser Gruppe.

Falls zwischen der Koalition und dem Finanzminister sich eine Einigung nicht erzielen läßt, werden Sonderanträge aus der Koalition nicht zu vermeiden sein, und zwar

- a) der Sonderantrag der Arbeitnehmer und der freien Berufe auf Erhöhung des Freibetrages auf DM 240,- bzw. DM 600,-,
- b) Antrag Wellhausen, eine lineare Tarifsenkung um 5 %,
- c) Antrag des Mittelstandes auf Freibetrag für die mitarbeitende Ehefrau,
- d) einige kleinere Anträge.“

So war der Stand vor vier Wochen. Es ist nicht möglich gewesen, in diesen vier Wochen mit Herrn Schäffer einen Schritt vorwärtszukommen. Es kann für Sie, Herr Schäffer, keine Überraschung gewesen sein, nachdem sich die Abstimmung nicht mehr verzögern läßt, daß ich gesagt habe, ich beabsichtige, am Dienstag diesen Antrag einzubringen. Ich mußte das tun; denn ich [kann] der Opposition nicht mit einem solchen Antrag kommen und anschließend abstimmen. Wenn wir nicht im Laufe des Monats Oktober die Finanz- und Steuerreform verabschieden, kommt sie praktisch vor Ende des Jahres nicht mehr über die Bühne. Dann kommt die Finanzreform in eine Verzögerung hinein, die am 31. Dezember von uns und vom Bundesrat verabschiedet werden muß.

Es ging mir von Anfang an darum, die ganzen Anträge – von den 34 ist nicht ein einziger von uns gestellt worden – zusammenzunehmen.⁹⁷ Ich habe im Juli bereits an Herrn von Brentano bzw. an Herrn Krone geschrieben, daß es so nicht gehe, wie der Finanzminister will, daß er sagt: Hier ist meine Vorlage, die muß angenommen werden, Vogel friß oder stirb!

Ich habe erklärt, so hat es keinen Sinn. Und heute stellt man sich hin und sagt, das hätte alles vermieden werden können. Ich habe vom ersten Tag an im Ausschuß und im Arbeitskreis den Grundsatz aufgestellt, diese Vorlage wird als Koalitionsvorlage angenommen, oder sie wird unsererseits nicht angenommen. Diesen Grundsatz vertrete ich auch heute noch.

Nun habe ich diesen Antrag gestellt. Wenn ich am Freitag in der Lage gewesen wäre, diesen Antrag namens der CDU zu stellen, dann hätte Herr Wellhausen keinen Antrag gestellt. Ich habe Herrn Wellhausen gesagt, dann können Sie auch nicht namens der Koalition sprechen, weil ich nicht namens der CDU/CSU sprechen konnte. Da blieb mir nur übrig zu sagen, ich beabsichtige, namens der Mehrheit meiner Parteifreunde diesen Antrag zu stellen. Ich habe dann beantragt, daß die Sitzung so frühzeitig aufhören möge, daß die CSU-Mitglieder zum Parteitag weggehen könnten. Nachmittags habe ich beantragt unter Vorlage des Briefes, daß die Sitzung nunmehr

⁹⁷ Vgl. dazu 55., 56. und 57. Sitzung des Bundestages vom 16., 18. und 19. November 1954 mit den zahlreichen Änderungsanträgen – Sten.Ber. 2.WP Bd.22.

aufhören solle. Dann ist der Antrag von der SPD, von Gülich⁹⁸, unterstützt worden. Es ist nicht so, als ob wir uns nachher angeschlossen hätten. Ich bin überrascht, daß ein solch klarer Tatbestand in der Weise heute hier vorgetragen wird.

Ich bin überzeugt, daß der Antrag auch heute noch möglich ist, obwohl sich seit Freitag die Verhältnisse im Raum der Koalition verschärft haben. Ich glaube, daß mit diesem Sammelantrag alle anderen Anträge konsumiert werden können. Selbst wenn Herr Wellhausen seinen Antrag stellt, hätte ich keine Bedenken, denn er würde im Plenum abgelehnt. Die von Ihnen erwähnten Erhöhungen wie Freibetrag der Altersgrenze usw. stehen nicht in der Regierungsvorlage. (*Adenauer*: Das sieht nur so häßlich aus!) Es ist nur ein Antrag gewesen. Wir sind jedenfalls gewillt, das zu machen, auch mit der Sonntagsarbeit. Es gibt aber noch einen Antrag, der wahrscheinlich nicht mitumfaßt wird, nämlich auf dem Gebiete der Ehegattenbesteuerung. Das ist eine Sache, die unglücklich gelöst ist. Jedenfalls ist der Zustand so oder so schlecht.

Die Regierungsvorlage sieht vor ein Heruntergehen der getrennten Besteuerung auf DM 9.000,-. Der Vorschlag des Unterausschusses geht den umgekehrten Weg und sagt, die getrennte Besteuerung soll bleiben, es müssen aber noch gewisse Gruppen der freien Berufe hinzukommen. Kostenpunkt: 50 Millionen! Das hat der Unterausschuß ausgerechnet. Ich glaube, daß ich den Antrag herausnehmen kann. Es waren insgesamt rd. 550 Millionen. Wir sind der Auffassung, daß diese 550 Millionen gedeckt werden können.

Das Exportförderungsgesetz ist befristet bis 1955. Ich halte es für unmöglich, ein befristetes Gesetz aufzuheben. Ich wäre allerdings bereit, bezüglich der Rücklage – das macht die Hälfte aus – in ein Gespräch einzutreten, weil die Rücklage selbst nur eine Steuerstundung darstellt, die in den nächsten Jahren aufgehoben werden kann. Wenn wir etwas kaufmännisch denken, können wir sagen, das sind genau 50 % echte Steuersenkung und 50 % Steuerstundung.

Würden wir die Stundung gegen einen Bonus von 10 % aufheben, so würde das rd. 17 Millionen kosten, mit anderen Worten, die Aufhebung dieses Gesetzes unter Zubilligung eines Bonus würde rd. 150 Millionen bringen.

Wir können die ständige Steigerung unseres Sozialprodukts auf die Dauer nicht fortsetzen, ohne daß das haftende Kapital in unserer Wirtschaft zu wachsen beginnt. Das ist bis zur Stunde nicht der Fall. Die Einführung des gespaltenen Körperschaftsteuersatzes hat dieses Ziel gehabt. Wir werden im Jahre 1955 Emissionen bekommen in Höhe von mehreren 100 Millionen auf dem Aktienmarkt. Darüber besteht kein Zweifel. Wenn wir jetzt den gespaltenen Körperschaftsteuersatz wieder aufheben, werden die Firmen sofort wieder kurztreten und diese Sache nicht vornehmen. Sie werden sich über die kurz- oder mittelfristige Verschuldung finanzieren, und diese Verschuldung zahlt der Finanzminister. Die Zinsen mit rd. 8 % werden abgeschrieben.

98 Dr. Wilhelm Gülich (1895–1960), seit 1924 Direktor der Bibliothek (Professor) des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, 1947–1950 MdL Schleswig-Holstein (SPD), 1949–1950 Finanzminister, 1949–1960 MdB.

Jede 100-Millionen-Verschuldung kostet den Finanzminister jährlich vier Millionen. Wenn man sie als haftendes Kapital bekäme, würde man es als Dividende verzinsen. Die 100 Millionen würden also mindestens sechs Millionen kosten. Eine Umschuldung unserer Wirtschaft auf haftendes Kapital – was innerhalb der nächsten zwei Jahre mindestens im Ausmaß von einer Milliarde erfolgen würde – kostet den Finanzminister pro Jahr 60 bis 80 Millionen, ohne die großen wirtschaftspolitischen Auswirkungen, die eine solche Sache hat. Daran beißt keine Maus einen Faden ab.

Der Anteil des Bundes, der zur Debatte steht, würde sich um etwa 20 Millionen herum bewegen. Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen wären mehr als ungünstig. Ich könnte mich auf keinen Fall dafür einsetzen. Es bleibt eine runde Summe von 150 Millionen. Die Ergänzungsabgabe soll eingeführt werden, weil man die Länder nicht belasten will. Man geht dem Ringen zwischen Bund und Ländern dadurch aus dem Wege, daß man den armen Steuerzahler um 1,5 % belastet. Weil man sich zwischen Bund und Ländern nicht einigt, haut man dem Steuerzahler noch 1,5 % drauf! So sehen die Dinge in der Praxis aus!

Ursprünglich waren es 42 %; jetzt sind es 40 %. Die Länder haben gesagt, kommt der EVG-Vertrag, dann sollen es 40 % sein, (*Arnold*: Nein!) kommt der EVG-Vertrag nicht, dann wollen wir von dem Anteil etwas haben. (*Strickrodt*: Das war die Regelung 1954!) Die Regelung 1954 sah vor: Kommt die EVG, dann muß der Bundesanteil höher sein, kommt sie nicht, kann er weniger sein. Ich bin der Auffassung, daß man hier die bestehenden Differenzen zwischen Bund und Ländern unschwer ausgleichen kann. Man sollte nicht den billigen Weg wählen, einfach den Steuerzahler zusätzlich zu belasten; denn darauf läuft es hinaus. Die 1,5 % Ergänzungsabgabe sind identisch mit der Erhöhung des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer um 1,5 %. Keinen Pfennig mehr und keinen weniger!

Wir müssen morgen abstimmen, und die Steuerreform muß um 8 Uhr in zweiter Lesung fertig sein. Wir können nicht mehr länger warten. Ich werde mich dafür einsetzen, daß das Exportförderungsgesetz, obwohl es mir schwerfällt, in seinen Rücklagebestimmungen revidiert wird. Ich wundere mich, daß man Vorwürfe erhebt, weil wir sagen: der 1. Oktober. Bis zur Stunde ist noch kein Antrag gestellt worden, den 1. Oktober zu verlegen. Der 1. Oktober steht in der Regierungsvorlage. Die Länder werden dagegen revoltieren, Herr Schäffer. Diese Ankündigung besteht seit Monaten. Es ist also eine Anlage der Regierungsvorlage. Bis zur Stunde habe ich gehört, daß jeder Minister verpflichtet ist, die Kabinettsvorlage so zu verteidigen, wie sie ist. Der 1. Oktober steht in der Regierungsvorlage. Ich weiß nicht, ob einer den Antrag stellt zum 1. Januar. Wollen Sie ihn stellen, Herr Wuermeling? (*Wuermeling*: Das kann ich leider nicht!) Wir sind also bereit, den 1. Januar vorzuschlagen, so daß ich abschließend sagen möchte: Der Antrag über 500 Millionen beginnt unten mit der stärksten Senkung und läuft aus bei rd. DM 40.000,-. Er konsumiert alle die Sonderanträge, wobei ich überzeugt bin, daß es gelingt, alle niederzustimmen bis auf die Sache mit der Ehegattenbesteuerung und die Exportförderungsrücklagebestimmungen gegen einen Bonus von 10 %.

Adenauer: Eine Mitteilung! Herr von Hassel ist mit 36 gegen 28 Stimmen bei drei Enthaltungen zum Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein und Herr Dr. Böttcher⁹⁹ mit 36 gegen 27 Stimmen bei vier Enthaltungen zum Landtagspräsidenten gewählt worden. Ich denke, daß wir Herrn von Hassel unsere Glückwünsche und – einer sehr guten Anregung des Präsidenten Ehlers folgend – Herrn Lübke den Dank für seine Arbeit aussprechen, die er in diesen Jahren in Schleswig-Holstein für das Land und die Partei geleistet hat. (*Beifall.*)

Es ist noch mitzuteilen, daß Herr Mendès-France der Sozialistischen Partei in Frankreich den Eintritt in die Regierung angeboten hat. Sie haben noch nicht nein gesagt. Es scheint, als ob sie eintreten würden.¹⁰⁰

Hellwig: Ich habe noch nicht den Eindruck, daß unsere lange Diskussion ungünstig war. Wir können heute sogar sogenannte Unbekannte besser übersehen als damals. Wir dürfen nicht übersehen, daß die jetzige Regelung günstiger ist als damals, als die EVG noch bevorstand. Wir haben ein Freiwerden von 6 mal DM 300.000,– für den Verteidigungsbeitrag während der Zeit vom 1. Oktober 1954 bis zum 31. März 1955. Wir haben dann nur mit DM 600.000,– und nicht mit DM 900.000,– zu rechnen.

Die Bank Deutscher Länder hat in ihrem letzten Bericht festgestellt, daß die Steuersenkung des Sommers 1953 das tatsächliche Steueraufkommen von Juli und August 1954 kompensiert, wenn nicht sogar überkompensiert. Ich habe hinsichtlich der Senkungen eigentlich den Hinweis auf den Fortfall der Sondervergünstigungen vermißt, der auch erheblich mehr Einnahmen bringt. Zur Wertung der Steuersenkung in ihrer Wirkung draußen muß man diesen Punkt auch berücksichtigen. Für viele in der Wirtschaft haben wir die Tatsache festzustellen, daß zwar eine Tarifsenkung, aber nicht eine Steuersenkung eintritt, weil an die Stelle der Tarifsenkung der Fortfall der Vergünstigungen tritt.

Noch einen Hinweis zur konjunkturellen Situation. Mit Schrecken müssen wir feststellen, daß wir in der Leistungsfähigkeit unseres Produktionsapparates ganz erheblich hinter dem Ausland zurückstehen.

Adenauer: Darf ich kurz unterbrechen! Herr Kollege Schäffer wird aus Köln angerufen. Vielleicht können wir uns etwas kürzer fassen.

Ehlers: Mich interessiert im wesentlichen hierbei die politische Frage. Ich möchte mich in Tariffragen und solche Probleme nicht einmischen, wobei ich allerdings nicht sagen kann, daß mich das merkwürdige hin- und herschwankende Verhalten des Instituts für Finanzen und Steuern in Köln, dessen Veröffentlichungen ich auch

⁹⁹ Dr. Walther Böttcher (1901–1983), 1945 Mitgründer CDU Lübeck, 1946–1951 Mitglied der Lübecker Bürgerschaft, 1946–1962 MdL Schleswig-Holstein, 1954–1959 Landtagspräsident, 1956–1959 Bürgermeister in Lübeck.

¹⁰⁰ Vgl. AdG 1954 S. 4795, 4821, 4843. Da die Sozialisten einen Regierungseintritt an Bedingungen knüpften, lehnte Mendès-France ihre Beteiligung am 13. November 1954 ab.

verfolge, voll überzeugt. Das einzige Argument, was für die Sicherung einer weiteren Steuersenkung angeführt worden ist, ist die Ausdehnung des Sozialprodukts mit der Schätzung der wechselnden Prozente. Wie das in der Praxis aussieht, ist offenbar nicht in vollem Umfange beweiskräftig, sondern es ist problematisch. Ich weiß also nicht, ob man diese Schärfe bei der Auseinandersetzung mit dem Finanzminister, der bei Gott nicht seine persönlichen Interessen vertritt, hineinbringen muß.

Ich würde natürlich auch nicht den Ausdruck „Interessentenhaufen“ öffentlich gebrauchen, aber es ist gar kein Zweifel, daß in diesem Falle außerordentlich viel Interessentengruppen und – ich sage es noch konkreter – Funktionäre von Interessentengruppen vorhanden sind. Ich bin durchaus bereit, Interessentengruppen und ihre Funktionäre als berechtigt anzuerkennen, auch wenn wir nicht immer sagen können, daß sie mit unseren politischen Ansichten voll übereinstimmen.

Wenn ich im Lande herumkomme – ich bin ein Redner, der zwischen dem Bodensee und Flensburg quatscht, entschuldigen Sie den Ausdruck –, muß ich sehen, daß der Herr Bundesfinanzminister ein solches Maß von Popularität besitzt, das mich immer wieder überrascht. Der einfache Mensch im Volke hat ein instinktives Gefühl dafür, daß dort jemand sitzt, der manchmal vielleicht sogar recht angreifbar ist, Herr Bundesfinanzminister, jedenfalls aber einen unerhört intensiven Kampf um die Sicherung der Währung führt. Das muß einmal gesagt werden, damit nicht durch die Diskussion diese Fragestellung verschoben wird.

Ich glaube nicht, daß es einen Weg gibt, irgendeine der Koalitionsparteien, die sich in der Form des Zaunkönigs in die Lüfte schwingen möchte, davon abzuhalten, ihre propagandistisch erscheinenden Anträge zu stellen. Wir werden uns damit auseinandersetzen müssen. Wir werden in dem Wettrennen, das abzufangen, niemals Sieger bleiben, sondern es gewinnt nach außen hin hier immer wieder der, welcher die größten Popularitätsanträge stellt.

Nach meiner Meinung liegt das Schwergewicht der öffentlichen Diskussion heute nicht auf der Steuerreform und ihrer Höhe und Erweiterung um 500 Millionen, so wichtig das auch sein mag, das Gewicht der Diskussion liegt auf dem sozialen Bereich. Ich habe die Sorge, ob es wirklich gerechtfertigt und sinnvoll ist, diese 500 Millionen in eine Erweiterung der Steuersenkung hineinzustecken, oder ob es nicht besser ist, sie für sozialpolitische Aufgaben, für Rentner, Kriegsoffer usw. zu verwenden. Wir kommen bei einer großen Zahl unserer Wähler mehr an, wenn wir diese Dinge etwas wichtiger nehmen, als es manchmal in einer Diskussion geschieht. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Sie zollen dem Herrn Bundestagspräsidenten lebhaften Beifall, und er hat auch sehr gut gesprochen, aber ich möchte ein Wort sagen zugunsten dieses Antrages. Es handelt sich in erster Linie darum, dem Mittelstand zu helfen, und zwar den Ärzten, den Rechtsanwälten, den Architekten, den Handwerkern und gewissen höheren Beamtengruppen. Glauben Sie mir, die Not in diesen Kreisen – ich will es noch genauer konkretisieren, die Not, ihren Kindern eine gleichwertige Erziehung zuteil werden zu lassen – ist außerordentlich groß.

Es ist staatspolitisch klug, hier zu helfen, wenn ich daran denke, daß gerade diese

Schichten der Bevölkerung im allgemeinen dem Staat durch ihre Kinder wertvolle Menschen geben. Das ist der Grund, der mich bewogen hat, mich dafür einzusetzen.

Altmeier: Ich möchte Herrn Neuburger sagen, die Länder haben nicht zugesagt 40 oder 42 %. Eine Zusage der Länder liegt überhaupt noch nicht vor, sondern es haben sich auf Wunsch des Herrn Bundesfinanzministers die Vertreter der CDU-Länder vor zwei Monaten zusammengesetzt und darüber gesprochen, wie man der Vorlage – gestaffelt nach den Daten der EVG – im Bundesrat zum Zuge verhelfen könne. Es kann nicht bestritten werden, daß in diesem Augenblick andere Länder, wie Niedersachsen und Hessen, mitkrebren gehen, weil die EVG nicht gekommen ist. Sie sind schon darauf aus, unter 38 % zu kommen, wobei Hessen den Satz von 30 oder 32 % genannt hat. (*Neuburger*: Ich habe gesagt, die EVG kostet unter Einbeziehung der Kosten mehr und bei Nichteinbeziehung weniger. London kostet soviel wie die EVG.) Ich muß klarstellen, daß keine Zusage der Länder vorliegt. Herr Scharnberg hat sehr richtig gesagt, bei allen Gesetzen sollten wir darauf achten, daß sie auch vom Bundesrat angenommen werden. Diesem Ziel dienten die monatelangen Besprechungen in dem sogenannten Strickrodt-Ausschuß. Diesem Ziel diente auch eine Zusammenkunft der CDU-Länderchefs, die in der vergangenen Woche stattfand.¹⁰¹ Ich habe die Verpflichtung, Ihnen zu sagen, was wir bei dieser Gelegenheit besprochen haben. Was wir besprochen haben, ist niedergelegt in einem Schreiben, das einige Länder – ich weiß es bestimmt von Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz – an die Fraktion zu Händen von Herrn Brentano gerichtet haben.

In dieser Besprechung haben wir unserer Besorgnis Ausdruck verliehen, daß die Vorlage zur Steuerreform noch nicht verabschiedet ist. Ich bin im Gegensatz zu dem, was heute gesagt wurde, der Meinung, daß die Wirkung dieses Gesetzes in der Form von 2,4 Milliarden auf die breite Masse der Bevölkerung auch heute noch einen nachhaltigen Eindruck machen wird, insbesondere, wenn dem einzelnen sichtbar wird, wie sich das für ihn auswirkt. Deshalb die Bitte der Länderchefs, doch dafür Sorge zu tragen, daß die Vorlage schnellstens verabschiedet wird.

Bei dieser Gelegenheit ist aber auch die Besorgnis der Länderchefs über die Ausweitung zum Ausdruck gekommen. Hier war die Rede von 500 bis 550 Millionen. Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, daß im Blick auf die Situation in den Ländern diese Ausweitung der Steuererleichterung in Höhe von 550 Millionen nicht getragen werden kann. Wir haben dabei unterstellt, daß wir bereit sind, die rd. 350 Millionen – von denen Herr Schäffer gesprochen hat –, die über die Regierungsvorlage hinausgehen und zum Teil auch den Wünschen Rechnung tragen, die der Bundesrat seinerzeit geäußert hat, in Kauf zu nehmen, daß aber die 550 Millionen nicht mehr durch die Länderhaushalte verkraftet werden können. Man hat mir gesagt, daß diese Auffassung der Länder, die wir zu Händen der Fraktion mitgeteilt haben, hier und da unwillig aufgenommen worden sei in dem Sinne: Was haben die Länder damit zu

101 Am 1. Oktober 1954 im Zusammenhang mit einer Sitzung des Bundesrates (vgl. dazu FAZ vom 2. Oktober 1954).

tun? Wir dürfen in aller Bescheidenheit darauf aufmerksam machen, daß die Länder nach dem derzeitigen Stand von 62 % betroffen werden, so daß es sich also, wenn ich einmal so sagen soll, um ihr eigenes Geld handelt, was ohne weiteres die Verpflichtung und die Berechtigung ergibt, dazu Stellung zu nehmen.

Ich mache kein Hehl daraus, daß wir sehr betrübt sein müssen, daß nun vier oder fünf Tage nach unserem Schreiben an die Fraktion ausgerechnet unsere Fraktion den Antrag auf Ausweitung dieser 500 Millionen, die wir gerade verhüten wollen, eingebracht hat bzw. einbringen wird. Hier fehlt also seit Monaten die rechte Einsicht von der Koordinierung. Ob Sie den Bundesrat wollen oder nicht, man muß mit ihm rechnen. Infolgedessen meine ich, hätte auch die CDU die Verpflichtung, bei der Vorlage solch wichtiger Gesetze von Anfang an mit den betreffenden Kräften und Gruppen zu sprechen, damit ein solches Gesetz im Bundestag und im Bundesrat möglichst reibungslos über die Bühne geht.

Wir waren der Auffassung, daß die Länder dieses Mehr von 550 Millionen nicht übernehmen können. Dabei ist durch unsere CDU-Vertreter zum Ausdruck gekommen, daß wir entsprechend der Vorlage des Bundesrates von damals auch heute noch auf dem Standpunkt stehen, daß die Wirkung des Gesetzes erst mit dem 1. Januar 1955 in Kraft treten sollte. Diese Wünsche, die wir der Partei mitgeteilt haben, bestehen z.Z. Ich bin nicht in der Lage, zu den Verbesserungsvorschlägen, wie sie der Herr Bundesfinanzminister gemacht hat, Stellung zu nehmen.

Es haben im Anschluß an die Besprechungen der CDU-Minister am Freitag vor acht Tagen auch die Länderchefs überhaupt unter dem Vorsitz des Bundesratspräsidenten getagt. Sie haben nach längeren Beratungen, die in Abwesenheit des Bundesfinanzministers stattgefunden haben, im wesentlichen einstimmig dieselben Dinge beschlossen, die ich eben als die Beschlüsse der Länderchefs der CDU vorgetragen habe. Diese Wünsche sind niedergelegt in einem Schreiben, das das Präsidium des Bundesrates am 4. Oktober zu Händen des Herrn Bundeskanzlers gelangen ließ, worin zum Ausdruck gebracht wird, die Verabschiedung zum 1. Januar vorzunehmen und das Junktim zwischen Steuerreform und Finanzreform fallenzulassen. Man steht auf dem Standpunkt, daß die Verabschiedung der Steuerreform nicht durch die Finanzreform aufgehalten werden soll.

Das ist der Stand der Besprechungen sowohl bei den Ministern der CDU und CSU als auch bei den Ministerpräsidenten überhaupt. Ich sehe mich verpflichtet, Ihnen hiervon Kenntnis zu geben. Ich kann nur unterstreichen, daß wir sehr daran interessiert sind, obwohl es die Länder Geld kostet, daß die Steuerreform im übrigen möglichst bald verabschiedet wird.

Adenauer: Herr Ministerpräsident, wenn ich recht unterrichtet bin, ist von Nordrhein-Westfalen der Wunsch unterbreitet worden, man möge in der Steuersenkung noch weitergehen. (*Arnold:* Das kann nicht stimmen!)

Schäffer: Herr Ministerpräsident Arnold hat eine Entschließung des Ausschusses für Rationalisierung des Steuerwesens dem Finanz- und Steuerausschuß mitgeteilt. Wer dieses Schreiben aufmerksam liest, weiß ganz genau, daß die Entschließung über

die Regierungsvorlage hinausgeht, denn es wird betont, in erster Linie sollen alle Steuervergünstigungen wegfallen. Das ist eine Spitze gegen die neu beschlossenen Steuervergünstigungen nach § 7c¹⁰².

Zweitens wird in dieser Entschliebung vorgeschlagen die rasche Verabschiedung einer Tarifsenkung als Ausgleich für den Wegfall der Steuervergünstigungen. Das ist der Sinn der Regierungsvorlage. Dafür kann Herr Ministerpräsident Arnold nichts.

Adenauer: Ich habe den Herrn Ministerpräsidenten Arnold nicht angegriffen; man war nur sehr verblüfft im Ausschuß.

Lieber Herr Altmeier! Man muß in diesem scheußlichen Leben immer zwischen zwei Übeln wählen. Glauben Sie mir, die 500 Millionen sind wirklich das kleinere Übel, (*Pferdmenges:* Es sind nur noch 200 Millionen!) sonst wäre Gott weiß was über Sie hereingebrochen. Und wenn der Bundesrat dagegen hätte angehen müssen, dann wären die Steuerzahler total verrückt geworden. Vielleicht sehen Sie sich die Sache noch einmal an, wenn es soweit ist.

Pferdmenges: Herr Ministerpräsident Altmeier! Es handelt sich nicht mehr um 500 Millionen, sondern nur noch um 200 Millionen. Ich weiß nicht, ob man wegen der 200 Millionen den Zerfall der Koalition auf sich nehmen soll. Das ist eine entscheidende Frage. (*Arnold:* Entscheidend ist, wer soll die 200 Millionen bezahlen? – *Zurufe:* Sehr richtig!) Herr Bundestagspräsident! Ich glaube, daß sich die Bank Deutscher Länder und die Herren, die Vorschläge gemacht haben, des Ernstes der Situation bewußt sind und daß sie nicht die Währung in Gefahr bringen wollen; denn sie haben genauso beschlossen, daß die Währung das Fundament der Wirtschaft sein soll. Die Frage ist nur, wie machen wir es, daß für die gesamte Volkswirtschaft mehr herauskommt, als es bisher gewesen ist? Der Mittelstand hat eine Entschliebung in Köln gefaßt, die wesentlich weitergeht.¹⁰³

Ich möchte etwas zu dem sagen, was das Soziale anbelangt. Ich glaube, Herr Bundestagspräsident, wir können der Fraktion nicht den Vorwurf machen, daß sie nicht alles versucht hat, im Rahmen des Möglichen die Belange auf dem sozialen Gebiet zu vertreten. Bei keiner Abstimmung ist bisher irgendeiner aus dem Kreise der CDU gegen vernünftige Forderungen auf dem sozialen Gebiete gewesen. Wir haben auf dem sozialen Gebiet Erhebliches geleistet.

102 § 7c EStG enthielt Vorschriften über Steuerbegünstigungen für Darlehen und Zuschüsse zur Förderung des Wohnungsbaus.

103 Bezug nicht klar: Möglicherweise Memorandum des Deutschen Mittelstandsblocks zur Steuerreform vom 17. Februar 1954 (PA Gesetzesdokumentation II/82 B 4) oder Stellungnahme des Deutschen Mittelstandsblocks zur Steuervorlage der Bundesregierung vom 2. April 1954 (EBD. II/82 B 3) – beide in Bonn ausgefertigt. Der Mittelstandsblock setzte sich zusammen aus Deutschem Bauernverband, Zentralverband des Deutschen Handwerks, Zentralverband der Deutschen Haus- und Grundbesitzer, Deutschem Beamtenbund, Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels. – Vielleicht ist aber auch die gemeinsame Stellungnahme von DIHT, BDI, Gesamtverband des Deutschen Groß- und Außenhandels sowie der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels vom 6. September 1954 – ausgefertigt in Bonn und Köln – gemeint (NL Becker ACDP I-162-029).

Im übrigen wollen wir unsere Wirtschaft weiter in Schwung halten. Es ist kein Zweifel, daß ein gewerblicher Unternehmer, der ein Einkommen von DM 20.000,— bis DM 30.000,— hat, bei den heutigen Anforderungen und bei einer dauernd größer werdenden Inanspruchnahme des Sozialprodukts kaum seine beiden Enden zusammenbringt. Ich bin aus dem Bankfach. Sie wissen ganz genau, mit welchen Sorgen die Leute zu einem kommen und sagen, jeden Tag muß ich mehr pumpen, wenn ich meinen Betrieb in Ordnung halten will, und für die Familie habe ich nichts mehr übrig.

Deshalb ist im Mittelstand eine große Unruhe darüber, daß die Steuerreform diesem Kreis nicht genügend bringt. Daher der Antrag der CDU, nur bis zu einem Einkommen von DM 35.000,— zu gehen. Das ist auch das Sozialste, was wir machen können. Wir können diese Soziallasten in Höhe von 19 Milliarden nur auf uns nehmen, wenn unser Sozialprodukt mindestens in der heutigen Größe aufrechterhalten bleibt.

Unser Antrag gilt nicht für den einzelnen, damit er sich ein größeres Beefsteak kaufen kann, sondern er soll dazu dienen, damit die Leute ihren Betrieb aufrechterhalten können. Wir haben auch aus optischen Gründen geglaubt, die Sache auf DM 35.000,— beschränken zu sollen.

Ehlers: Sie wissen, daß auf uns sehr viele sozialpolitische Forderungen zukommen in der nächsten Zeit. Da können wir nicht ausweichen. Es geht um Menschen, die keine Arbeit und keinen Erwerb haben! Aber beides muß möglich sein.

Scharnberg: War bei dieser Besprechung, Herr Ministerpräsident Altmeier, auch unsere Fraktion vertreten? Wenn nein, dann würde ich darum bitten, daß in Zukunft dieses geschieht in dem Sinne, wie es Herr Altmeier vorgetragen hat, nämlich eine gute Koordinierung herbeizuführen.

Wäre die Bundestagsfraktion dagebewesen, dann wäre auch die zweite Frage sofort aufgetaucht. Welche Anregungen haben denn die Herren Ministerpräsidenten zu der Frage zu geben, um die beiden Anträge, die todsicher kommen werden, zu vermeiden, nämlich wegen der Freibeträge für die kleinen Leute und die Sache wegen des Mittelstandes. Das hätten uns die Ministerpräsidenten auch sagen müssen.

*Schultze-Schlutius*¹⁰⁴: Es ist zutreffend, daß die Mehrheit der anwesenden CDU-Ministerpräsidenten aus der Sorge um die Bedrängnis dieser Kreise in dem von Herrn Altmeier dargelegten Sinne beschlossen hat, an den Fraktionsvorstand der CDU/CSU zu schreiben. Hamburg hat diesen Brief nicht geschrieben, weil wir die Ergänzungsabgabe als solche ablehnen und der Auffassung waren, daß es politisch klug sei, den in der Vorlage vorgesehenen Termin der Inkraftsetzung für die Steuersenkung beizubehalten.

Im übrigen hat man ablehnende Stellung genommen, weil eine Reihe von kleineren Anträgen – über die Renten usw. – auf den Bund zukommen. Unter diesen Umständen

104 Dr. Carl-Gisbert Schultze-Schlutius (1903–1969), 1945 Ministerialdirektor im Zentralhaushaltsamt der britischen Zone, 1948–1953 Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Hamburg, 1953–1957 Wirtschafts- und (ab 1954) Finanzsenator, 1957–1966 MdHB (CDU).

glaubten die Herren, daß eine weitere Senkung nicht vertreten werden könne. Damals ist man bei der Vorlage davon ausgegangen, daß eine wesentliche Vereinfachung eintreten würde, denn alle Vergünstigungen sollten wegfallen.

Von den 500 Millionen bleiben nach unseren Berechnungen noch 200 Millionen übrig. Das ist immerhin ein Betrag, den man dagegen aufwenden kann, das Inkrafttreten auf den 1. Januar zu verschieben. Man muß gewisse Sprünge wagen, wenn man eine Reihe von Unbekannten hat. Wenn ich daran denke, welche Schwierigkeiten sich im Bundesrat ergeben, wenn diese 500 Millionen vom Bundestag akzeptiert werden, dann frage ich mich, ob der Vorschlag von Herrn Strickrodt, unter Umständen die Dinge zu teilen, so abwegig ist, wie das gesagt worden ist.

Fay: Als Landesvorsitzender von Hessen habe ich einige Bitten vorzutragen. Man sollte die Verbesserungen des Regierungsentwurfs dann vornehmen, wenn man eine große psychologische Wirkung mit solchen Maßnahmen erwartet. Die Verbesserungsvorschläge von Herrn Neuburger werden im Volke gut ankommen; es wird dem Mittelstand geholfen. Man sollte auch der Ehegattenbesteuerung ein besonderes Augenmerk widmen. Der Vorschlag ist nicht sehr populär. Ich glaube, wir könnten hier eine Verbesserung anbringen und damit für die drei Wahlen, die unmittelbar bevorstehen, Erfolg haben. Der Betrag wird nicht so hoch sein. Wir sollten daran denken, daß wir damit große Wirkungen bei den kommenden Wahlen auslösen werden. Wir müssen auch parteitaktisch denken.

Ich bitte dringend darum, wegen der 200 Millionen die Koalition nicht scheitern zu lassen. Die Wirkung einer solchen Sache wäre für die kommende Wahl verheerend. Ferner habe ich die Bitte, die Steuerreform nur im engen Zusammenhang mit den Verbesserungen in der Sozialgesetzgebung zu bringen. Machen wir um Gottes willen keine großen zeitlichen Verschiebungen in der Form, daß die sozialen Verbesserungen weit hinter der Steuerreform erst kommen. Ich bitte Sie, die Dinge im Gesamtkomplex zu sehen; denn nur so können wir die kommenden Wahlkämpfe erfolgreich durchführen.

Strickrodt: Wir könnten alle froh sein und uns gratulieren – und da schließe ich die Länder ein –, wenn das, was Herr Neuburger morgen durchsetzen will, ohne weitere Ergänzung über die Bühne ginge.

Schäffer: Ich darf die Debatte zusammenfassen! Ich habe ausgerechnet, was die Wirkung beim Antrag Neuburger für den Steuerzahler ist. Nehmen Sie einen Ministerialdirektor mit DM 25.000,– Gehalt. Der bekommt eine Steuerentlastung von DM 223,17 monatlich. Er würde jetzt durch den Zuschlag weitere DM 15,08 monatlich erhalten. Das ist ungefähr die Wirkung. Aber an der wirtschaftlichen Lage des Herrn Ministerialdirektors ändert sich wegen der DM 15,– monatlich wirklich nichts.

Wenn ich den Kollegen Neuburger richtig verstanden habe, ist er einverstanden, falls sein Vorschlag angenommen wird, daß alle anderen Vorschläge – ich würde bitten, daß das auch für die Ehegattenbesteuerung gilt – damit abgetan sind.

1. Es bleibt bezüglich des Termins beim 1. Januar 1955. (*Zuruf:* Ich muß einen Antrag stellen!) Der Antrag des Bundesrates liegt bereits vor. Der Ausschuß muß zu dem

Vorschlag des Bundesrates Stellung nehmen. (*Adenauer*: Nein, das ist ein Irrtum!) Irgend jemand muß es tun!

2. Er wäre einverstanden, daß die Rücklage bei der Exportförderung ab 1. Januar gestrichen wird. Das macht 170 Millionen aus. Es wäre tatsächlich viel einfacher, wenn nicht diese Geschichte mit dem Bonus wäre.

Einverstanden mit dem Wegfall des Altersfreibetrages, der Sonntags- und Nachtarbeit. Wenn es bei der Regierungsvorlage bleibt, die Sie nach Ihrer Meinung verteidigt haben, wären es zusammen 90 plus 150 = 240 Millionen. Würde die Spaltung der Körperschaftsteuer beseitigt werden, dann gäbe es bei den Ländern kaum noch einen Widerspruch. Wir wollen morgen diese Anträge formulieren.

Neuburger: Ich habe eine Liste von 34 Anträgen, die im Laufe der Debatte gestellt worden sind. Ich persönlich habe keinen einzigen gestellt. Ich habe mit dieser Steuerreform nichts profitiert. Ich zahle genausoviel Steuern vorher wie nachher. (*Adenauer*: Ich dachte, Sie hätten über eine Million! – *Heiterkeit*. – *Schröder*: Das tut uns ausgesprochen leid!) Ich bekomme morgen früh den ausgerechneten Tarif nach diesem Schema. Dann würde ich den Antrag stellen, daß im Rahmen des § 32¹⁰⁵ sämtliche Anträge – die ich aufzähle – als abgegolten gelten. Ich glaube, damit werde ich mich durchsetzen bis auf die Ehegattenbesteuerung. Der Unterausschuß hat drei Vorschläge ausgearbeitet. Der geringste davon bedeutet 50 Millionen. (*Schäffer*: Wenn es zu Ihrem Vorschlag kommt, sind es 80 Millionen!) Das habe ich noch nicht geprüft. Dann wäre der Ausfall zu groß. Ich weiß nicht, gehen die 50 Millionen von den 80 Millionen ab? (*Adenauer*: Sie hören gar nicht zu, Herr Wuermeling! Sie müssen sich interessieren! – *Wuermeling*: Ich höre schon zu!) Ich muß morgen früh den Antrag stellen. Ich möchte nur mehr Goodwill als bisher. Mein Bemühen geht darauf hinaus, auf diese Einigung abzustellen. Wenn wir nicht nachgeben, geht alles durcheinander. (*Adenauer*: Reizen Sie ihn nicht!)

Schäffer: Ich habe meinem Hause, weil ich das Möglichste tun will, bereits die Weisung gegeben, die Anträge zu formulieren. (*Neuburger*: Dann wollen wir sehen, daß wir einig werden!) Ich bemerke ausdrücklich, Gott gebe, daß es morgen keine Katastrophe gibt durch die SPD.

Neuburger: Vollkommen einverstanden! Wir wollen diesen Antrag draußen als Politikum vertreten können, selbst gegen die FDP.

Adenauer: Sie werden die Besprechungen mit den anderen überlegen, Herr Neuburger. Herr Schäffer ist in diesen Tagen nicht dazu geeignet.

Schäffer: Ich habe eine Anregung gegeben, sich mit der Koalition wegen der Grundrentenerhöhung sofort ins Benehmen zu setzen.

¹⁰⁵ § 32 EStG in der Fassung vom 15. September 1953 (BGBl I S. 1355) regelte nur die Einteilung der Steuerklassen; in der Neufassung vom 17. Dezember 1954 (BGBl I S. 373) wurden die Worte „60. Lebensjahr oder, wenn sie verwitwet sind, das 50. Lebensjahr“ durch „55. Lebensjahr“ ersetzt sowie § 32a (Steuerklasse bei getrennter Veranlagung von Ehegatten) und § 32b (Altersfreibetrag) neu eingefügt.

Adenauer: Das ist die Frage, die noch zu erörtern ist: Erhöhung der Grundrenten. FDP, SPD, Frau Probst und BHE haben Anträge gestellt. (*Schäffer:* Der von Frau Probst ist noch nicht eingereicht! – *Wuermeling:* Sie tut es aber!) Wie stellen Sie sich die Sache vor? Wir müssen uns darüber klarwerden, was jetzt kommt. Es handelt sich um die Grundrentenerhöhung und um die Weihnachtsbeihilfe.

Schäffer: Wir haben im vorigen Jahr eine Weihnachtsbeihilfe vom dritten Kind an gegeben, DM 15,– glaube ich. Im Bundesrat wurde der Beschluß gefaßt, um künftig dieses häßliche Spiel zu vermeiden, ein Sperrgesetz vorzulegen, was inzwischen geschehen ist. Wir gehen über das Maß des Vorjahres nicht hinaus. Die Anträge gehen weit darüber.

Adenauer: Auch das muß, Herr Neuburger, wenn Sie das können, schon damit verknüpft werden in Ihrer Besprechung mit den Koalitionsparteien. Ich würde wirklich versuchen, jetzt alles zusammenzunehmen. (*Zuruf:* In der Frage der Grundrentenerhöhung muß Herr Horn¹⁰⁶ gehört werden.) Wann ist die Sache? (*Zuruf:* Morgen! – *Schäffer:* Ich schätze den Herrn Horn sehr hoch, aber die ...) Morgen ist doch Sitzung des Parteiausschusses! (*Scharnberg:* Wir müssen vorher mit der Koalition sprechen.) Wie wollen Sie es machen, Herr Neuburger? Wir beginnen um 9.30 Uhr.

Neuburger: Es geht darum, daß wir morgen abend fertig sind. Die SPD hat verlangt, nachdem die Dinge vier Wochen laufen, daß ich nicht erst am Dienstag die Anträge stelle. Deswegen habe ich gesagt, daß ich morgen früh die Anträge schriftlich unterbreiten werde. (*Schäffer:* Es ist fraglich, ob die SPD mitziehen wird!) Das tut nichts, ich habe gesagt, wir stimmen morgen ab.

Schäffer: Wenn die SPD das gleiche sagt, wie Sie beim letzten Mal erklärten – ich muß, wenn ich solche Anträge erhalte, einige Tage Zeit haben, um mit meiner Fraktion Fühlung zu nehmen –, wollen wir dann erklären, wir nehmen mit unserer Fraktion keine Fühlung?

Adenauer: Sehen Sie mal, wie weit Sie kommen. Sagen wir etwas dem Parteiausschuß von dieser Geschichte? (*Wuermeling:* In der Diskussion kommt es sicher zur Sprache!) Es muß sehr überlegt werden, was geantwortet wird, ich meine überhaupt zur Steuerreform. Die Vertreter wollen doch etwas wissen. Wer kann darüber berichten? (*Zuruf:* Strickrodt! – *Strickrodt:* Ich bin morgen nicht da!) Herr Scharnberg, können Sie im Parteiausschuß berichten? (*Scharnberg:* Ja!)

Krone: Die Altrentensache wegen der Altersbegrenzung müssen wir in den Komplex mit der Koalition einbeziehen.¹⁰⁷ Das ist der Wunsch unserer Arbeitnehmer, die Ergänzung des vorgelegten Gesetzes auch für die unter 65 Jahren.

Adenauer: Da hätte ich Bedenken. Ich weiß nicht, warum wir das jetzt machen sollen. Es handelt sich um die Vorlage von Herrn Storch. (*Schäffer:* Ist im Ausschuß angenommen!) Die Ausdehnung? (*Schäffer:* Ja! – *Krone:* Der SPD-Antrag

¹⁰⁶ Peter Horn (1891–1967), 1950–1965 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 625 Anm. 94.

¹⁰⁷ Vgl. dazu 45. Sitzung des Bundestages vom 24. September 1954 (Sten.Ber. 2.WP Bd.21 S. 2191ff.) sowie 48. Sitzung vom 14. Oktober (EBD. S. 2355–2372); Renten-Mehrbetrags-Gesetz vom 23. November 1954 (BGBl I S. 345). – Vgl. HOCKERTS S. 265–269.

ist abgelehnt worden!) Was tragen wir noch mehr vor morgen im Parteausschuß? Wegen der Grundrentenerhöhung wird auch gefragt! Sollen wir unsere heutige, für den Mittelstand sehr fruchtbare Verhandlung schließen? Es tut mir leid, daß Sie nicht davon betroffen werden, Herr Neuburger! Noch einen Augenblick bitte!

VERSCHIEDENES

Heck: Es ist noch über den Antrag zu beschließen, wonach der Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung, Herr Bitter¹⁰⁸, zum Parteivorstand kooptiert werden soll.

Adenauer: Ich würde das sehr begrüßen. Bei der Sozialdemokratie spielt gerade die Kommunalpolitische Vereinigung eine große Rolle.

Tillmanns: Nach der Satzung kann der Vorstand keine Kooptation vornehmen. (*Adenauer:* Wir können ihn einladen!) Der Vorstand kann beschließen, ihn einzuladen. (*Wuermeling:* Dann ergeben sich Konsequenzen für die Sozialausschüsse und die Frauen!)

Adenauer: Das kann ich nicht einsehen, die Frauen und auch die Sozialausschüsse sind hier vertreten. (*Zuruf:* Auch die Kommunalpolitiker!) Die Kommunalpolitische Vereinigung ist an sich eine Organisation, der wir von Partei wegen viel größere Aufmerksamkeit schenken müssen. Ich hoffe, Sie sind einverstanden!

Heck: Nach einer Vorbereitungsarbeit, die auf das Jahr 1953 zurückgeht, ist 1954 in Basel die Europäische Frauenunion gegründet worden. An der Sitzung in Basel haben folgende Frauen teilgenommen: Probst, Rösch¹⁰⁹, Dietz¹¹⁰ und Weber. Frau Probst wurde als Kassenwart gewählt. Frau Weber hat den Antrag gestellt, der Vorstand möge den Beitritt unserer Frauen zur Europäischen Frauenunion genehmigen.

Adenauer: Keine Bedenken!

Heck: Es liegt ein Antrag von Berlin vor:

„Der Bundesparteivorstand möge beschließen, daß ein Rechtspolitischer Ausschuß beim Bundesparteivorstand eingerichtet wird.

Begründung: Der Rechtspolitische Ausschuß beim Landesverband Berlin der CDU hat sich bei der Behandlung des Berliner Richterrechts mit der Gesamtsituation im Rechtswesen in der Bundesrepublik und in West-Berlin befaßt. Dabei mußte festgestellt werden, (*lebhaft Unruhe*) daß hinsichtlich der Richterbesoldung usw. eine chaotische Verwirrung herrscht. In der Auswahl ...“

Adenauer: Entschuldigen Sie, wenn ich unterbreche, es sind noch zwei Seiten? (*Heck:* Ja!) Danke, das genügt schon. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

¹⁰⁸ Vgl. Nr. 2 Anm. 99.

¹⁰⁹ Julie Rösch (1902–1984), 1949–1961 MdB (CDU).

¹¹⁰ Maria Dietz (1894–1980), 1946 CDU, 1949–1957 MdB.

Heck: Ich glaube, der Gedanke ist sehr vernünftig.

Von Brentano: Ich bin der Auffassung, daß ein Rechtspolitischer Ausschuß in der Partei wirklich einem absoluten Bedürfnis entspricht, so daß wir ihn unter allen Umständen einrichten sollten. Das ist etwas, was uns fehlt.

Adenauer: Sie sind also damit einverstanden!

Heck: Der letzte Parteitag hat beschlossen, daß der Tagungsort für den nächsten Parteitag durch Beschluß des Bundesparteiausschusses festgelegt werden soll. Es liegt ein Antrag vom Landesverband Württemberg vor, den nächsten Parteitag nach Stuttgart zu legen.

Es ist nun so, wenn der Parteitag in Stuttgart noch einen Sinn und eine Auswirkung für die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, die im Frühjahr 1956 stattfinden, haben soll, dann müßte man den Parteitag im Herbst 1955 abhalten.

Adenauer: Ich bin dankbar für die Anregung. Aber Niedersachsen hat auch Landtagswahlen, und zwar im April. Vielleicht wäre es gut, wenn wir dorthin gingen! (*Cillien:* Vielleicht Anfang März!) Ich würde sagen Anfang Februar! Anfang März ist zu spät. Die Wirkung ist dann nicht so, wie sie sein soll.

Tillmanns: Wir haben bisher die Parteitage immer im Herbst gehalten. Wir haben lediglich in diesem Jahr mit Rücksicht auf die Wahl in Nordrhein-Westfalen den Parteitag im Frühjahr abgehalten. Die Erfahrung hat gelehrt, daß ein Parteitag, wenn er im Blick auf kommende Landtagswahlen abgehalten wird, keinen Raum bietet für wirklich offene Diskussionen und Auseinandersetzungen. Es muß nach meiner Meinung auf einem Parteitag ohne Rücksicht auf die Wahl die Möglichkeit zu einer wirklich freien Aussprache gegeben sein.

Ist es nicht viel besser, wenn man in einem Lande eine Großkundgebung veranstaltet, wo prominente Parteimitglieder reden?

Adenauer: Sicher sind das erwägenswerte Gedanken, obgleich Bundesparteitage mit lebhaften Auseinandersetzungen etwas Seltenes sind. Man kann also nicht annehmen, daß, wenn wir in Hannover einen Bundesparteitag abhalten, dadurch in Niedersachsen die Leute abgeschreckt werden.

Die Wahlen in Niedersachsen sind so wichtig, daß wir unsere Freunde aus Niedersachsen bitten sollten, uns zu sagen, ob wir mit Rücksicht auf die Bedeutung der Wahl in Niedersachsen für ganz Norddeutschland nicht eine Ausnahme machen und dorthin gehen sollen.

Ehlers: Ich würde dafür eintreten. Die Situation in Niedersachsen wird außerordentlich schwierig sein. Es wird praktisch so kommen, daß die CDU einem geschlossenen Kampf aller gegen die CDU gegenüberstehen wird, insbesondere unter den konfessionellen Vorzeichen.

Ich halte es für außerordentlich wichtig, daß wir einmal in Hannover mit unserem Parteitag so stark wie möglich auftreten, zumal die räumlichen Voraussetzungen ohne weiteres dafür geschaffen sind, wenn auch die Weine nicht ganz so hervorragend sind wie in Köln.

Tillmanns: Die Wahlen sind im April! (*Ehlers*: Nein, Anfang Mai!¹¹¹) Wenn der Parteitag sich auswirken soll, dann müßte er spätestens Ende Februar stattfinden. Das ist nicht möglich. Es wäre für unsere Sache in Niedersachsen gut, wenn wir zu einem gegebenen Zeitpunkt eine große Veranstaltung der CDU abhielten mit den prominentesten Rednern, vielleicht sogar anderthalb Tage lang. Aber es muß nicht unbedingt ein Parteitag sein.

Adenauer: Welche Motive haben Sie denn? Wenn alles gutgeht, dann werden wir die Ratifizierung der Verträge, die Hinterlegung der Urkunden usw. bis Ende Januar bekommen. Wenn wir das zum Anlaß nehmen, Ende Februar oder Anfang März nach Niedersachsen zu gehen, dann würde das doch für die Wahlen in Niedersachsen sehr wertvoll sein. Und die Wahlen in Niedersachsen sind wertvoll für ganz Norddeutschland. Das dürfen Sie nicht vergessen. Das wirkt sich aus nach Hamburg und nach Schleswig-Holstein.

Können wir uns nicht doch verständigen, daß wir Anfang März nach Niedersachsen gehen! Wir können das Datum noch in der Schwebe lassen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich stelle das fest.

Eplée: Darf ich eine Bitte an Sie, Herr Bundeskanzler, richten. Wenn wir hier in diesem Kreis in längeren Intervallen zusammenkommen, dann erleben wir, daß wir nur die allerdringlichsten und wichtigsten Probleme behandeln können. Es wäre gut, wenn auch einmal weniger bedeutsame Dinge hier besprochen werden könnten.

Wir müssen mit allem Ernst auch einmal im Vorstand an kleinere Dinge herangehen. Hier ist doch das Gremium, wo diese Angelegenheiten beraten werden können. Daher meine Bitte, ob wir nicht – trotz Ihrer hohen Beanspruchung – im Bundesparteivorstand öfters zusammenkommen können, um auch Fehler, die wir an uns selbst entdeckt haben, zu erörtern. Ich glaube, daß das befruchtend sein würde für die gesamte Partei. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Adenauer: Sie meinen nur den Parteivorstand? (*Eplée*: Ja, den Vorstand!) Wenn es Ihnen paßt, ich bin durchaus bereit dazu, alle sechs Wochen eine Sitzung abzuhalten. Jeden Monat wäre etwas zu kurz; denn dann ist nachher kein Interesse mehr vorhanden. Sollen wir das so festhalten?

Tillmanns: Der geschäftsführende Vorstand hat beschlossen, daß der Vorstand möglichst alle sechs Wochen zusammentritt. Bei jeder zweiten Sitzung des Vorstandes soll auch eine Sitzung des Parteiausschusses stattfinden.

Adenauer: Ich glaube, damit können wir alle zufrieden sein.

Hellwig: Ich habe noch eine Frage! Ist das Thema der Altrentenerhöhung erledigt? Das ist nicht klar. Wir können nicht die Dinge sich so entwickeln lassen.

Adenauer: Ich hatte gesagt, es liegen drei Anträge vor; ein vierter von Frau Probst ist in Aussicht gestellt. Es konnte nicht klargestellt werden, ob die Sache im Ausschuß beschlossen worden ist oder nicht. Herr Krone sagt, es ist nicht beschlossen; Herr Schäffer sagt, es ist beschlossen. Wenn es beschlossen ist, dann ist die Grundlage

¹¹¹ Die Landtagswahlen fanden am 24. April 1955 statt.

natürlich eine andere. (Hellwig: Wir könnten das Thema vielleicht auf die nächste Tagesordnung setzen!)

Herr Storch hat geschworen. Er hat den Schwur vor einer Woche geleistet, daß er in spätestens 14 Tagen dem Kabinett die Grundzüge einer Sozialreform vorlegen werde. Ich hoffe, daß es ihm gelingt, Wort zu halten. Dann werden wir auch diese Grundzüge hier einmal beraten. Ich würde vorschlagen, auch eine Besprechung der Grundzüge des Wahlrechts vorzunehmen.

Noch eine Mitteilung! Herr Bundesminister Lübke wird am Mittwoch 60 Jahre alt. Wir wollen ihm gratulieren. (Zuruf: Am Donnerstag!) Am Donnerstag? Mir hat er gesagt am Mittwoch; ich weiß es nicht.¹¹²

Damit, meine Damen und Herren, darf ich die Sitzung schließen.

6

Bonn, 5. Februar 1955

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, Bach, von Brentano, Cillien, Eplée, Fay, Fricke, [Gerstenmaier], [Globke], Gradl, Gurk, von Hassel, Heck, Frau Heiler, Hellwig, Kaiser, Kiesinger, Krone, Kunze, Lensing, von Lojewski, Majonica, [Pferdmenges], Frau Pitz, [Schäffer], Schmidt, Wackerzapp, [Wegmann], Wuermeling, Zimmer.

Kurzer Bericht über die Pariser Verträge; Saarfrage. Innenpolitische Aufgaben; geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Besprechung der Wahl eines stellvertretenden Bundesparteivorsitzenden. Besprechung der Sitzung des erweiterten Bundesparteiausschusses.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 18.40 Uhr

¹¹² Lübke hatte am 14. Oktober (Donnerstag) Geburtstag. – Heinrich Lübke (1894–1972), 1932–1933 MdL Preußen (Zentrum), 1945 CDU, 1946–1952 MdL NW, 1947–1952 Landwirtschaftsminister, 1949–1950, 1953–1959 MdB, 1953–1959 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1959–1969 Bundespräsident. Vgl. WINTER S. 56–90; MORSEY: Bundespräsident, insbes. S. 29–33 mit weiterer Literatur; zur Agrarpolitik Lübkes Ulrich KLUGE: Vierzig Jahre Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland (Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft, 202. Sonderheft). 2 Bde. Hamburg-Berlin 1989, hier Bd. 1 S. 167–255.